



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

TY 6432A

1972

Montag, den 17. April 1972

Nr. 16

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 14. 3. 1972 bis 27. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
Zahlung des Sozialzuschlages an vom Geltungsbereich des MTL II erfaßte Arbeiter des Landes
Anschlußtarifverträge
Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt/Main über die ärztliche Versorgung der helfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei; hier: Vergütung für ärztliche Leistungen
Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiete des Paßwesens
Gemeindegebietsreform in Hessen; hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden
Benennung von Gemeindeteilen
Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Bürgermeister und die ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden
Vollzug des Zweiten Wohngeldgesetzes; hier: Einkommensermittlung und Lastenberechnung bei selbständigen Landwirten

Der Hessische Minister der Finanzen
Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz (AVV-GFRG) vom 23. 2. 1972
Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 15. 2. 1972 (GVBl. I S. 39)
Anschrift des Staatsbauamtes Fulda

Der Hessische Minister der Justiz
Einführung des Genossenschaftsregisters in Karteiform bei weiteren Gerichten

Der Hessische Kultusminister
Beiträge der Studenten für das Studentenwerk Kassel

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
Ausbau und Verlegung der Landesstraße 3010 (jetzt B 521) zwischen Eichen und Altenstadt von Bau-km 0,000 bis Bau-km 2,3768 und zwischen Lindheim und Büches von Bau-km 6,900 bis Bau-km 10,35248 sowie Verlegung der Landesstraße 3189 westlich Altenstadt von Bau-km 0,000 bis Bau-km 0,72372 mit Neuanschluß an die Landesstraße 3010 (neu B 521)
Widmung von Neubaustrecken, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraßen 27 und 249 sowie der Landesstraßen 3241 und 3403 in der Gemarkung Niederhohne (Ortsteil der Stadt Eschwege), Kreis Eschwege
Bau und Betrieb einer 110-kV-Anschlußleitung in der Gemarkung Eiershausen

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
Richtlinien für die Tätigkeit der für die Wasserwirtschaft zuständigen Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen (Bescheinigungsbehörden) gem. § 79 Abs. 2 Ziff. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1969) i. d. F. vom 21. 4. 1970 (BGBl. I S. 373)
Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Bau und zur Einrichtung von Tierheimen

Seite

697

698

700

700

700

701

701

701

701

702

702

703

703

703

703

703

704

704

706

Waffengebrauchsrecht der Forst-, Jagd- und Fischereischutzberechtigten nach dem Gesetz vom 11. 11. 1950 (GVBl. S. 247), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. 3. 1970 (GVBl. I S. 245)

Personalmeldungen

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 708
Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 709
Im Bereich des Hessischen Kultusministers 709
Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik
Im Bereich des Hessischen Sozialministers 711
Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt 711
Beim Direktor des Landespersonalamtes Hessen 711

Verschiedenes

Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1971 711

Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Aufhebung der Stiftung „Deutsches Rechenzentrum“, Sitz Darmstadt 712
Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln 712
Zulassung von Buchmachern und Buchmachergehilfen 712

Verordnung zur Änderung der Anordnung vom 27. 9. 1971 (StAnz. S. 1804) zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der ehem. Gemeinde Nieder-Moos, Landkreis Lauterbach
Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für die Planung zum Neubau der Bundesstraßen 3a und 448 in den Gemarkungen Massenheim, Vilbel und Gronau 713

Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für die Planung zum Neubau der Bundesstraßen A 80, A 91, B 3a, B 448, B 521 (neu) und der Landesstraßen 3001 und 3209 in den Gemarkungen Frankfurts, Berkersheim, Bornheim, Fechenheim, Preungesheim, Seckbach, Bergen und Enkheim 713
Benennung von Gemeindeteilen 714

KASSEL

Benennung von Gemeindeteilen; hier: in der Stadt Wolfhagen
Benennung von Gemeindeteilen im Regierungsbezirk Kassel 714

Buchbesprechungen

Öffentlicher Anzeiger

Haushaltsatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1972 725
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Rosenthal nach Frankenberg/Eder 725

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs von Hess. Lichtenau/Kaserne nach Hess. Lichtenau/Hirschhagen auf die Bedienung der Gemeinde Quentel, Kreis Witzzenhausen 726

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs im Stadtgebiet von Bebra, auf die Bedienung der Stadtteile Breitenbach und Lüdersdorf, Kreis Rotenburg 726

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs von Kassel nach Warburg auf die Bedienung der Gemeinde Veimar, Kreis Kassel 726

Enteignungsverfahren zur Beschränkung von Grundeigentum in der Gemarkung Okriftel, Main-Taunus-Kreis, zugunsten der Ruhrgas AG, Essen/Ruhr, wegen des Baus und Betriebes einer Erdgas Hochdruckleitung von Flörsheim nach Frankfurt a. M.-Höchst 726

492

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 14. 3. 1972 bis 27. 3. 1972

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Statistische Berichte

A III 2 — j/70

Wanderungsströme in Hessen 1970 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Wanderung innerhalb des Landes und über die Landesgrenze)

B VI 4 — j/71 (Bisher: B II 4 — j/71)

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Hessen im Jahre 1971

Preis

DM

3,—

1,—

B VI 5 — j/71 (Bisher B II 5)
Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahre 1971

C IV 3 — m 2/72

Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Februar 1972

E I 1 — m 12/71 und j/71

Die Industrie in Hessen im Dezember 1971 und im Jahre 1971 sowie Investitionen der Industrieunternehmen 1970

G III 1 — m 12/71

Die Ausfuhr Hessens im Dezember 1971

Preis
DM

1,—

—,50

1,50

1,—

	Preis DM		Preis DM
G III 3 — m 12/71 Die Einfuhr Hessens im Dezember 1971	1,—	L I 1 (Bisher L II 1 — m 1/72) Aufkommen an Landes- und Bundessteuern in Hessen im Januar 1972	—,50
G IV 3 — m 1/72 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Januar 1972	—,50	L I u. L II/S — vj 4/71 Landes-, Bundes- und Gemeindesteuern in Hessen im 4. Vierteljahr 1971 (Kassenmäßiges Aufkommen)	—,50
H I 1 — m 12/71 Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 1971 und im Jahr 1971	1,—	M I 2 — m 2/72 Verbraucherpreise in Hessen im Februar 1972	1,50
H I 1 — m 1/72 (vorläufige Zahlen) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 1972 (Vorauswertung — vorläufige Zahlen)	—,50	M I 4 — vj 4/71 Meßziffern für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke im November 1971	1,—
		Wiesbaden, 27. 3. 1972	Hessisches Statistisches Landesamt Z 231 — 77a 241/72 StAnz. 16/1972 S. 697

493

Der Hessische Minister des Innern

Zahlung des Sozialzuschlages an vom Geltungsbereich des MTL II erfaßte Arbeiter des Landes

Bezug: HMdF-Rundschreiben vom 22. Juli 1969 (StAnz. S. 1354) i. d. F. des Abschnitts II meines Rundschreibens vom 8. Februar 1971 (StAnz. S. 323) sowie Abschnitt I Nr. 6 meines Rundschreibens vom 21. Januar 1972 (StAnz. S. 262)

Zum Vollzuge der Vorschriften über den Sozialzuschlag (z. Z. § 4 des Monatslohnvertrages Nr. 3 zum MTL II — bekanntgegeben mit dem Bezugsrundschreiben vom 21. Januar 1972 — StAnz. S. 262) weise ich auf folgendes hin:

I.

1. Der Sozialzuschlag ist allen Arbeitern mit kinderzuschlagsberechtigenden Kindern zu zahlen, soweit für die in Betracht kommenden Kinder entweder

- a) Kinderzuschlag tatsächlich gezahlt wird oder
- b) Kinderzuschlag zu zahlen wäre, wenn dem anderen Elternteil Kinderzuschlag nicht zustehen würde, oder
- c) Kinderzuschlag ohne die Einberufung zum Grundwehrdienst zu zahlen wäre.

2. Bei der Berechnung des Sozialzuschlages ist von dem der Beschäftigung des Arbeiters entsprechenden vollen oder anteiligen Kinderzuschlag auszugehen.

Erhält der Arbeiter auf Grund des § 1 Abs. 1 oder 8 des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 (StAnz. S. 889), zuletzt geändert und ergänzt durch den ÄndTV Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970 (StAnz. S. 1832) den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag nicht oder nur zu einem Teil, ist bei der Berechnung des Sozialzuschlages von dem Kinderzuschlag auszugehen, der dem Arbeiter zu zahlen wäre, wenn dem anderen Elternteil Kinderzuschlag für dasselbe Kind nicht zustehen würde.

Von dieser Regelung werden jedoch nur die Fälle erfaßt, in denen beide Elternteile Anspruch auf Kinderzuschlag für dasselbe Kind haben. In sonstigen Konkurrenzfällen ist der Sozialzuschlag von dem tatsächlichen gezahlten Kinderzuschlag zu berechnen.

Steht nach den für diese Fälle maßgebenden Konkurrenzregelungen kein Kinderzuschlag zu, besteht auch kein Anspruch auf den Sozialzuschlag. Demgemäß ist bei der Berechnung des fiktiven Kinderzuschlages als Bemessungsgrundlage für den Sozialzuschlag auch § 1 Abs. 9 des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge zu beachten. Nach dieser Vorschrift ist der Kinderzuschlag nur insoweit zu zahlen, als er das gesetzliche Kindergeld übersteigt. Das kommt in Betracht für nicht vollbeschäftigte Arbeiter mit einer durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit von z. Z. weniger als 31 Stunden 30 Minuten wöchentlich, weil sie nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages keinen Anspruch auf den vollen Kinderzuschlag haben und damit die Voraussetzungen zum Bezuge von Kindergeld nach § 7 Abs. 4 Nr. 1 BGGG erfüllen.

3. In der Protokollnotiz Nr. 2 zu § 4 Abs. 1 des Monatslohnvertrages Nr. 3 wird klargestellt, daß als anderer Elternteil i. S. dieser Vorschrift nicht immer nur der andere natürliche Elternteil anzusehen ist. Es kann sich dabei — je nach Lage des Falles — auch um den anderen Adoptivelternteil, Großelternteil oder Pflegeelternteil handeln. Gegenüber einem Stiefelternteil kommt jedoch nur dessen Ehegatte, nicht aber der andere natürliche Elternteil in Betracht. Daraus folgt, daß dem Stiefvater bzw. der Stiefmutter der von dem fiktiven Kinderzuschlag zu bemessende Sozialzuschlag zu zahlen ist, wenn der Stiefvater bzw. die Stiefmutter nur wegen des Anspruchs seines bzw. ihres Ehegatten keinen Anspruch auf den Kinderzuschlag hat.

4. Zur Verdeutlichung der unter Nrn. 2 und 3 genannten Regelung gebe ich folgende Beispiele:

a) Zu Nr. 2:

Beispiel 1:

Die Arbeiterin ist vollbeschäftigt. Aus ihrer geschiedenen Ehe ist ein Kind hervorgegangen, für das der andere Elternteil als vollbeschäftigter Angestellter den Kinderzuschlag erhält. Die Arbeiterin erhält daher keinen Kinderzuschlag.

Würde dem anderen Elternteil kein Kinderzuschlag zustehen, würde die Arbeiterin selbst den Kinderzuschlag in voller Höhe erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen.

Beispiel 2:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhalten beide Ehegatten zur Hälfte.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten (weil ein Halbierungsantrag nicht gestellt ist), würde dem Arbeiter der Kinderzuschlag in voller Höhe gezahlt. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen.

Beispiel 3:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Der Arbeiter erhält nach § 1 Abs. 8 Buchst. a des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag, jedoch nicht mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages.

Würde dem anderen Elternteil kein Kinderzuschlag zustehen, würde der Arbeiter den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten, auch soweit er mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages beträgt, ggf. gekürzt um das Kindergeld für das 2. Kind i. S. des BGGG. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen. Dazu folgendes Zahlenbeispiel:

Der Arbeiter ist mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von durchschnittlich 22 Stunden wöchentlich beschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Angestellter des öffentlichen Dienstes. Aus der geschiedenen Ehe sind 2 eheliche Kinder unter 18 Jahren vorhanden. Das maßgebende Jahreseinkommen überschreitet die Einkommensgrenze nach § 4 BKGG (= 15 000,— DM) nicht. Wenn der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten würde, stünde dem Arbeiter nach dem BKGG Kindergeld für das 2. Kind i. S. des BKGG zu.

Der Arbeiter hätte Anspruch auf folgenden Kinderzuschlag:

a) Für das erste Kind $\frac{3}{4}$ von 50,— DM (§ 1 Abs. 3 des TV betr. Kinderzuschläge)		= 37,50 DM
b) für das 2. Kind, wie vorstehend	37,50 DM	
abzüglich des Kindergeldes (§ 1 Abs. 9 a. a. O.)	<u>25,— DM</u>	<u>12,50 DM</u>
zusammen		<u>50,— DM</u>

Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag z. Z. wie folgt zu berechnen:

a) Für das 1. Kind 89 v. H. von 37,50 DM	= 33,38 DM
b) für das 2. Kind 104 v. H. von 12,50 DM	= <u>13,— DM</u>
	<u>46,38 DM</u>

Beispiel 4:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. b des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge erhält der Arbeiter keinen Kinderzuschlag. Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, würde dem Arbeiter nach § 1 Abs. 3 — ggf. i. V. m. Abs. 9 — des vorgenannten Tarifvertrages der seiner Beschäftigung entsprechende Kinderzuschlag (d. h. der volle oder anteilige Kinderzuschlag oder der das Kindergeld für das zweite Kind übersteigende Kinderzuschlag) gezahlt. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen. Dazu folgendes Zahlenbeispiel:

a) Für das 1. Kind $\frac{3}{4}$ von 50,— DM (§ 1 Abs. 3 TV betr. Kinderzuschläge)	37,50 DM	= 37,50 DM
b) für das 2. Kind wie vorstehend abzüglich des Kindergeldes (§ 1 Abs. 9 a. a. O.)	<u>25,— DM</u>	<u>12,50 DM</u>
c) für das 3. Kind kein Kinderzuschlag, da das Kindergeld in Höhe von 60,— DM zusteht		<u>—,— DM</u>
zusammen		<u>50,— DM</u>

Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag z. Z. wie folgt zu berechnen:

a) Für das 1. Kind 89 v. H. von 37,50 DM	= 33,38 DM
b) für das 2. Kind 104 v. H. von 12,50 DM	= <u>13,— DM</u>
zusammen	<u>46,38 DM</u>

Beispiel 5:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist nicht vollbeschäftigter Beamter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. c des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vermindert sich der Kinderzuschlag des Arbeiters um den Teil, den sein Ehegatte erhält.

Würde dem Ehegatten kein Kinderzuschlag zustehen, würde der Arbeiter den vollen Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen.

b) Zu Nr. 3:

Beispiel 6:

Der Stiefvater von 2 Kindern ist im öffentlichen Dienst als Arbeiter beschäftigt. Sein Ehegatte (leibliche Mutter) und der leibliche Vater der Kinder sind außerhalb des öffentlichen Dienstes berufstätig. Nach § 1 Abs. 1 des TV betr. Kinderzuschläge hat der Stiefvater Anspruch auf den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag. Von diesem Kinderzuschlag ist der Sozialzuschlag zu berechnen.

Beispiel 7:

Der Stiefvater eines Kindes ist Arbeiter im öffentlichen Dienst, seine Ehefrau, die leibliche Mutter, steht ebenfalls im öffentlichen Dienst, der leibliche Vater ist nicht Angehöriger des öffentlichen Dienstes. Dem Stiefvater ist der Sozialzuschlag auf der Grundlage des Kinderzuschlages zu zahlen, der ihm zustünde, wenn seine Ehefrau nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt wäre.

Beispiel 8:

Die Stiefmutter ist Arbeiterin im öffentlichen Dienst, die leibliche Mutter steht als Beamtin ebenfalls im öffentlichen Dienst. Der Ehegatte und leibliche Vater ist nicht im öffentlichen Dienst tätig.

Der Anspruch der Stiefmutter auf Kinderzuschlag entfällt nach § 19 Abs. 2 Nr. 3 BBesG wegen des Anspruchs der leiblichen Mutter. Der Stiefmutter ist deshalb kein Sozialzuschlag zu zahlen.

Entsprechendes gilt, wenn der Kinderzuschlagsanspruch eines Stiefvaters mit dem Kinderzuschlagsanspruch des leiblichen Vaters zusammentrifft.

Beispiel 9:

Der Stiefvater ist Arbeiter im öffentlichen Dienst, beide leiblichen Elternteile stehen ebenfalls im öffentlichen Dienst, gleichgültig, in welchem Rechtsverhältnis. Kinderzuschlag steht entweder dem leiblichen Vater allein oder beiden natürlichen Elternteilen je zur Hälfte zu; der Stiefvater erhält keinen Kinderzuschlag (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 BBesG). Der Stiefvater hat nicht nur wegen des Anspruchs der leiblichen Mutter (seiner Ehefrau), sondern (auch) wegen des Anspruchs des leiblichen Vaters keinen Anspruch auf Kinderzuschlag. Ihm steht deshalb auch kein Sozialzuschlag zu. Ebenso ist einer Stiefmutter kein Sozialzuschlag zu zahlen, wenn sie wegen des Kinderzuschlagsanspruchs beider natürlichen Elternteile keinen Kinderzuschlag beanspruchen kann.

II.

1. Die Bezugsrundschriften vom 22. Juli 1969 und 8. Februar 1971 sind durch die vorstehenden Hinweise überholt und werden daher aufgehoben.

2. In Abschnitt I Nr. 6 meines Bezugsrundschriftens vom 21. Januar 1972 erhält der letzte Satz folgende Fassung:

„Im übrigen sind die zum Vollzug dieser Vorschrift in meinem Rundschriften vom 24. März 1972 — I A 62 — P 2204 4 — 64 — (St.Anz. S. 698) gegebenen Hinweise zu beachten.“

Wiesbaden, 24. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
I A 62 — P 2204 A — 64

StAnz. 16/1972 S. 698

494

Anschlußtarifverträge**I.**

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum Tarifvertrag vom 15. März 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte im Programmierdienst vom 8. Juli 1970 (StAnz. S. 1458) mit
 - a) der Gewerkschaft der Polizei,
 - b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
 - c) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - d) dem Verband der weiblichen Angestellten,
 jeweils am 9. Februar 1972,
2. zum Änderungsstarifvertrag Nr. 4 vom 27. April 1971 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 (StAnz. 1972 S. 442) mit
 - a) dem Verband der weiblichen Angestellten am 10. Februar 1972,
 - b) der Gewerkschaft der Polizei am 10. Februar 1972,
 - c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst am 10. Januar 1972,
 - d) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 2. Februar 1972,
3. zum Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Angestellte im fernmeldetechnischen Dienst und im Fernmeldebetriebsdienst) vom 21. Mai 1971 (StAnz. S. 1242) mit
 - a) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
 - b) der Gewerkschaft der Polizei,
 - c) dem Verband der weiblichen Angestellten,
 - d) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 jeweils am 10. Februar 1972.

II.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum a) Vergütungstarifvertrag Nr. 9 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 105) und
 - b) Tarifvertrag über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes und der Länder vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 108)
 mit dem Marburger Bund am 21. Januar 1972,
2. zum Tarifvertrag vom 15. März 1971 zur Änderung des Tarifvertrages über Zulagen an Angestellte in der Steuerverwaltung und in der Zollverwaltung vom 8. Juli 1970 (StAnz. S. 1458) mit
 - a) der Gewerkschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
 - c) der Gewerkschaft der Polizei,
 - d) dem Verband der weiblichen Angestellten,
 jeweils am 2. Februar 1972.

III.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der in den Abschnitten I und II im einzelnen aufgeführten Tarifverträge sehe ich ab.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 23. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
I A 63 — P 2048 A — 37
StAnz. 16/1972 S. 700

495

Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt/Main über die ärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei:

hier: Vergütung für ärztliche Leistungen

Mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen wird § 5 des 2. Nachtrags zum Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt/Main über die ärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei vom 2. Mai 1966 (StAnz. S. 778) mit Wirkung vom 1. Januar 1972 wie folgt geändert:

Nr. 2

„Zu den einfachen Sätzen des Gebührenverzeichnisses wird ein Zuschlag von 65% gezahlt.“

Nr. 3 letzter Satz

„Zu diesen Sätzen wird ein Zuschlag von 65% gezahlt.“

Nr. 4 letzter Satz

„Auf diesen Honoraranteil wird ein Zuschlag von 65% gezahlt.“

Nr. 7 Abs. 1 letzter Satz

„Zu diesen Sätzen wird der Zuschlag von 65% gezahlt.“

Mein Erlaß vom 1. September 1970 (StAnz. S. 1863) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 18. 2. 1972

Der Hessische Minister des Innern
III A 12 — 12 b 02 01
StAnz. 16/1972 S. 700

496

Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiete des Paßwesens

Nach den letzten amtlichen Feststellungen gehören

im Regierungsbezirk Darmstadt

die Städte	Büdingen,	Landkreis Büdingen,
	Hadamar,	Landkreis Limburg,
	Karben,	Landkreis Friedberg,
	Lich,	Landkreis Gießen,
die Gemeinde	Bruchköbel,	Landkreis Hanau,

im Regierungsbezirk Kassel

die Städte	Arolsen,	Landkreis Waldeck,
	Bebra,	Landkreis Rotenburg a. d. F.,

zu den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern.

Damit sind die bisher von den Landräten der obengenannten Landkreise als Paßbehörden wahrgenommenen Aufgaben für das Gebiet dieser Gemeinden auf den jeweils zuständigen Bürgermeister als Ortspolizeibehörde übergegangen (§ 59 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung über die Verteilung der Aufgaben der Landesverwaltung auf der Kreisstufe vom 24. März 1953 — GVBl. S. 39 — und § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über die Zuweisung von Aufgaben der Gefahrenabwehr an die allgemeinen Polizeibehörden vom 23. Dezember 1964 — GVBl. I S. 251 — in Verbindung mit § 57 Abs. 1 Nr. 4 HSOG und § 105 HGO).

Wiesbaden, 24. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 c 02
StAnz. 16/1972 S. 700

497

Gemeindegebietsreform in Hessen;

hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden

Die Hessische Landesregierung hat am 28. März 1972 beschlossen:

1. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1972 die Gemeinden **Ahrdt, Erda** und **Hohensolms** im Landkreis **Wetzlar** zu einer Gemeinde mit dem Namen „**Hohenahr**“ zusammengeschlossen.“
2. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1972 die Gemeinden **Oberstedten, Stierstadt** und **Weißkirchen** in die Stadt **Obersursel** (Taunus) im Obertaunuskreis eingegliedert.“
3. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 und §§ 12 und 13 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1972 die Stadt **Kronberg** (Taunus) und die Gemeinden **Oberhöchstädt/Ts.** und **Schönberg** (Taunus) im Obertaunuskreis zu einer Stadt mit dem Namen „**Kronberg**“ zusammengeschlossen.“
4. „Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. April 1972 die Gemeinde **Schneidhain/Ts.** in die Stadt **Königstein i. Ts.** im Obertaunuskreis eingegliedert.“

Wiesbaden, 29. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 k 08/05
StAnz. 16/1972 S. 701

498

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) erhalten mit Wirkung vom 1. April 1972 die Gebiete der früheren Gemeinden

Oberstedten, Stierstadt und **Weißkirchen**, Obertaunuskreis, in der Stadt **Obersursel** (Taunus) die Bezeichnungen:

- „Stadtteil **Oberstedten**“,
- „Stadtteil **Stierstadt**“,
- „Stadtteil **Weißkirchen**“.

Wiesbaden, 29. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 k 08/05
StAnz. 16/1972 S. 701

499

Erhöhung der Aufwandentschädigungen für die ehrenamtlichen Bürgermeister und die ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden

Mit Erlaß vom 17. März 1972 — I A 52 — P 1500 A — 413 — (StAnz. S. 665) habe ich auf Grund des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags vorgriffweise Zahlungen auf die zu erwartende Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge unter dem Vorbehalt der späteren gesetzlichen Regelung zugelassen.

Ich empfehle den Gemeinden mit ehrenamtlicher Verwaltung, die auf Grund der zu erwartenden gesetzlichen Regelung nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Aufwandentschädigung und den Ehrensold der ehrenamtlichen Bürger-

meister und der ehrenamtlichen Kassenverwalter der Gemeinden zu erhöhende Aufwandentschädigung mit Wirkung ab 1. Januar 1972 alsbald zu zahlen. Eine vorläufige Tabelle der Aufwandentschädigungen für die ehrenamtlichen Bürgermeister und die ehrenamtlichen Kassenverwalter ist nachstehend abgedruckt.

Die Zahlungen sind unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der späteren Regelungen zu leisten und mit den nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des genannten Gesetzes zustehenden Beträgen zu verrechnen.

Wiesbaden, 29. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
IV A 2 — 8 i 02

StAnz. 16/1972 S. 701

*

Vorläufige Tabelle der Aufwandentschädigung

Größengruppen nach Einwohnerzahl	Gruppenbezeichnung	Aufwandentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister (monatlich)	Gruppenbezeichnung	Aufwandentschädigung für ehrenamtliche Kassenverwalter (monatlich)
		DM		DM
bis 100	EB 1	279,31	EK 1	220,48
101— 200	EB 2	338,14	EK 2	269,45
201— 300	EB 3	440,96	EK 3	308,78
301— 400	EB 4	523,11	EK 4	367,50
401— 500	EB 5	618,62	EK 5	440,96
501— 600	EB 6	699,49	EK 6	499,79
601— 700	EB 7	780,37	EK 7	567,21
701— 800	EB 8	883,19	EK 8	633,35
801— 900	EB 9	986,12	EK 9	699,49
901—1000	EB 10	1103,67	EK 10	795,11
1001—1250	EB 11	1236,07	EK 11	897,93
1251—1500	EB 12	1368,25	EK 12	1044,95
	EB 12 a	1498,20*)		
1501—2000	—	—	EK 13	1133,03
2001—2500	—	—	EK 14	1204,16
2501—3000	—	—	EK 15	1280,06
			EK 15 a	1337,72*)

*) Höherstufungsbetrag zu EB 12, EK 15 gemäß § 2 Abs. 3

500

Vollzug des Zweiten Wohngeldgesetzes;

hier: Einkommensermittlung und Lastenberechnung bei selbständigen Landwirten

Bezug: Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 21. Dezember 1971 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 243 vom 30. Dezember 1971)

Zur Durchführung der §§ 3, 6 und 11 des 2. WoGG und der §§ 9 bis 16 WoGV wird ergänzend zu Nrn. 3, 6 und 11 WoGVvw folgendes bestimmt:

1. Landwirte sind grundsätzlich für einen Lastenzuschuß antragsberechtigt.

Mietzuschuß wird lediglich in den Ausnahmefällen gewährt, in denen die Voraussetzungen der Nr. 3.5 WoGVvw nicht gegeben sind. Dabei kommt es auf die tatsächlichen Verhältnisse und nicht darauf an, ob der Antragsberechtigte selbst nicht in der Lage ist, die auf den Wohnteil entfallende Belastung anzugeben. Dem Antragsberechtigten steht in keinem Fall ein Wahlrecht zwischen einem Miet- oder Lastenzuschuß zu. Das gilt auch dann, wenn das Grundstück unbelastet ist und somit lediglich die Belastung aus der Bewirtschaftung anzusetzen ist.

2. Sofern die Lastenberechnung nach §§ 9 ff. WoGV nicht ohne weiteres durchgeführt werden kann, erteilen Auskünfte:

- a) die Hessischen Ämter für Landeskultur, soweit es sich um Betriebe handelt, die in der ländlichen Siedlung oder Agrarstrukturverbesserung gefördert wurden, und
- b) die Landwirtschaftsämter bezüglich der sonstigen Betriebe.

Diese Behörden können im Zweifelsfall auch die Frage beantworten, ob Wohn- und Wirtschaftsteil baulich getrennt sind.

Die einmal erteilte Auskunft ist in der Regel auch für Wiederholungsanträge zu berücksichtigen.

3. Bei der Lastenberechnung ist darauf zu achten, daß nach § 10 WoGV die Lastenberechnung nur für den Wohnteil aufzustellen ist. Das Grundstück ist bei einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht in die Wohngeld-Lastenberechnung einzubeziehen. Die der Finanzierung der Kosten des Baugrundstücks (Wert des Baugrundstücks, Erwerbskosten und Erschließungskosten) dienenden Fremdmittel sind daher bei der Wohngeld-Lastenberechnung nicht zu berücksichtigen.

4. Die nach Nr. 11.3 Satz 2 Buchst. b WoGVvw zu ermittelnden Einkünfte sind vom Antragsteller nachzuweisen. In der Regel sind Einkunftsnachweise folgender Stellen anzuerkennen:

- a) der Landwirtschaftsämter,
- b) der Buchstellen sowie der sonstigen Bücher führenden oder Bücher prüfenden Stellen, soweit sie zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen im Sinne des § 107 a der Reichsabgabenordnung befugt sind (z. B. Steuerberater, Steuerbevollmächtigte oder Steuerberatungsgesellschaften).

In Zweifelsfällen kann das Landwirtschaftsamt auch im Wege der Amtshilfe eingeschaltet werden.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Wiesbaden, 29. 3. 1972

Der Hessische Minister des Innern
V B 51 — 56 a 04 — 60/72
StAnz. 16/1972 S. 701

501

Der Hessische Minister der Finanzen

Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz (AVV-GFRG) vom 23. Februar 1972 (StAnz. S. 456)

In die Anlage zu Nr. 2.1 der AVV-GFRG (StAnz. S. 456 ff.) werden folgende Gemeinden aufgenommen:

im Bezirk des Finanzamts Limburg an der Lahn

	Kennnummer
Dombach	30145006
Eisenbach	30145009
Erbach	30145013
Haintchen	30145018
Oberselters	30145040
Schwickershausen	30145045

Es wurden gestrichen:

im Bezirk des Finanzamts Bad Hersfeld

Ausbach	02235005
---------	----------

im Bezirk des Finanzamts Bensheim

Erbach	05132015
Kirschhausen	05132039
Sonderbach	05132085
Wald-Erlenbach	05132095

im Bezirk des Finanzamts Friedberg/Hessen

Beienheim	16139003
Dorn-Assenheim	16139012

im Bezirk des Finanzamts Lauterbach/Hessen

Dirlammen	29144008
Frischborn	29144016
Hopfmannsfeld	29144028
Sickendorf	29144057

im Bezirk des Finanzamts Michelstadt/Odenwald

Bullau	33138009
Dorf-Erbach	33138010
Steinbuch	33138080
Würzburg	33138090

im Bezirk des Finanzamts Nidda/Oberhessen

Blofeld	34134012
Heuchelheim	34134048
Leidhecken	34134058

Wiesbaden, 30. 3. 1972

Der Hessische Minister der Finanzen
FR 021 — III B 22
StAnz. 16/1972 S. 702

502

Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 15. Februar 1972 (GVBl. I S. 39)

Nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen vom 8. 9. 1969 (BGBl. S. 1587) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 21. 1. 1970 (GVBl. I S. 63) werden folgende Ergänzungsschlüsselzahlen festgesetzt:

Camberg	minus 0,0007613
Dombach	0,0000214
Eisenbach	0,0002134
Erbach, Kreis Limburg	0,0003028
Haintchen	0,0000754
Hungen	minus 0,0001175
Langsdorf	0,0001175
Oberselters	0,0000954
Roßdorf, Kreis Darmstadt	0,0000808
Schwickershausen	0,0000529

Wiesbaden, 27. 3. 1972

Der Hessische Minister der Finanzen
FR 031 — III B 22
StAnz. 16/1972 S. 702

503

Anschrift des Staatsbauamtes Fulda

Die Anschrift des Staatsbauamtes Fulda lautet ab 1. April 1972:

Staatsbauamt Fulda,
64 Fulda, Schillerstr. 8, Postfach 1040,
Telefon-Nr. 69 53 und 69 54.

Wiesbaden, 24. 3. 1972

Der Hessische Minister der Finanzen
VV 2903 B — 103 — I A 23
StAnz. 16/1972 S. 702

504

Der Hessische Minister der Justiz

Einführung des Genossenschaftsregisters in Karteiform bei weiteren Gerichten

Bei den Amtsgerichten Büdingen, Dillenburg, Eltville am Rhein, Gelnhausen, Hadamar, Hochheim, Nidda, Rüdesheim am Rhein, Schlüchtern, Usingen und Bad Vilbel wird das Genossenschaftsregister ab 1. Juni 1972 entsprechend meinem Runderlaß über die Führung des Genossenschaftsregisters in Karteiform vom 26. April 1966 (JMBL. S. 145 StAnz. S. 699)

nicht in festen Bänden, sondern in Karteiform fortgeführt. Die bisherigen Registerblätter sind nach Maßgabe meines Runderlasses über die Umstellung des Genossenschaftsregisters auf die Karteiform vom 26. April 1966 (JMBL. S. 148) umzuschreiben.

Wiesbaden, 24. 3. 1972

Der Hessische Minister der Justiz
3823 — II/6 — 345/72
StAnz. 16/1972 S. 703

505

Der Hessische Kultusminister

Beiträge der Studenten für das Studentenwerk Kassel

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 21. 3. 1962 (GVBl. I S. 165), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. 12. 1971 (GVBl. I S. 342) in Verbindung mit § 1 Absatz 4 der Gebühren- und Beitragsordnung für die Studierenden an den Universitäten des Landes Hessen vom 12. 5. 1970 (GVBl. I

S. 315) genehmige ich auf Vorschlag des Studentenwerks Kassel für das Sommersemester 1972 den Beitrag an das Studentenwerk in Höhe von 68,— DM.

Wiesbaden, 28. 3. 1972

Der Hessische Kultusminister
H II 4 — 436/24 — 382
StAnz. 16/1972 S. 703

506

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Ausbau und Verlegung der Landesstraße 3010 (jetzt B 521) zwischen Eichen und Altenstadt von Bau-km 0,000 bis Bau-km 2,3766 und zwischen Lindheim und Büches von Bau-km 5,900 bis Bau-km 10,35248 sowie Verlegung der Landesstraße 3189 westlich Altenstadt von Bau-km 0,000 bis Bau-km 0,72372 mit Neuanschluß an die Landesstraße 3010 (neu B 521)

Beschluss

Gemäß § 34 Abs. 5 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 (GVBl. I, Seite 437) wird die Wirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 8. Juni 1966 — III b 2 — Az.: 61 k 08 (194) — n. v. um fünf Jahre, das ist bis zum 15. August 1976, verlängert.

Begründung

Wird mit der Durchführung eines Planes nicht innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Eintritt der Rechtskraft begonnen und ist der Plan nicht spätestens sechs Jahre nach Eintritt der Rechtskraft durchgeführt, so tritt er gemäß § 34 Abs. 5 HStrG außer Kraft, wenn er nicht vorher um höchstens fünf Jahre verlängert wird.

Mit der Durchführung des Planes für den Ausbau und die Verlegung der Landesstraße 3010 zwischen Eichen und Altenstadt und zwischen Lindheim und Büches sowie für die Verlegung der Landesstraße 3189 westlich Altenstadt mit Neuanschluß an die Landesstraße 3010 (neu B 521) wurde fristgemäß vor Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses begonnen. Teilabschnitte sind bereits ausgebaut worden. Es wird nach Darstellung des Hessischen Straßenbauamtes in Schotten jedoch nicht möglich sein, den gesamten Plan innerhalb der gesetzten Frist von sechs Jahren nach Eintritt der Rechtskraft durchzuführen. In Anbetracht dessen, daß das öffentliche Interesse an der Verwirklichung des gesamten Planes gegeben ist, war dem Antrag des Hessischen Straßenbauamtes in Schotten auf Verlängerung der Wirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses zu entsprechen.

Die Entscheidung ergeht im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Wiesbaden, 28. 3. 1972

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
IV a 3 — Az.: 61 k 08 (194)
StAnz. 16/1972 S. 703

507

Widmung von Neubaustrecken, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Bundesstraßen 27 und 249 sowie der Landesstraßen 3241 und 3403 in der Gemarkung Niederhone (Ortsteil der Stadt Eschwege), Kreis Eschwege, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Bundesstraße 27 in der Gemarkung Niederhone (Ortsteil der Stadt Eschwege), Kreis Eschwege, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße

von km 23,867 neu (= alt)
bis km 25,820 neu (bei km 26,037 alt) = 1,953 km

erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 27 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die im Zuge der Bundesstraße 249 in der Gemarkung Niederhone neugebaute Straße

von km 0,000 neu
bis km 0,830 neu (= km 0,127 neu) = 0,830 km
einschließlich der Anschlußarme
an die neue Bundesstraße 27

erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 249 (§ 2 Abs. 1 FStrG).

3. Die im Zuge der Landesstraße 3241 in der Gemarkung Niederhone neugebaute Strecke

von km 0,445 neu (= km 0,000 der B 249 neu)
bis km 0,638 neu = 0,193 km

wird mit Wirkung vom 1. Mai 1972 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3241 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

4. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3403

von km 0,003 (bei km 3,663 der B 249 alt)
bis km 0,256 = 0,253 km

und die neugebaute Verbindungsstraße zwischen der bisherigen Landesstraße 3403 und der Neubaustrecke der Bundesstraße 249

von km 0,003 (bei km 0,256 der bisherigen L 3403)
bis km 0,127 (= km 0,830 neu der B 249) = 0,124 km
werden vorübergehend Bestandteil der Bundesstraße 249.

5. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 27

von km 24,125 alt
bis km 25,962 alt = 1,837 km

und die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 249

von km 3,663
bis km 4,185 = 0,522 km

verlieren mit Ablauf des 30. April 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG). Sie werden mit Wirkung vom 1. Mai 1972 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 5 Abs. 3 FStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Eschwege über (§ 5, 43 HStrG).

6. Die Teilstrecken der bisherigen Bundesstraße 27

von km 23,874 bis km 24,114 = 0,240 km

und

von km 25,980 bis km 26,037 = 0,057 km

verlieren mit Ablauf des 30. April 1972 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG). Sie sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Mai 1972 eingezogen. Von der vorherigen Bekanntgabe der beabsichtigten Einziehung dieser Strecken gemäß § 2 Abs. 5 FStrG wurde abgesehen, da die zur Einziehung vorgesehenen Strecken in den im Planfeststellungsverfahren ausgelegten Plänen als solche kenntlich gemacht worden sind.

7. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3241

von km 0,004 bis km 0,204 = 0,200 km
und

von km 0,219 bis km 0,580 = 0,361 km

verlieren mit Ablauf des 30. April 1972 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und werden wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) Die Teilstrecken

von km 0,004 bis km 0,204 = 0,200 km

von km 0,219 bis km 0,300 = 0,081 km

und

von km 0,420 bis km 0,580 = 0,160 km

werden mit Wirkung vom 1. Mai 1972 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG). Die Straßenbaulast geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Eschwege über (§ 43 HStrG).

b) Die Teilstrecke

von km 0,300 bis km 0,420 = 0,120 km

ist für den Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. Mai 1972 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG). Von der

vorherigen Bekanntgabe der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da die zur Einziehung vorgesehene Strecke in den im Planfeststellungsverfahren ausgelegten Plänen als solche kenntlich gemacht worden ist.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 27. 3. 1972

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

IV a 3 — Az.: 63 a 30

StAnz. 16/1972 S. 703

508

Bau und Betrieb einer 110-kV-Anschlußleitung in der Gemarkung Eiershausen

Anordnung

Auf Grund des § 11 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und Wasserversorgung vom 17. 7. 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in der Gemarkung Eiershausen, Dillkreis, Regierungsbezirk Darmstadt, für den Bau und Betrieb einer 110-kV-Anschlußleitung für das Umspannwerk Eibelshausen für zulässig erklärt.

Auf Grund der eingangs genannten Vorschriften in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. 7. 1922 (Preuß. Gesetzssamml. S. 211), geändert durch Gesetz vom 8. 5. 1970 (GVBl. I S. 299), wird das vereinfachte Enteignungsverfahren angeordnet.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 1. April 1974 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 27. 3. 1972

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

— IV b 1 — 921.012.031 —

in Vertretung

gez. Schnorr

StAnz. 16/1972 S. 704

509

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt — Kassel

Richtlinien für die Tätigkeit der für die Wasserwirtschaft zuständigen Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen (Bescheinigungsbehörden) gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 3 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1969) in der Fassung vom 21. 4. 1970 (BGBl. I S. 373)

Bezug: Erlaß vom 29. 6. 1956 — V b — 62.4.8. — 2852/56 — (n. v.)

I.

1. Auf Grund der Ermächtigung in § 51 Abs. 1 Ziff. 2, Buchst. 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 1. 12. 1971 (BGBl. I S. 1881) — EStG 1971 — sind in § 79 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 21. 4. 1970 (BGBl. I S. 373) — EStDV 1969 — Vorschriften über Sonderabschreibungen bei Wirtschaftsgütern, die unmittelbar und ausschließlich der Verhinderung, Beseitigung oder Ver-

ringerung von Schädigungen durch Abwasser dienen, erlassen worden.

2. Zur einheitlichen Handhabung des § 79 EStDV haben die Finanzverwaltungen der Länder im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen gleichlautende Erlasse an die Finanzämter herausgegeben. (Erlaß des Hess. Ministers der Finanzen vom 8. 6. 1956 — S. 2130 — 62 — II/21 — veröffentlicht im Bundessteuerblatt 1956 (Teil II S. 80).

Diese Erlasse geben die Auffassung der Finanzverwaltung zu dem durch § 79 EStDV geschaffenen Rechtszustand wieder. Sie sind zwar nicht für die Steuerpflichtigen und die Finanzgerichte, wohl aber für die unterstellten Finanzbehörden bindend. Für die Durchführung des § 79 EStDV in der Praxis kommt ihnen daher eine wesentliche Bedeutung zu.

3. Gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 3 EStDV ist es Aufgabe der für die Wasserwirtschaft zuständigen obersten Landesbehörden oder der von ihnen bestimmten Stellen, das Vorliegen der für die Gewährung der Steuerbegünstigung in § 79 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 EStDV geforderten Voraussetzungen zu bescheinigen. Den Be-

scheinigungsbehörden obliegt es somit — vorbehaltlich des den Finanzbehörden und den Finanzgerichten zustehenden Rechts, die Richtigkeit des Inhaltes der vom Steuerpflichtigen vorgelegten Bescheinigung nachzuprüfen —, in jedem einzelnen Antragsfall in eigener Zuständigkeit zu prüfen, ob die Voraussetzungen des § 79 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 EStDV für die Gewährung der Steuerbegünstigung gegeben sind.

Das Ausstellen der Bescheinigungen gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 3 EStDV ist Ihnen übertragen. In Zweifelsfällen sind mir die Anträge mit Ihrer Stellungnahme zuzuleiten.

4. Um eine möglichst einheitliche und reibungslose Durchführung von § 79 EStDV auch von seiten der Bescheinigungsbehörden zu erreichen, bitte ich auch weiterhin, bei der Prüfung der Anträge von dem in Ziff. 2 bezeichneten Erlaß auszugehen.

II.

1. Die Beurteilung der Anträge der Steuerpflichtigen durch die Bescheinigungsbehörden erstreckt sich auf folgende Fragen:

- a) Dient das Wirtschaftsgut unmittelbar und ausschließlich dazu, Schädigungen durch Abwasser zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern (Abgrenzung der begünstigten Wirtschaftsgüter gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 1 EStDV)?
- b) Ist die Anschaffung oder Herstellung des Wirtschaftsgutes im öffentlichen Interesse erforderlich (§ 79 Abs. 2 Ziff. 2 EStDV)?

2. Die begünstigten Wirtschaftsgüter (§ 79 Abs. 2 Ziff. 1 EStDV)

Es wird auf Abschnitt 1 des Erlasses des Hess. Ministers der Finanzen vom 8. 6. 1956 — S 2130 — 62 — II/21 — verwiesen.

Die Vorschrift des § 79 EStDV kommt demnach für sämtliche Wirtschaftsgüter, die unmittelbar und ausschließlich Schädigungen verhindern, beseitigen oder verringern, welche durch die Beschaffenheit eines Abwassers entstehen oder entstehen können, in Betracht. Abwasser im Sinne des § 79 EStDV ist solches Wasser, dessen Beschaffenheit durch seine Verwendung schädigenden Charakter angenommen hat oder Wasser, das auf Grund seiner ursprünglichen Beschaffenheit geeignet ist, Schädigungen hervorzurufen, wie z. B. Grubenwasser und dergleichen.

Für die Begünstigung kommen alle Wirtschaftsgüter in Frage, die der Ableitung und Behandlung des Abwassers dienen, z. B. Wirtschaftsgüter zur Umwandlung, Entnahme oder Konzentrierung von gelösten, festen oder gasförmigen Stoffen (auch Landbehandlung), Wirtschaftsgüter zur Vorbehandlung des Abwassers am Anfallort, Wirtschaftsgüter zum Transport und zur Beseitigung der Reststoffe, Abwasserhauptsammler, soweit durch diese das im Betrieb gesammelte Abwasser entweder der Behandlungsanlage oder einem Gewässer bzw. einer Kanalisation zugeleitet wird, Pumpwerke zur Förderung des gesammelten Abwassers. Begünstigt sind auch auf Grund behördlicher Anordnungen angeschaffte oder hergestellte Wasserkreislaufanlagen, Einrichtungen und Anlagen zur Gewässerbelüftung (die wegen der Einleitung von Abwässern erforderlich werden) und Einrichtungen und Anlagen zur Überwachung einzuleitender Abwässer (Kontrollgeräte usw.).

3. Prüfung des öffentlichen Interesses

Das öffentliche Interesse im Sinne von § 79 Abs. 2 Ziff. 2 EStDV ist das Interesse an der Reinhaltung der Gewässer. Deshalb ist der Schutz der Gewässer gegen Schädigung durch Abwasser allen anderen Gesichtspunkten voranzustellen.

Im übrigen wird auf Abschnitt 1 Abs. 8 des Erlasses des Hess. Ministers der Finanzen vom 8. 6. 1956 — S 2130 — 62 — II/21 — verwiesen.

Die Bescheinigungsbehörde erstreckt ihre Prüfung auch darauf, ob die Wirtschaftsgüter im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt worden sind. Treffen diese Voraussetzungen zu, so ist die vorgeschriebene Bescheinigung nach § 79 EStDV nicht auszustellen. Falls der Steuerpflichtige jedoch unter Hinweis auf die Vorschrift des § 79 Abs. 2 Ziff. 3 EStDV auf der Ausstellung der beantragten Bescheinigung bestehen sollte, bitte ich diesem Begehren zu entsprechen, d. h. die wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen auch dann zu bescheinigen,

wenn tatsächlich die Anlage im Zusammenhang mit der Neuerrichtung eines Betriebes zur Ausführung gekommen ist. Abschrift dieser Bescheinigung ist aber dem zuständigen Finanzamt zu übersenden, wobei diejenigen Tatbestände mitzuteilen sind, die nach Ihrer Auffassung einer Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit entgegenstehen. Den Steuerpflichtigen bitte ich hiervon in geeigneter Weise zu unterrichten. Das zuständige Finanzamt wird sodann entscheiden, ob der Steuerpflichtige die Bewertungsfreiheit nach § 79 EStDV in Anspruch nehmen kann oder nicht.

Grundsätzlich sind die negativen Voraussetzungen dieser Vorschrift als gegeben anzusehen, wenn eine Betriebsstätte — dazu rechnet auch die Stätte, an der sich die Geschäftsleitung befindet — neu errichtet wird. Die Neuerrichtung eines Betriebes oder einer Betriebsstätte liegt auch dann vor, wenn ein Betrieb in seiner Gesamtheit verlagert wird. Dagegen kann eine Erweiterung des Betriebes (der Betriebsstätte) oder (und) eine Verlagerung der Tätigkeit innerhalb eines bestehenden Betriebes (einer Betriebsstätte) nicht als Neuerrichtung eines Betriebes oder einer Betriebsstätte im Sinne des § 79 Abs. 8 EStDV angesehen werden. Eine andere Beurteilung kann jedoch geboten sein, wenn eine Betriebserweiterung nicht nur im räumlichen, sondern auch im zeitlichen Zusammenhang mit der Neuerrichtung einer Betriebsstätte erfolgt. In solchen Fällen ist stets zu prüfen, ob Neuerrichtung und Erweiterung als einheitliche Maßnahme anzusehen sind, die nur im Hinblick auf die die Sonderabschreibungen ausschließende Vorschrift des § 79 Abs. 8 EStDV in mehrere Abschnitte zerlegt wurde. Ist das der Fall, so kommt die Bewertungsfreiheit auch für die im Rahmen einer solchen „Erweiterung“ angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter nicht in Betracht.

Allgemein gültige Grundsätze für die Abgrenzung zwischen nicht begünstigter Neuerrichtung und begünstigter Erweiterung von Betrieben und Betriebsstätten lassen sich für derartige Fälle nicht aufstellen. Die Entscheidung muß vielmehr jeweils nach den gesamten Umständen des Einzelfalles getroffen werden.

III.

1. Die Anträge sollen die in nachstehendem Muster 1 bezeichneten Angaben enthalten. Für die Bescheinigung ist die Form nach Muster 2 zu verwenden.

2. Zur Beurteilung des Umfanges der begünstigten Investitionen ist es notwendig, einen Nachweis zu führen, in dem der Wert der begünstigten Wirtschaftsgüter bzw. der Herstellung, ferner die behandelte Abwassermenge festgehalten wird.

Ich bitte, mir diese Nachweise über die von Ihnen ausgestellten Bescheinigungen gemäß § 79 EStDV auch weiterhin zum 1. 3. eines jeden Jahres vorzulegen.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Der im Bezug genannte Erlaß vom 29. 6. 1956 — V b — 62.4.8. — 2852/56 — (n. v.) und die Erlasse vom 28. 9. 1964 — V d — 62.4.8. — 2062/64 — (n. v.) und 18. 11. 1966 — IV B 3 — 79 m 12.11 — Allg. — 501/66 — (n. v.) sind nicht mehr anzuwenden.

Wiesbaden, 15. 3. 1972

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
VA 3 — 79 m 12/11 — Allg. — 378/72
StAnz. 16/1972 S. 704

*

Muster 1

Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 79 EStDV 1969

- 1. Antragsteller:
- 2. Anschrift:
- 3. Industriegruppe:
- 4. Durch Wirtschaftsgüter nach 6.
behandelte Abwassermenge von:
- 5. Zuständiges Finanzamt:

6. Wirtschaftsgüter, für die steuerliche Begünstigung nach § 79 EStDV in Anspruch genommen wird:

Id. Nr.	Wirtschaftsgüter	Verwendungszweck	Anschaffung, Liefertag	Herstellung, Fertigstellungstag	Wert der Wirtschaftsgüter		Bemerkungen
					bewegl. DM	unbewegl. DM	
a	b	c	d1	d2	e1	e2	f

Zu e: Zur Erläuterung sind eine kurzgefaßte Darstellung der Anlage, ein Übersichtsplan und eine Kostenzusammenstellung beizufügen.

Muster 2

Firma

Betr.: § 79 Einkommensteuereinführungsgesetz

Bezug: Ihr Antrag vom

Gemäß § 79 EStDV wird bescheinigt, daß nachstehend aufgeführte Wirtschaftsgüter

Wirtschaftsgüter Verwendungszweck	Anschaffung Lieferung	Herstellung Fertigstellung	Wert der Wirtschaftsgüter	
			bewegl. DM	unbewegl. DM

- unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, Schädigungen durch Abwasser zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern,
- ihre Anschaffung bzw. ihre Herstellung im öffentlichen Interesse liegt.

510

Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Bau und zur Einrichtung von Tierheimen

1. Allgemeine Grundsätze

- Im Rahmen der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel können als ergänzende Maßnahmen im Sinne des Umweltschutzes der Bau und die Einrichtung von Tierheimen gefördert werden, die zur Verbesserung der Unterbringung und Pflege von herrenlosen, ausgesetzten oder unter amtlicher Beobachtung stehenden Tieren dienen.
- Gefördert werden Wiederaufbau und Wiederherstellung sowie Neu-, Erweiterungs-, Um- und Ausbauten, außerdem Maßnahmen der inneren Sanierung durch Verbesserung der hygienischen und wirtschaftlichen Einrichtung und Beschaffung von Geräten.
- Die Zuwendungen für die genannten Zwecke werden in Form von Zuschüssen an Kreisausschüsse und kreisfreie Städte zur Unterstützung der kommunalen oder der freien gemeinnützigen Tierheime gewährt.

1.4 Für die Gewährung der Zuschüsse, die Verwendung der Mittel sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung gelten die vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO.

Ein Anspruch auf die Gewährung eines Zuschusses besteht nicht.

1.5 Der Zuschuß des Landes beträgt grundsätzlich 33% vom Hundert der als förderungswürdig anerkannten Gesamtkosten, bei Neubauten jedoch höchstens

für jede eingerichtete Hundebox 1500,— DM
— für Großboxen und Katzenhäuser ein dem Flächenverhältnis entsprechendes Vielfaches dieses Betrages —,

für jede Quarantänebox und einen Raum für die tierärztliche Betreuung und Behandlung je 3000,— DM.

Der Wert des Baugrundstücks, die Erwerbskosten (Grundstücksnebenkosten), die Erschließungskosten (Kosten für die Baureifmachung des Grundstücks) und die Kosten der Beschaffung der Finanzierungsmittel sind nicht zuschufähig.

1.6 Verringert sich die der Zuschußgewährung zugrunde liegende Kostensumme, so wird der Zuschuß des Landes entsprechend gekürzt. Der Unterschiedsbetrag ist zurückzuzahlen.

1.7 Der Träger des Tierheimes muß sich verpflichten, den Landeszuschuß zurückzuzahlen, wenn er die Gemeinnützigkeit verliert.

1.8 In besonderen Ausnahmefällen behalte ich mir vor, im Rahmen des allgemeinen Haushaltsrechts von den Grundsätzen nach Ziffer 1.5 abzuweichen.

2. Voraussetzungen der Förderung

- Die zu fördernde Maßnahme muß im öffentlichen Interesse liegen und sich in die Gesamtplanung des hessischen Tierschutzes einfügen.
- Der Träger des Tierheimes muß wirtschaftlich in der Lage sein, das Projekt nach der Fertigstellung zu unterhalten.
- Mit dem Landeszuschuß muß die Gesamtfinanzierung des zu fördernden Vorhabens nachweislich gesichert sein.
- Vorhaben dürfen erst begonnen werden, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
- Können Baumaßnahmen nicht in einem Zuge durchgeführt werden, so sind zumindest Bauabschnitte vorzusehen, durch die alsbald verwendbare Anlagen entstehen.
- In jedem mit Landesmitteln bezuschußten Tierheim muß eine Möglichkeit zur Absonderung tollwutverdächtiger Tiere vorhanden sein, die im Einvernehmen mit dem Amtstierarzt einzuplanen ist.

3. Verfahren

- Zuschüsse werden nur auf schriftlichen Antrag, der die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit des Zuschusses erforderlichen Angaben enthalten muß, gewährt. Anträge sind in vierfacher Ausfertigung über den Kreisausschuß, in kreisfreien Städten über den Magistrat, an mich zu richten.
- Dem Antrag sind beizufügen:
 - Bei Baumaßnahmen: Vorentwurf, Erläuterungsbericht und Kostenvoranschlag,
 - bei anderen Maßnahmen zur Modernisierung: Kostenanschläge,
 - in allen Fällen: Finanzierungsplan mit Belegen (Nachweis der Eigenmittel, Kreditzusagen),
 - die Stellungnahme des zuständigen Amtstierarztes, der den Antrag insbesondere nach veterinärhygienischen Gesichtspunkten prüft,
 - die Stellungnahme des Landestierschutzverbandes, der insbesondere zur Dringlichkeit der Anlage Stellung nimmt.

- 3.3 Der Magistrat oder Kreisausschuß prüft den Antrag insbesondere darauf hin, ob ein öffentliches Interesse an dem geplanten Vorhaben besteht und der Träger des Tierheimes in der Lage ist, das Projekt nach Fertigstellung zu unterhalten. Der Antrag ist ferner nach baufachlichen und planerischen Gesichtspunkten und auf die Angemessenheit der veranschlagten Baukosten zu prüfen. Mit der Stellungnahme des Magistrats oder Kreisausschusses ist der Antrag mit den erforderlichen Unterlagen in dreifacher Ausfertigung dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

Der Regierungspräsident prüft den Antrag gegebenenfalls auch nach Gesichtspunkten der kommunalen Aufsicht und legt ihn mit seiner Stellungnahme in zweifacher Ausfertigung der obersten Landesbehörde zur Entscheidung vor.

4. Überwachung und Verwendungsnachweis

- 4.1 Nach Bewilligung eines Zuschusses hat der Regierungspräsident bei den nach diesen Richtlinien geförderten Maßnahmen die Überwachung sicherzustellen, insbesondere hinsichtlich der

- bestimmungsgemäßen Verwendung der Mittel,
- ordnungsgemäßen Durchführung,
- Einhaltung des Kostenvoranschlages, des Bau- und Finanzierungsplans.

- 4.2 Über die Verwendung des Zuschusses ist von dem Empfänger ein Verwendungsnachweis in dreifacher Ausfertigung zu führen. Dieser Verwendungsnachweis ist von dem Magistrat bzw. Kreisausschuß unter Beteiligung der örtlichen Fachbehörden zu prüfen und dem Regierungspräsidenten vorzulegen.

Dieser prüft den Verwendungsnachweis auf seine Vollständigkeit und legt ihn mit Sachbericht der obersten Landesbehörde vor.

Meine Erlasse vom 6. Juni 1961 (StAnz. S. 707) und vom 22. Mai 1962 (StAnz. S. 807) treten mit der Veröffentlichung dieses Erlasses im Staats-Anzeiger außer Kraft.

Wiesbaden, 17. 3. 1972

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
VI A 1 — 15 a 12 (19 c 20/19)
StAnz. 16/1972 S. 706

511

Waffengebrauchsrecht der Forst-, Jagd- und Fischereischutzberechtigten nach dem Gesetz vom 11. November 1950 (GVBl. S. 247), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 245)*

Durch das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei Ausübung öffentlicher Gewalt vom 11. November 1950 (GVBl. S. 247), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 245), ist in den §§ 9 bis 12 das Waffengebrauchsrecht bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes geregelt.

Der Hessische Minister des Innern hat für den Bereich der Polizeivollzugsbeamten die zur Ausführung des Gesetzes erforderliche Verwaltungsvorschrift vom 10. März 1970 — III A 2 — 22 b 06 01 — (StAnz. S. 625) erlassen. In Ergänzung dieser Verwaltungsvorschrift bestimme ich für den Forst-, Jagd- und Fischereischutz folgendes:

I. Zu § 9 des Gesetzes:

a) Allgemeines

Die Anwendung unmittelbaren Zwanges, insbesondere der Gebrauch von Schusswaffen, ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 2 bis 7 zulässig, soweit sich nicht aus den §§ 10 und 11 anderes ergibt.

b) Dienstkleidung und Dienstabzeichen

Bei jedem polizeilichen Einschreiten und insbesondere bei jedem Waffengebrauch haben die hierzu Berechtigten Dienst-

kleidung oder Dienstabzeichen zu tragen, sofern sie nicht erkennbar mit anderen zum Waffengebrauch Berechtigten, die Dienstkleidung oder Dienstabzeichen tragen, zusammenwirken.

c) Sachliche und örtliche Beschränkungen

Das Recht zum Waffengebrauch erstreckt sich im Rahmen der §§ 2 bis 7 auf alle Dienstobliegenheiten des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes — vorbehaltlich der Sonderregelung des § 11 — innerhalb des örtlichen Bereichs, für den der Schutzberechtigte bestellt oder bestätigt ist. Außerhalb dieses Bereichs sind die Schutzberechtigten — abgesehen von den Fällen der Notwehr und des Notstandes (§§ 53 bis 54 StGB) — nur bei der Verfolgung eines Flüchtigen auf frischer Tat und bei Verfolgung und Wiederergreifung Festgenommener (§ 167 GVG, § 127 StPO) zum Waffengebrauch befugt.

II. Zu § 10 des Gesetzes:

a) Zugelassene Waffen

Zum Waffengebrauch sind alle im Forst-, Jagd- und Fischereischutz sowie im polizeilichen Sicherheitsdienst üblichen Hieb-, Stoß- und Schusswaffen zugelassen.

b) Kreis der zum Waffengebrauch Berechtigten

Das Waffengebrauchsrecht steht unter den Voraussetzungen und Beschränkungen des Gesetzes zu

- den Forstbeamten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts;
- den gemäß § 46 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 13. Mai 1970 (GVBl. I S. 344), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1970 (GVBl. I S. 399), als Forstschutzbedienstete amtlich bestätigten Privatforstbediensteten der privaten Waldbesitzer;
- den gemäß § 25 des Bundesjagdgesetzes und § 27 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz in der Fassung vom 6. November 1969 (GVBl. I S. 248), geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), amtlich bestätigten Jagdaufsehern;
- den Fischereibeamten des Landes Hessen und den gemäß § 73 Abs. 1 des Fischereigesetzes vom 11. November 1950 (GVBl. S. 255), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), amtlich verpflichteten Fischereiaufsehern, sofern sie als Beamte im Fischereischutz verwendet werden.

III. Zu § 11 des Gesetzes:

Sonderbefugnisse im Forst- und Jagdschutz

Im Bereich des Forst- und Jagdschutzes ist wegen der für den Schutzberechtigten beim Einschreiten verbundenen besonderen Gefahren das Schusswaffengebrauchsrecht erweitert und unter den Beschränkungen der §§ 3 bis 6 des Gesetzes zulässig, jedoch nur dann, wenn es sich bei der Ausführung einer strafbaren Handlung um ein Verbrechen handelt (§ 5 Nr. 1 Buchst. a), mit Ausnahme des § 11 Abs. 3, wonach ein Vergehen nach § 292 StGB einem Verbrechen gleichgestellt ist.

IV. Zu § 12 des Gesetzes:

Einsatz der Polizei im Forst- und Jagdschutz

Werden Polizeibeamte allein oder im Zusammenwirken mit Forst- und Jagdschutzbediensteten im Forst- oder Jagdschutz tätig, so stehen ihnen hinsichtlich des Waffengebrauchs die gleichen Befugnisse wie den Forst- und Jagdschutzbediensteten zu.

V. Schlußbestimmung

Der Schutzberechtigte hat die unmittelbaren Folgen des Schusswaffengebrauchs festzustellen, sobald dies ohne Gefährdung seiner Person oder wichtiger Tatumstände und Beweismittel geschehen kann. Verletzt ist nach Möglichkeit Beistand zu leisten.

*) Für die Vollzugsbeamten des Bundes gilt das UZwG vom 10. März 1961 (BGBl. I S. 165).

Von jedem Schußwaffengebrauch ist der nächsten Polizeidienststelle und dem unmittelbaren Vorgesetzten Meldung zu erstatten. Wurde ein Mensch getötet, so hat der Vorgesetzte den Vorfall sofort der zuständigen Staatsanwaltschaft, hilfsweise dem nächsten Amtsrichter anzuzeigen (§ 159 StPO). Außerdem ist meiner Abteilung III — Jagd — Ruf: Wiesbaden 35 01 — sofort durch Fernsprecher oder Fernschreiber Mitteilung zu machen.

Bis zur Aufnahme der Ermittlungen durch die Polizei sind die Forst-, Jagd- und Fischereischutzberechtigten verpflichtet, alle keinen Aufschub duldenden Maßnahmen zur Ergreifung des Täters und zur Sicherung von Beweismitteln zu treffen (§§ 163, 164 StPO). Soweit es sich um Hilfsbeamte der Staats-

anwaltschaft handelt, stehen ihnen in besonders eilbedürftigen Fällen auch die Befugnisse der §§ 81a, 98, 105 StPO zu.

Meine Erlasse vom 26. Januar 1951 — L III e — I/247 — 711.02 — (n. v.), vom 10. Dezember 1962 — III e — I/3700 — 209.08 (StAnz. S. 1702) und vom 28. Mai 1965 — III e — I/1360 — 209.08 (StAnz. S. 727) werden aufgehoben, soweit sie nicht schon im Rahmen der Erlaßvereinbarung außer Kraft getreten sind.

Wiesbaden, 21. 3. 1972

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
III A 5 — 2590 — J 07
StAnz. 16/1972 S. 707

Personalnachrichten

512

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt:

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister (BaP) Walter Kunz (31. 1. 1972);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaP) Manfred Beck, Dieter Jäger, Friedbert Mai, Michael Reuter, Dietrich Wegner (BaL) (sämtl. 31. 1. 1972);

zu **Kriminalhauptmeistern** die Kriminalobermeister (BaL) Franz Halft, Ulrich Janzen, Heinz-Josef Jordan, Bodo Ochs (sämtl. 31. 1. 1972);

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Dieter Böcher (31. 1. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die **Kriminalobermeister** (BaP) Heinz Römermann, Walter Kunz (beide 8. 3. 1972);

versetzt: an das Bayerische Landeskriminalamt
Kriminalhauptmeister (BaL) Moritz J. Furtmayr (1. 1. 1972);

von der Schutzpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden
die **Polizeimeister** (BaP) Friedbert Mai, Manfred Fuhr (beide 1. 1. 1972);

entlassen:

Kriminalmeister Karl-Heinz Eichler (BaP) gem. § 41 Abs. 1 HBG (31. 12. 1971).

Wiesbaden, 20. 3. 1972

Hessisches Landeskriminalamt
VII/1 — 8
StAnz. 16/1972 S. 708

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Heinrich Quick (28. 1. 1972), Fritz Scharf (28. 1. 1972);

zu **Regierungsräten z. A.** (BaP) die Assessoren Dr. Hans Dieter Teuchert (7. 2. 1972), Baldur Schmitt (7. 2. 1972), Steffen Weiß (8. 2. 1972);

zum **Oberamtsrat** **Amtsrat** (BaL) Hans Schumann (24. 1. 1972);

zu **Amtsräten** die Amtsmänner (BaL) Ewald Ehret, LA Bergstraße (28. 1. 1972), Wilhelm Pfaff, LA Offenbach (28. 1. 1972), Helmut Zinnkann, LA Bergstraße (21. 1. 1972), Helmut Schäfer, LA Groß-Gerau (21. 1. 1972), Heinz Peter Schaubach (24. 1. 1972), Herbert Uhrig (24. 1. 1972);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Georg Fornoff, LA Erbach (11. 1. 1972), Alfred Keller, LA Offenbach (21. 1. 1972), Erich Kröckel, LA Dillkreis (21. 1. 1972), Theodor Neurohr, LA Limburg (21. 1. 1972), Helmut Jakobi, LA Bergstraße (21. 1. 1972), Erich Frey, LA Wetzlar (24. 1. 1972), Klaus Gützkow, LA Untertaunuskreis (24. 1. 1972), Peter Limberg (24. 1. 1972), Roger Apel, LA Gelnhausen (26. 1. 1972);

zum **Amtmann** **Oberinspektor** (BaP) Werner Schmidl (24. 1. 1972);

zu **Inspektoren/innen** die Inspektoren/innen z. A. (BaP) Theo Nies (24. 1. 1972), Uwe Altner (13. 3. 1972), Monika

Bauer (13. 3. 1972), Klaus Emich (13. 3. 1972), Bernhard Müller (13. 3. 1972), Harald Nickel (13. 3. 1972), Lothar Pfirsching (13. 3. 1972), Brigitte Seibel (13. 3. 1972), Brigitte Wennrich (13. 3. 1972);

zum **Inspektor** (BaL) **Inspektor z. A.** (BaP) Lothar Wintemeyer (13. 3. 1972);

zum **Inspektor** (BaL) **Bewerber** Walter Wallenstein, LA Rheingaukreis (1. 2. 1972);

zu **Obersekretären/innen** die Sekretäre/innen (BaP) Jutta Kümmer, LA Hanau (14. 1. 1972), Gerhard Peiter, LA Oberlahnkreis (21. 2. 1972);

zum **Obersekretär** (BaL) **Bewerber** Georg Willems, LA Erbach (1. 2. 1972);

zu **Sekretären/innen** die Sekretäre/innen z. A. (BaP) Hans Peter Gerhardt (1. 2. 1972), Elke Achenbach (10. 3. 1972), Ingeborg Bethke (10. 3. 1972), Klaus Hechler (10. 3. 1972), Anita Knell (10. 3. 1972), Silvia Kraft (10. 3. 1972), Ingrid Rau (10. 3. 1972), Dirk Rost (10. 3. 1972), Johann Trautmann (10. 3. 1972), Heidrun Herrlitz (13. 3. 1972), Manfred Debus, LA Untertaunuskreis (24. 2. 1972);

zum **Sekretär** (BaL) **Sekretär z. A.** (BaP) Erich Hanke (10. 3. 1972);

zum **Oberamtsmeister** **Amtsmeister** (BaL) Gustav Geimer (21. 2. 1972);

zu **Inspektoranzwärttern** (BaW) die Verwaltungspraktikanten Hans Joachim Altenburg (1. 3. 1972), Volker Dörr (1. 3. 1972);

zur **Inspektoranzwärtlerin** (BaW) die Verwaltungsangestellte Regina Emrich (1. 3. 1972);

zu **Inspektoranzwärttern/innen** (BaW) die Bewerber/innen Manfred Mannsfeld (1. 3. 1972), Annette Wahlen (1. 3. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Oberinspektorin Annemy Schneider, LA Maintaunuskreis (19. 1. 1972);

versetzt:

zum **Kreisausschuß** des Landkreises Gießen **Regierungsrat** z. A. (BaP) Otmar Ulf Zellmer (1. 3. 1972);

vom **Kreisausschuß** zur staatl. Abteilung des Landrates des Landkreises Limburg **Oberinspektor** (BaL) Willi Kaiser (1. 3. 1972);

zum **Gemeindevorstand** der Gemeinde Bad König **Oberinspektor** (BaL) Helmut Seeger (1. 3. 1972);

vom **Landrat** des Landkreises Oberviechtach zur Behörde **Inspektor** (BaP) Johann Pösl (1. 2. 1972);

von der **Bezirksregierung** Rheinhessen-Pfalz zur Behörde **Inspektorin** (BaP) Inge Kleiner (1. 1. 1972);

vom **Kreisausschuß** zur staatl. Abteilung des Landrates des Landkreises Untertaunuskreis **Sekretär z. A.** (BaP) Manfred Jakob (1. 1. 1972);

zum **Gemeindevorstand** der Gemeinde Aarbergen **Sekretär** (BaL) Kurt Schestag (16. 2. 1972);

in den **Ruhestand** getreten:

Amtmann Ernst Trautwein (31. 1. 1972), **Oberamtsmeister** Ferdinand Hanika (31. 1. 1972);

entlassen:

Oberinspektor Dieter Zaddach (29. 2. 1972) gem. § 41 HBG, **Inspektoranzwärtter** Günter Hinkel (29. 2. 1972) gem. § 43

Abs. 1 i. V. m. § 42 Abs. 3 HBG, Oberinspektor Wilhelm Eimer (31. 2. 1972) gem. § 41 HBG.

Darmstadt, 28. 3. 1972

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 16/1972 S. 708

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

Ministerium

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Hauptsekretär Paul Hahn (BaP) (23. 3. 1972).

Wiesbaden, 27. 3. 1972

Der Hessische Minister der Justiz

ZB pers. H 52

StAnz. 16/1972 S. 709

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst
des Reg.-Bez. Kassel

ernannt:

zur **Konrektorin an einer Grundschule** Lehrerin (BaL)
Elke Lohr, Borken, LK Fritzlar-Homberg (21. 2. 1972);

zu **Lehrern bzw. Lehrerinnen (BaL)** die apl. Lehrer/innen
(BaP) Mechthild Ballmeier, Fritzlar (31. 1. 1972), Inge
Grau, Wetter, LK Marburg (31. 1. 1972), Josef Karle, Hil-
ders, LK Fulda (11. 2. 1972), Jürgen Löser, Kassel (9. 2.
1972), Horst Göbel, Wolfhagen (8. 2. 1972), Gudrun Groß,
Marburg a. d. L. (14. 2. 1972), Elke Gröber, Grebendorf, LK
Eschwege (16. 2. 1972), Robert Bach, Fulda (21. 2. 1972),
Brigitte Eckert, Melsungen (16. 2. 1972), Walter Böhm,
Herleshausen, LK Eschwege (28. 1. 1972), Jürgen Nieden-
thal, Neustadt, LK Marburg (28. 2. 1972), Gerhard Müller,
Wetter, LK Marburg (28. 2. 1972), Hubert Kern, Diemel-
stadt (LK Waldeck (28. 2. 1972), Renate Neubert, Kassel
(28. 2. 1972), Lehrkraft i. A. Ilse Goebel, Bergshausen, LK
Kassel (1. 2. 1972);

zum **Realschullehrer (BaL)** apl. Lehrer (BaP) Uwe
Wöhleke, Kassel (7. 2. 1972);

zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaL)**
die apl. Fachlehrerinnen für musisch-techn. Fächer (BaP)
Heidemarie Kessel, Eschwege (2. 2. 1972), Helga Rath, Jo-
hannesberg, LK Fulda (3. 2. 1972), Margarete Kalb, Werns-
wig, LK Fritzlar-Homberg (18. 2. 1972), Hiltrud Klaffke,
Gudensberg, LK Fritzlar-Homberg (18. 2. 1972), Pia Nelles,
Stadt Allendorf, LK Marburg (28. 2. 1972);

zum **Fachlehrer für musisch-techn. Fächer (BaL)** apl. Fach-
lehrer für musisch-techn. Fächer (BaP) Bernhard Sauer-
wein, Wolfhagen (3. 2. 1972);

zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer** apl. Fach-
lehrerin für musisch-techn. Fächer (BaP) Sigrid Weimann,
Gemünden, LK Frankenberg (31. 1. 1972);

zu **apl. Lehrerinnen (BaP)** Edith Engelhardt, Fulda (1. 2.
1972), Eva Wülken, Kassel (31. 1. 1972), Marie-Luise
Hocke, Zierenberg, LK Wolfhagen (1. 1. 1972);

zu **apl. Fachlehrerinnen für musisch-techn. Fächer (BaW)**
Inge Elberskirchen, Fritzlar (11. 11. 1971), Bernadette
Friedrich, Mittelkalbach, LK Fulda (3. 1. 1972);

zu **apl. Lehrern/-innen (BaW)** die LAB Angelika Bieden-
kopf, Hünfeld (28. 8. 1971), Rotraud Schußler, Vellmar 2,
LK Kassel (1. 2. 1972), Waltraud Achenbach, Kassel (3. 1.
1972), Gabriele Alt, Heringen, LK Hersfeld (3. 1. 1972),
Dorothea Apel, Bad Salzschlirf, LK Fulda (3. 1. 1972),
Klaus Aßmus, Borken, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972),
Karl-Heinz Auel, Breitenbach, LK Ziegenhain (3. 1. 1972),
Marianne Bätzing, Baunatal 2, LK Kassel (3. 1. 1972), Ger-
hard Barth, Obersuhl, LK Rotenburg (3. 1. 1972), Ingeborg
Beaujean, Großenlüder, LK Fulda (3. 1. 1972), Wolfgang
Bernard, Jesberg, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972), Marion
Bleith, Hofbieber, LK Fulda (3. 1. 1972), Eleonore Boretti,
Petersberg, LK Fulda (6. 1. 1972), Jürgen Borta, Fulda
(3. 1. 1972), Birgit Brede, Kassel (14. 9. 1947), Klaus Buben-
heim, Kassel (1. 2. 1972), Sigrid Bubenheim, Kassel (3. 1.
1972), Brigitte Buß, Frankenberg/E. (3. 1. 1972), Ursula
Daum, Rommerode, LK Witzenhausen (3. 1. 1972), Rein-
hold Dege, Zimmersrode, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972),
Roland Demme, Söhrewald, LK Kassel (3. 1. 1972), Ursula
Deutsch, Sontra, LK Rotenburg (3. 1. 1972), Norbert Diet-
rich, Bad Hersfeld (13. 1. 1972), Klaus-Peter Döpfer, Ger-
merode, LK Eschwege (6. 1. 1972), Beate Domhan, Nieder-
asphe, LK Marburg (1. 2. 1972), Roswitha Dorn, Kassel
(3. 1. 1972), Ingrid Eckhardt, Obermöllrich, LK Fritzlar-
Homberg (3. 1. 1972), Brunhild Egert, Borken, LK Fritz-

lar-Homberg (11. 1. 1972), Ewald Ernst, Sontra, LK Roten-
burg (3. 1. 1972), Inge Fath, Frankenberg/E. (4. 1. 1972),
Alois Förster, Flieden, LK Fulda (3. 1. 1972), Ruth Francke,
Altmorschen, LK Melsungen (14. 1. 1972), Hartmut Frank,
Kassel (3. 1. 1972), Fred Frankfurt, Rotenburg a. d. F.
(3. 1. 1972), Annette Fredersdorf, Sontra, LK Rotenburg
(10. 1. 1972), Gerhard Freitag, Rengshausen, LK Rotenburg
(3. 1. 1972), Hermann Frohnäpfel, Volkmarsen, LK Wolf-
hagen (3. 1. 1972), Harald Fuchs, Eschwege (6. 1. 1972),
Susanne Gans, Hilders-Eckweibach, LK Fulda (3. 1. 1972),
Otmar Gayer, Röhrda, LK Eschwege (27. 1. 1972), Hans-
Peter Gebhard, Eschwege (4. 1. 1972), Wolfgang Gehrke,
Germerode, LK Eschwege (10. 1. 1972), Henner Gladen,
Grebendorf, LK Eschwege (10. 1. 1972), Renate Görlich,
Sorga, LK Hersfeld (1. 2. 1972), Renate Graf, Itha, LK
Wolfhagen (3. 1. 1972), Barbara Greb, Tann, LK Fulda
(3. 1. 1972), Lucia Gries, Kassel (3. 1. 1972), Lore Grönke,
Sontra, LK Rotenburg (3. 1. 1972), Juliane Groß, Fulda
(3. 1. 1972), Ronald Gutberlett, Willingen, LK Waldeck
(3. 1. 1972), Anneliese Hagemann, Leimfeld, LK Ziegen-
hain (3. 1. 1972), Doris Hainbuch, Schwalmstadt, LK Zie-
genhain (3. 1. 1972), Kurt Halpape, Großalmerode, LK Wit-
zenhausen (3. 1. 1972), Bärbel Hartmann, Kassel (3. 1. 1972),
Hans-Fritz Heenes, Wehretal, LK Eschwege (17. 1. 1972),
Eberhard Heil, Gersfeld, LK Fulda (3. 1. 1972), Marlies
Heitmann, Rommerode, LK Witzenhausen (7. 1. 1972), Jutta
Henniger, Niederaula, LK Hersfeld (3. 1. 1972), Ruth
Hentrich, Altmorschen, LK Melsungen (3. 1. 1972), Ger-
linde Henze, Kassel (3. 1. 1972), Marianne Herdel, Bad
Hersfeld (13. 1. 1972), Manfred Herges, Kassel (3. 1. 1972),
Ilse Hermann, Frankenaue, LK Frankenberg (3. 1. 1972),
Birgitt Herrmann, Hattenhof, LK Fulda (3. 1. 1972), Hil-
degard Herzog, Kassel (1. 2. 1972), Helmut Hesse, Heim-
boldshausen, LK Hersfeld (3. 1. 1972), Ingrid Hetfleisch,
Gemünden, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Anton Hirth,
Wenigenhasungen, LK Wolfhagen (7. 1. 1972), Heinz
Jürgen Hochbein, Emstal, LK Wolfhagen (3. 1. 1972), Alois
Hofmann, Petersberg-Steinhaus, LK Fulda (3. 1. 1972), Bri-
gitte Hosemann, Stadt Allendorf, LK Marburg (3. 1. 1972),
Gerhard Hosemann, Stadt Allendorf, LK Marburg (3. 1.
1972), Hannelore Hübner, Heskem, LK Marburg (1. 2. 1972),
Karl-Hans Hünnerwolf, Volkmarsen, LK Wolfhagen (3. 1.
1972), Adelbert Itisberger, Zierenberg, LK Wolfhagen
(3. 1. 1972), Thomas Jentzsch, Korbach (3. 1. 1972), Manfred
Jung, Battenberg, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Barbara
Kaas, Kirchhain, LK Marburg (3. 1. 1972), Angelica Käding,
Korbach (3. 1. 1972), Gisela Kaminski, Melsungen (2. 2.
1972), Rita Katernberg, Waldeck (7. 1. 1972), Angelika
Kauer, Eschwege (7. 1. 1972), Karl-Heinz Kaulbach, Verna,
LK Fritzlar-Homberg (11. 1. 1972), Ruth Keßler, Ernsthau-
sen, LK Marburg (3. 1. 1972), Wilfried Kinner, Gläserzell,
LK Fulda (3. 1. 1972), Brigitte Kirsch, Borken, LK Fritzlar-
Homberg (10. 1. 1972), Burkhard Klein, Eschwege (5. 1.
1972), Michael Klopp, Friedlos, LK Hersfeld (13. 1. 1972),
Marlies Knoth, Heringen, LK Hersfeld (1. 2. 1972), Karin
König, Rotenburg a. d. F. (3. 1. 1972), Norbert Kolb, Brei-
tenbach, LK Ziegenhain (1. 2. 1972), Rüdiger Krause, Rie-
belsdorf, LK Ziegenhain (3. 1. 1972), Christa Krullmann,
Wolfhagen (3. 1. 1972), Inge Kühlborn, Waldkappel, LK
Eschwege (10. 1. 1972), Gabriele Kümmer, Eiterfeld, LK
Hünfeld (3. 1. 1972), Brigitte Lampe, Kirchheim, LK Hers-
feld (1. 2. 1972), Wolfgang Lampe, Niederaula, LK Hers-
feld (3. 1. 1972), Christel Landmann, Eichenzell, LK Fulda
(3. 1. 1972), Bernhard Lindner, Bad Salzschlirf, LK Fulda
(3. 1. 1972), Elke Lind, Wehrshausen, LK Marburg (3. 1.
1972), Peter Lippert, Fuldatal 1, LK Kassel (3. 1. 1972),
Magdalena Löblich, Borken, LK Fritzlar-Homberg (11. 1.
1972), Hildgunde Loos, Sorga, LK Hersfeld (13. 1. 1972),
Regina Lübeck, Melsungen (3. 1. 1972), Hans-Ulrich Luft,
Fulda (6. 1. 1972), Regina Mandler, Fulda (3. 1. 1972), Horst
Manns, Haunetal, LK Hünfeld (3. 1. 1972), Wolfgang Mantz,
Neukirchen, LK Ziegenhain (3. 1. 1972), Hildegard Ma-
schita, Gudensberg, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972), Emi-
lie Mayer, Frankenberg/E. (3. 1. 1972), Maria Mayr, Jo-
hannesberg, LK Fulda (3. 1. 1972), Elke Meibert, Kassel
(3. 1. 1972), Erika Mertin, Waldeck (3. 1. 1972), Reinhard
Micke, Melsungen (3. 1. 1972), Hans-Herbert Mielke, Fritz-
lar (3. 1. 1972), Maria Müller, Kassel (3. 1. 1972), Norbert
Müller, Waldkappel, LK Eschwege (6. 1. 1972), Roswitha
Müller, Großalmerode, LK Witzenhausen (3. 1. 1972), Horst-
Walter Nahm, Wasenberg, LK Ziegenhain (3. 1. 1972), Ve-
ronika Neubert, Guxhagen, LK Melsungen (12. 1. 1972),
Erich Nikl, Adorf, LK Waldeck (3. 1. 1972), Gisela Nöding,
Neukirchen, LK Ziegenhain (3. 1. 1972), Eldrid Noisser,
Fulda (3. 1. 1972), Maria Nüchter, Rommerz, LK Fulda

(3. 1. 1972), Wigbert Nüdling, Hilders, LK Fulda (3. 1. 1972), Herbert Odenwald, Burghaun, LK Hünfeld (3. 1. 1972), Karl-Heinz Otto, Guxhagen, LK Melsungen (5. 1. 1972), Christine Paul, Kassel (3. 1. 1972), Manfred Peschel, Korbach (21. 2. 1972), Claus Petermann, Hess.-Lichtenau, LK Witzenhausen (3. 1. 1972), Monika Peters, Marburg a. d. L. (7. 2. 1972), Robert Peters, Melsungen (3. 1. 1972), Doris Pfannkuche, Baunatal 1, LK Kassel (3. 1. 1972), Lieselotte Pfeiffer, Malsfeld, LK Melsungen (3. 1. 1972), Heidrun Pfemfert, Nesselröden, LK Eschwege (10. 1. 1972), Monika Polka, Fulda (14. 2. 1972), Gerhard Rabe, Nentershausen, LK Rotenburg (3. 1. 1972), Helmut Range, Willingen, LK Waldeck (3. 1. 1972), Horst Raue, Sontra, LK Rotenburg (3. 1. 1972), Manfred Reinhardt, Breuna, LK Wolfhagen (13. 1. 1972), Anneliese Reinschmidt, Korbach (19. 1. 1972), Erika Reißer, Borken, LK Fritzlar-Homberg (12. 1. 1972), Gerhard Richter, Kassel (3. 1. 1972), Mechthild Richter, Wetter, LK Marburg (3. 1. 1972), Gudrun Rode, Felsberg, LK Melsungen (14. 2. 1972), Axel Rogulla, Frankenberg, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Margret Rosenthal, Rotenburg a. d. F. (3. 1. 1972), Thea Ruhleder, Borken, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972), Claus Rummeleit, Gensungen, LK Melsungen (3. 1. 1972), Christa Schäfer, Bad Wildungen, LK Waldeck (18. 1. 1972), Karl-Heinz Schäfer, Baunatal 4, LK Kassel (8. 12. 1971), Anneliese Marlene Schanze, Melsungen (3. 1. 1972), Rainer Scheppig, Eschwege (3. 1. 1972), Norbert Schermuly, Fulda, LK Kassel (3. 1. 1972), Gabriele Schiller, Kassel (3. 1. 1972), Erwin Schlosser, Merzhausen, LK Ziegenhain (19. 1. 1972), Iris Schmoltinga, Gudensberg, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972), Hajo Schrakamp, Schröck, LK Marburg (3. 1. 1972), Hannelore Schrodt, Korbach (7. 1. 1972), Hans-Peter Schütte, Wanfried, LK Eschwege (3. 1. 1972), Karl-Heinz Schuster, Herleshausen, LK Eschwege (4. 1. 1972), Elvira Schwarz, Flieden, LK Fulda (3. 1. 1972), Barbara Simon, Breuna, LK Wolfhagen (14. 2. 1972), Hannelore Spieß, Philippsthal, LK Hersfeld (1. 2. 1972), Christel Steinmetz, Eschwege (19. 1. 1972), Wolfgang Steller, Arolsen, LK Waldeck (6. 1. 1972), Ursula Storch, Simmershausen, LK Fulda (3. 1. 1972), Gerhard Strauch, Fritzlar (10. 1. 1972), Christa Sühs, Bad Sooden-Allendorf, LK Witzenhausen (3. 1. 1972), Barbara Thiemann, Oberelsungen, LK Wolfhagen (3. 1. 1972), Helga Uhrig, Steinau, LK Fulda (3. 1. 1972), Dieter Vater, Heiligenrode, LK Kassel (3. 1. 1972), Ilse Vetter, Fulda, LK Kassel (3. 1. 1972), Fred Vonjahr, Homberg (3. 1. 1972), Hartmut Waterfeld, Arolsen, LK Waldeck (3. 1. 1972), Norbert Wehner, Tann, LK Fulda (3. 1. 1972), Christa Weigand, Fulda (10. 1. 1972), Wolfgang Weigand, Baunatal 4, LK Kassel (11. 1. 1972), Ursula Wellershausen, Volkmarshausen, LK Wolfhagen (3. 1. 1972), Werner Welsch, Korbach (3. 1. 1972), Ralph Weny, Bad Wildungen, LK Waldeck (7. 1. 1972), Christina Werner, Kassel (3. 1. 1972), Eginhard Wichmann, Arolsen, LK Waldeck (10. 1. 1972), Friedegerd Wickel, Dörnberg, LK Wolfhagen (3. 1. 1972), Friedrich Wilde, Reichensachsen, LK Eschwege (11. 1. 1972), Josef Will, Hofbieber, LK Fulda (3. 1. 1972), Ursula Wodatschek, Reichensachsen, LK Eschwege (5. 1. 1972), Hans-Jürgen Wolf, Baunatal 1, LK Kassel (3. 1. 1972), Harald Wolf, Borken, LK Fritzlar-Homberg (2. 2. 1972), Roswitha Wolf, Borken, LK Fritzlar-Homberg (3. 1. 1972), Volker Wolf, Grebendorf, LK Eschwege (10. 1. 1972), Birgit Wunderlich, Zimmersrode, LK Fritzlar-Homberg (10. 1. 1972), Brigitte Zeiß, Kassel (3. 1. 1972), Marianne Zimmermann, Rhena, LK Waldeck (3. 1. 1972), Karl-Heinz, Altenkirch, Philippsthal, LK Hersfeld (3. 1. 1972), Ralf Bade, Melsungen (3. 1. 1972), Werner Brodmann, Neuhoof, LK Fulda (19. 1. 1972), Edith Buhl, Battenberg, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Hanns Cornelissen, Fulda (3. 1. 1972), Ingrid Dutz, Petersberg, LK Fulda (3. 1. 1972), Regina Ebert, Arolsen, LK Waldeck (3. 1. 1972), Georg Eckel, Kassel (3. 1. 1972), Wolfgang Frank, Hünfeld (3. 1. 1972), Volker Haag, Marburg a. d. L. (3. 1. 1972), Johannes Hunold, Petersberg, LK Fulda (3. 1. 1972), Christel Jordan, Fulda (5. 1. 1972), Reinhard Kahl, Battenberg, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Hans-Jürgen Koch, Gemünden, LK Frankenberg (3. 1. 1972), Marianne Kröling, Arolsen, LK Waldeck (3. 1. 1972), Hans-Dieter Pfaue, Philippsthal, LK Hersfeld (3. 1. 1972), Karin Pleyer, Fulda (3. 1. 1972), Norbert Scheele, Schwalmstadt, LK Ziegenhain (11. 1. 1972), Marlies Siebel, Korbach (3. 1. 1972), Wolfgang Träger, Eschwege (18. 1. 1972), Irmgard Valentin, Korbach, LK Waldeck (3. 1. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

die apl. Lehrer(innen) (BaW) Josef Kimmel, Hünfeld (31. 1. 1972), Helmfried Fuchs, Homberg (2. 2. 1972), Barbara

Schnier, Gudensberg, LK Fritzlar-Homberg (2. 2. 1972), Helga Panke, Lohra, LK Marburg (7. 2. 1972), Helga Neumann, Wolfhagen (9. 2. 1972), Inge Taufertshöfer, Wolfhagen (8. 2. 1972), Ingeborg Steinacker-Berghäuser, Lahnfeld, LK Marburg (5. 2. 1972), Helga Lange, Großenlüder, LK Fulda (11. 2. 1972), Hermann Poth, Rasdorf, LK Hünfeld (4. 2. 1972), Rüdiger Hehenkamp, Volkmarshausen, LK Wolfhagen (9. 2. 1972), Friederike Sinning, Fronhausen, LK Marburg (14. 2. 1972), Heidemarie Nöding, Kassel (15. 2. 1972), Cornelia Knörr, Treysa, LK Ziegenhain (17. 2. 1972), Werner Hohmann, Burghaun, LK Hünfeld (18. 2. 1972), Manfred Müller, Homberg (17. 2. 1972), Rolf Aufmhof, Fulda (17. 2. 1972), Helga Garscha, Münchhausen, LK Marburg (21. 2. 1972), Bruno Schicker, Felsberg, LK Melsungen (29. 2. 1972), Heide Weidenbach, Röhrda, LK Eschwege (24. 6. 1971), Volker Buchmaier, Fritzlar (18. 2. 1972), Karin Peppeler, Arolsen, LK Waldeck (25. 2. 1972), Manfred Hauck, Hünfeld-Michelsrömbach (23. 2. 1972), Kurt Rödiger, Langenstein, LK Marburg (28. 2. 1972), Sabine Babelowsky, Melsungen (7. 2. 1972);

die apl. Fachlehrer(innen) für musisch-technische Fächer (BaW) Wilhelm Nitsche, Reichensachsen, LK Eschwege (13. 1. 1972), Irene Bucek, Wetter, LK Marburg (27. 1. 1972), Edda Langmann, Homberg (2. 2. 1972), Sabine Schaauf, Burghaun, LK Hünfeld (17. 2. 1972), Elvira Platner, Arolsen, LK Waldeck (25. 2. 1972), Wolfgang Heerdt, Adorf, LK Waldeck (1. 2. 1972), Brigitte Mohner, Bad Hersfeld (28. 2. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Lehrerin Elisabeth Barthelmes, Altmorschen, LK Melsungen (1. 3. 1972); Konrektor Hans Münzer, Gersfeld, LK Fulda (1. 3. 1972);

entlassen:

die apl. Lehrerinnen Regina Ohlendorf, Landau, LK Waldeck (1. 3. 1972), Sonja Kebschull, Schröck, LK Marburg (1. 3. 1972);

verstorben:

apl. Fachlehrerin für musisch-techn. Fächer Brigitte Albrecht, Arolsen, LK Waldeck (15. 2. 1972);

versetzt:

vom RP Hannover Lehrer (BaL) Diethard Saalfeld nach Vellmar 3, LK Kassel (1. 2. 1972);

vom RP Düsseldorf Lehrerin z. A. (BaP) Marianne Frey nach Kassel (1. 2. 1972);

vom RP Osnabrück Lehrerin (BaL) Uta Paashaus nach Erksdorf, LK Marburg (1. 2. 1972);

vom RP Hannover Lehrerin (BaL) Brigitte Saalfeld nach Kassel (1. 2. 1972);

in den Reg.-Bez. Koblenz apl. Lehrerin (BaW) Barbara König, Niederaula, LK Hersfeld (1. 3. 1972);

nach Schleswig-Holstein apl. Lehrerin (BaW) Barbara Regling, Bad Wildungen, LK Waldeck (1. 3. 1972).

Kassel, 27. 3. 1972

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 16/1972 S. 709

im Berufsschuldienst des Regierungsbezirks Kassel

ernannt:

zu Studiendirektoren/innen Oberstudienrätin (BaL) Ida Müller, Kassel (28. 1. 1972), Oberstudienrat (BaL) Herbert Leibundgut, Schwalmstadt 1, LK Ziegenhain (29. 2. 1972); zum Oberstudienrat Studiendirektor (BaL) Hartmut Spatz, Melsungen (24. 2. 1972);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienassessoren/innen (BaP) Maria Klaus, Arolsen, LK Waldeck (31. 12. 1971), Karlheinz Reichel, Kassel (31. 1. 1972), Gertrud Trageser, Hofgeismar (31. 1. 1972), Folkert Bretzler, Eschwege (1. 2. 1972), Hartmut Kümmel, Frankenberg/Eder (12. 2. 1972), Gerhard Schünemann, Kassel (15. 2. 1972), Horst Fuck, Kassel (24. 2. 1972), Reinhard Wittig, Kassel (1. 3. 1972), Falk-Dieter Urlen, Kassel (1. 3. 1972);

zum Studienrat der Hauptlehrer (BaL) Eberhard Hugues, Arolsen, LK Waldeck (20. 1. 1972);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Studienreferendare/innen (BaW) Rainer Happel, Melsungen (30. 11. 1971), Rainer Blumenthal, Frankenberg/E. (17. 12. 1971), Roland Lötzerich, Fritzlar, LK Fritzlar-Homberg (19. 1. 1972), Albrecht Armbrust, Kassel (27. 1. 1972), Ursula Fischer, Fulda (27. 1. 1972), Harald Wingefeld, Bad Hersfeld, LK Hers-

feld (31. 1. 1972), Georg-Werner Humburg, Bad Hersfeld, LK Hersfeld (31. 1. 1972), Wilfried Gottmann, Frankenberg (11. 2. 1972), Manfred Eckert, Witzhausen (26. 1. 1972), Walter Griesel, Fritzlar, LK Fritzlar-Homburg (28. 2. 1972), Diethild Bretzler, Eschwege (24. 2. 1972), Joachim Hecht, Kassel (25. 2. 1972);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Alfred Ackermann, Kassel (2. 12. 1971), Albrecht Feyerabend, Bad Hersfeld, LK Hersfeld (1. 12. 1971), Anton Seydlowski, Kassel (1. 1. 1972), Erich Brenne, Hofgeismar (1. 3. 1972), Adam Fischer, Bebra, LK Rotenburg/F. (14. 1. 1972), Karl-Heinz Eisenberg, Kassel (1. 2. 1972), Dieter Seitz, Kassel (1. 2. 1972), Rainer Beetz, Kassel (1. 3. 1972);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Horst Keller, Fritzlar, LK Fritzlar/Homburg (17. 1. 1972), Helmut Meister, Kassel (24. 1. 1972), Arno Junge, Kassel (24. 1. 1972), Hans-Dieter Hartung, Kassel (24. 1. 1972), Heinz Büchling, Bebra, LK Rotenburg/F. (25. 1. 1972), Adolf Häusler, Schwalmstadt 2, LK Ziegenhain (14. 2. 1972), Rudolf Valentini, Frankenberg (14. 2. 1972), Klaus Zimmermann, Marburg/L. (17. 2. 1972), Dietrich Gräfer, Witzhausen (1. 3. 1972), Hans-Joachim Huhle, Witzhausen (1. 3. 1972), Adelheid Wortmann, Witzhausen (1. 3. 1972), Ingrid Gohl, Marburg (1. 3. 1972), Fachlehrer an einer beruflichen Schule (BaL), Werner Klüh, Hünfeld (30. 12. 1971);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter/innen (BaW) Helga Sprecher, Marburg (13. 12. 1971), Klaus Sinning, Melsungen (9. 12. 1971), Heinrich Kaisinger, Schwalmstadt 2, LK Ziegenhain (13. 12. 1971), Theo Jeske, Fulda (3. 12. 1971), Sigrid Fritzsche, Kassel (20. 1. 1972), Monika Weller-Henze, Eschwege (1. 2. 1972), Lucie Graf, Korbach, LK Waldeck (1. 3. 1972);

zur **Lehrerin (BaL)** die apl. Lehrerin z. A. (BaP) Beate Ehnes, Fulda (8. 12. 1971);

zur **Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer** die Jugendleiterin im Schuldienst (BaL) Herta Schiebel, Hünfeld (11. 12. 1971);

zur **Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP)** die Jugendleiterin im Angestelltenverhältnis Erika Müller, Bad Wildungen, LK Waldeck (30. 12. 1971);

in den **Ruhestand** versetzt:

die Oberstudienrätinnen Bernhardine Hoffknecht, Kassel (1. 2. 1972), Gertrud Dippel, Kassel (1. 2. 1972);

entlassen:

die Fachlehreranwärterinnen Angelika Tiemann, Kassel (31. 1. 1972), Roswitha Pisowotzki, Schwalmstadt 2, LK Ziegenhain (31. 1. 1972).

Kassel, 27. 3. 1972

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 16/1972 S. 710

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Techn. Inspektoren z. A. (BaP)** die techn. Angestellten Werner Schievelbein (13. 1. 1972), Richard Siehl (14. 1. 1972), beide TÜA Frankfurt/M.;

verstorben:

Amtsrat Ernst Hopp (27. 12. 1971), TÜA Frankfurt/M.

Darmstadt, 28. 3. 1972

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 16/1972 S. 711

Landesamt für Bodenforschung

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Oberregierungsrat (BaL) Dr. Stefan Meisl (22. 3. 1972).

Wiesbaden, 27. 3. 1972

Hessisches Landesamt für Bodenforschung

V 1 — 16 — 2680/71 — Chr/Rö
StAnz. 16/1972 S. 711

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Chemieräten z. A. (BaP)** die Lebensmittelchemiker Wiltrud Thieme (26. 1. 1972), Hans Klein (26. 1. 1972);

zum **Techn. Inspektor z. A. (BaP)** Ingenieur (grad.) Hans-Günther Stettler (10. 3. 1972), sämtlich Staatl. Chem. Untersuchungsamt Wiesbaden;

zum **Techn. Sekretär** Techn. Sekretär z. A. (BaP) Klaus Röder, GAA Offenbach (21. 2. 1972);

in den **Ruhestand** getreten:

Gewerbedirektor Dipl.-Ing. Hans Musel, GAA Frankfurt/Main (1. 2. 1972).

Darmstadt, 28. 3. 1972

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 16/1972 S. 711

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Herbert Meyrahn, Hess. Tierseuchenkasse in Wiesbaden (21. 1. 1972);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Rolf Blase, Wasserwirtschaftsamt Friedberg (8. 3. 1972);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Hartmut Gilmer, Reg.-Präs. Darmstadt (17. 2. 1972);

versetzt:

Oberveterinär (BaL) Dr. Hans-Georg Gaydoul vom Magistrat der Stadt Bochum zum Veterinäramt 12 in Frankfurt/Main (1. 1. 1972);

in den **Ruhestand** getreten:

Techn. Amtsrat Fridolin Zint, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (1. 3. 1972).

Darmstadt, 28. 3. 1972

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 16/1972 S. 711

L. beim Direktor des Landespersonalamtes Hessen

ernannt:

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Ingrid Margareta Faesel (27. 3. 1972);

zum **Inspektor (BaL)** Inspektor z. A. (BaP) Dieter Scharmann (22. 3. 1972).

Wiesbaden, 28. 3. 1972

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen

IX/1

StAnz. 16/1972 S. 711

513

Verschiedenes

Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1971

Mit Genehmigung des Herrn Hessischen Ministers des Innern vom 22. März 1972 — IV B 3 — 39 g 06/05 — 15/72 — erhebt die Hessische Brandversicherungsanstalt in Darmstadt für das Kalenderjahr 1971 einen Beitrag von 0,43 DM je 100,— DM Umlagekapital.

Der Beitrag wird zum 2. Mai 1972 auf besondere Anforderung fällig und ist an die in der Anforderung angegebene Zahlstelle zu entrichten.

Darmstadt, 27. 3. 1972 **Hessische Brandversicherungskammer**

I e — 46/I/1 — 3 b — 12/II/1

StAnz. 16/1972 S. 711

514 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Aufhebung der Stiftung „Deutsches Rechenzentrum“, Sitz Darmstadt

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich auf Grund des Beschlusses des Stiftungskuratoriums vom 13. 12. 1971 und des formellen Antrages vom 21. 12. 1971 am 9. 3. 1972 die Stiftung „Deutsches Rechenzentrum“, Sitz Darmstadt, mit der Maßgabe aufgehoben, daß das „Deutsche Rechenzentrum“ als Außenstelle in die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH einzugliedern ist.

Das Stiftungskapital kann erst nach Ablauf des Liquidationsjahres auf den nach § 10 Ziffer II der Verfassung von den Stiftern bestimmten Anfallberechtigten übergehen, der das Vermögen ebenfalls für Forschungszwecke zu verwenden hat.

Darmstadt, 17. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III 6 — 25 d 04/11 (25) — 23
StAnz. 16/1972 S. 712

516

Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln

Bei der Gemeinde Reifenberg sind folgende Dienstsiegel in Verlust geraten:

1. Dienstsiegel (Durchmesser 34 mm) mit der Aufschrift „Ortsgericht Oberreifenberg Taunus, Main-Taunus-Kreis“ und dem Landeswappen
2. Dienstsiegel des Standesamtes (Durchmesser 20 mm) mit der Aufschrift „Der Standesbeamte in Reifenberg, Main-Taunus-Kreis, Nr. 2“ und dem Landeswappen.

Die vorstehenden Dienstsiegel werden hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 29. 3. 1972

Der Regierungspräsident
I 1 — 5 e 08/13 (E 28)
StAnz. 16/1972 S. 712

515

Zulassung von Buchmachern und Buchmachergehilfen

Die nachstehend aufgeführten Buchmacher und Buchmachergehilfen sind für das Jahr 1972 im Regierungsbezirk Darmstadt zugelassen:

I. Buchmacher:

Lfd. Nr.:	Name, Vorname:	Wohnort:	Hauptgeschäftsstelle:	Nebensstelle:
1	Alt, Paul	Frankfurt/Main-Niederrad Güntherstraße 42	Frankfurt/Main Rheinneckstraße 11	—
2	Einschütz, Hugo	Frankfurt/Main Silberbornstraße 7	Frankfurt/Main Holzgraben 7	Schwarzwaldstraße 110
3	Fuhr, Lieselotte	Frankfurt/Main Mainluststraße 2	Frankfurt/Main Moselstraße 18	Frankfurt/Main Schwarzwaldstraße 84
4	Hartmann, Hans	Wiesbaden Friedrichstraße	Wiesbaden Friedrichstraße 50	Frankfurt/Main Roßmarkt 10
5	Hartmann, Henny	Wiesbaden-Sonnenberg Nietzschestraße 3	Wiesbaden Friedrichstraße 50	Frankfurt/Main Roßmarkt 10
6	Hensel, Walter	Offenbach Frankfurter Straße 56—62	Offenbach Frankfurter Straße 56—62	Frankfurt/Main Schulstraße 1
7	Hirsch, Margarethe	Frankfurt/Main Münchener Straße	Frankfurt/Main Münchener Straße 21	—
8	Kanless, Grete	Fischbach Ts In der Eulsheck 20	Frankfurt/Main Kaiserstraße 62/64	Mainzer Landstraße 260
9	Leonhardt, Paula	Bad Vilbel Kurt-Moosdorf-Straße 50	Frankfurt/Main Bergerstraße 22	—
10	Oberleitner, Herbert	Frankfurt/Main Große Eschenheimer Straße 13	Frankfurt/Main Große Eschenheimer Straße 13	—
11	Ohl, Alois	Frankfurt/Main Hasengasse 9	Frankfurt/Main Hasengasse 9	Frankfurt/Main Wallstraße 19

II. Buchmachergehilfen:

Lfd. Nr.:	Name, Vorname:	Wohnort: Straße:	beschäftigt bei:
1	Alt, Gerda	Frankfurt/Main-Niederrad Güntherstraße 42	Alt, Paul
2	Eckert, Karl	Wiesbaden-Bierstadt Leipziger Straße 10	Hartmann, Hans
3	Fuhr, Erwin	Frankfurt/Main Mainluststraße 2	Fuhr, Lieselotte
4	Hensel, Helene	Offenbach Frankfurter Straße 62	Hensel, Walter
5	Hemrich, Kurt	Oberursel-Taunus Austraße 9	Hirsch, Margarethe
6	Jaeger, Curt-Joachim	Bad Vilbel Kurt-Moosdorf-Straße 50	Leonhardt, Paula
7	Kalk, Rudolf	Frankfurt/Main Stegstraße 46	Einschütz, Hugo
8	Kanless, Hans-Ulrich	Dörnigheim/Main Zeppelinstraße 52	Kanless, Grete
9	Mauder, Karl	Frankfurt/Main Ahrensstraße 7	Kanless, Grete
10	Oberleitner, Ursula	Frankfurt/Main Im Trutz Frankfurt 16	Oberleitner, Herbert
11	Scherer, Hannelore	Frankfurt/Main-Niederrad Güntherstraße 42	Alt, Paul
12	Weigel, Willi	Frankfurt/Main Fraunheimer Landstraße 16	Hartmann, Hans
13	Weinand, Irmhild	Frankfurt/Main Silberbornstraße 7	Einschütz, Hugo

Darmstadt, 29. 3. 1972

Der Regierungspräsident
IV 4 — 73 c 18

StAnz. 16/1972 S. 712

517

Verordnung zur Änderung der Anordnung vom 27. 9. 1971 (StAnz. S. 1804) zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der ehem. Gemeinde Nieder-Moos, Landkreis Lauterbach

Gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 11. 1971 (GVBl. I S. 258), wird hiermit die vorbezeichnete Anordnung wie folgt geändert:

§ 1

Die in § 2 II meiner Schutzanordnung vom 27. 9. 1971 aufgeführte engere Schutzzone erstreckt sich in Flur 7 auf nunmehr folgende Flurstücke:

Flur 7 Flurstück Nr. 8, 12/6, 13/3 und 6 mit Ausnahme des Fassungsgebietes

Weg Nr. 43

Straße Nr. 41 (Freiensteinauer Straße) zwischen dem nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 8 und dem Graben Nr. 63.

Die übrigen Schutzzonen bleiben in ihrem vollen Umfange bestehen.

§ 2

Es gelten die Schutzbestimmungen meiner Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der ehem. Gemeinde Nieder-Moos, Landkreis Lauterbach, vom 27. 9. 1971.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 22. 3. 1972 **Der Regierungspräsident**
V 14 — 79 e 04/01 (3819) — N
Im Auftrag:
gez. Bach

StAnz. 16/1972 S. 713

518

Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für die Planung zum Neubau der Bundesstraßen 3a und 448 in den Gemarkungen Massenheim, Vilbel und Gronau

Auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Hessische Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden, vom 3. 3. 1972 ordne ich hiermit gemäß § 19 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes i. d. F. vom 6. 8. 1961 (BGBl. I S. 1742) in Verbindung mit dem Gesetz, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom 26. 7. 1884 i. d. F. des Gesetzes zur Bereinigung des hessischen Landesrechts vom 6. 2. 1962 (GVBl. S. 21) folgendes an:

1. Die Eigentümer und Besitzer der in den Gemarkungen Massenheim, Vilbel und Gronau gelegenen Grundstücke, soweit sie durch die Planung für den Neubau der Bundesstraßen 3a und 448 betroffen werden, sind verpflichtet, die zur Planung nötigen Vermessungen, Bodenuntersuchungen und sonstigen Vorarbeiten auf ihren Grundstücken zu dulden. Die Straßenbauverwaltung und die von ihr im Rahmen der Planung beauftragten Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und Firmen sind berechtigt, die Grundstücke zu betreten und auf ihnen die zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens erforderlichen Arbeiten unter weitgehendster Berücksichtigung der Interessen der Eigentümer und Besitzer auszuführen. Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung der Wohnungsinhaber betreten werden. Bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Massenheim und bei dem Magistrat der Stadt Bad Vilbel liegen Pläne über die vorgesehene Trassenführung der Bundesstraßen zur Einsichtnahme aus.

2. Die Antragstellerin hat den Gemeindevorstand der Gemeinde Massenheim und den Magistrat der Stadt Bad Vilbel mindestens zwei Tage vor Beginn jeder Vorarbeiten unter Bezeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden sollen, in Kenntnis zu setzen. Der Gemeindevorstand (Magistrat) benachrichtigt alsdann die hiervon betroffenen Grundbesitzer einzeln oder allgemein in ortsüblicher Weise.

3. Die Antragstellerin hat den Eigentümern und Besitzern den bei den Vorarbeiten etwa entstehenden Schaden zu vergüten. Der Gemeindevorstand (Magistrat) ist ermächtigt, auf Kosten der Antragstellerin einen Schätzer zur Beweissicherung und Schätzung des Schadens zu bestellen. Die Antragstellerin hat darauf zu achten, daß keine Veränderungen ohne vorherige Beweissicherung durch den Schätzer vorgenommen werden. Die Entschädigungsberechtigten haben Anspruch auf sofortige Auszahlung des Entschädigungsbetrages, dessen Höhe nötigenfalls im Rechtswege festzustellen ist.

4. Die sofortige Vollziehung des Betretungsrechts wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) angeordnet, weil Planung und Bau der Bundesstraßen im öffentlichen Interesse liegen und dieses öffentliche Interesse auch die ungehinderte und rechtzeitige Durchführung der notwendigen Vorarbeiten rechtfertigt.

Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei meiner Behörde schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Die Erhebung des Widerspruchs hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann die Widerspruchsbehörde die Vollziehung der Duldungsanordnung aussetzen. Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, die aufschiebende Wirkung wieder herstellen.

Darmstadt, 22. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III 8 — 25 d 10/23 — KrFr
Im Auftrage
gez. Sander

StAnz. 16/1972 S. 713

519

Anordnung zur Duldung von Vorarbeiten für die Planung zum Neubau der Bundesstraßen A 80, A 91, B 3a, B 448, B 521 (neu) und der Landesstraßen 3001 und 3209 in den Gemarkungen Frankfurt, Berkersheim, Bornheim, Fechenheim, Preungesheim, Seckbach, Bergen und Enkheim

Auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Hessische Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden, vom 3. 3. 1972 ordne ich hiermit gemäß § 19 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes i. d. F. vom 6. 8. 1961 (BGBl. I S. 1742) in Verbindung mit dem Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 6. 1874 i. d. F. des Gesetzes zur Bereinigung des Hessischen Landesrechts vom 6. 2. 1962 (GVBl. S. 21) folgendes an:

1. Die Eigentümer und Besitzer der in den Gemarkungen Frankfurt, Berkersheim, Bornheim, Fechenheim, Preungesheim, Seckbach, Bergen und Enkheim gelegenen Grundstücke, soweit sie durch die Planung für den Neubau der Bundesstraßen A 80, A 91, B 3a, B 448, B 521 (neu) und der Landesstraßen 3001 und 3209 betroffen werden, sind verpflichtet, die zur Planung nötigen Vermessungen, Bodenuntersuchungen und sonstigen Vorarbeiten auf ihren Grundstücken zu dulden. Die Straßenbauverwaltung und die von ihr im Rahmen der Planung beauftragten Behörden, Körperschaften des öffentlichen Dienstes und Firmen sind berechtigt, die Grundstücke zu betreten und auf ihnen die zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens erforderlichen Arbeiten unter weitgehendster Berücksichtigung der Interessen der Eigentümer und Besitzer auszuführen. Bei den Magistraten der Städte Frankfurt und Bergen-Enkheim liegen Pläne über die vorgesehene Trassenführung der neuen Straßen zur Einsichtnahme aus. Sie werden für den Bereich ihrer Städte bekanntgeben, bei welcher Stelle ihrer Verwaltung die Pläne eingesehen werden können.

2. Die Antragstellerin hat die Magistrate der Städte Frankfurt und Bergen-Enkheim mindestens zwei Tage vor Beginn jeder Vorarbeiten unter Bezeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden sollen in Kenntnis zu setzen. Die Magistrate benachrichtigen alsdann die hiervon betroffenen Grundbesitzer einzeln oder allgemein in ortsüblicher Weise.

3. Die Antragstellerin hat den Eigentümern und Besitzern den bei den Vorarbeiten etwa entstehenden Schaden zu vergüten. Der Magistrat ist ermächtigt, auf Kosten der Antragstellerin einen Schätzer zur Beweissicherung und Schätzung des Schadens zu bestellen. Die Antragstellerin hat darauf zu achten, daß keine Veränderungen ohne vorherige Beweissicherung durch den Schätzer vorgenommen werden.

sicherung durch den Schätzer vorgenommen werden. Die Entschädigungsberechtigten haben Anspruch auf sofortige Auszahlung des Entschädigungsbetrages, dessen Höhe nötigenfalls im Rechtswege festzustellen ist.

4. Die sofortige Vollziehung des Betretungsrechts wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) angeordnet, weil Planung und Bau der neuen Straßen im öffentlichen Interesse liegen und dieses öffentliche Interesse auch die ungehinderte und rechtzeitige Durchführung der notwendigen Vorarbeiten rechtfertigt.

Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei meiner Behörde schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Die Erhebung des Widerspruchs hat keine aufschiebende Wirkung, jedoch kann die Widerspruchsbehörde die Vollziehung der Duldungsanordnung aussetzen. Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht in Frankfurt, Schumannstraße 2, die aufschiebende Wirkung wiederherstellen.

Darmstadt, 22. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III 8 — 25 d 10/23 — F
Im Auftrage
gez. Sander

StAnz. 16/1972 S. 713

520

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. I S. 103) erhalten mit Wirkung vom 31. 12. 1971 die Gebiete der früheren Gemeinden Ebersberg, Elsbach, Erbuch, Erlenbach, Ernsbach, Günterfürst, Haisterbach und Lauerbach, alle Landkreis Erbach, in der Kreisstadt Erbach die Bezeichnungen

- „Stadtteil Ebersberg“,
- „Stadtteil Elsbach“,
- „Stadtteil Erbuch“,
- „Stadtteil Erlenbach“,
- „Stadtteil Ernsbach“,
- „Stadtteil Günterfürst“,
- „Stadtteil Haisterbach“,
- „Stadtteil Lauerbach“.

Darmstadt, 30. 3. 1972

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05

StAnz. 16/1972 S. 714

521

KASSEL

Benennung von Gemeindeteilen; hier: in der Stadt Wolfhagen

Auf Grund des § 12 Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden in der Stadt Wolfhagen mit Wirkung vom 1. 3. 1972

- a) an Stelle der früheren Wohnplätze „Elmarshausen“, „Philippinenburg“ und „Philippinenthal“ folgende Stadtteile benannt:
 - „Wolfhagen — Stadtteil Elmarshausen“,
 - „Wolfhagen — Stadtteil Philippinenburg“,
 - „Wolfhagen — Stadtteil Philippinenthal“;
- b) das Gebiet des ehemaligen Wohnplatzes „Philippindorf“ sowie die Gebiete „Schanze“ einschließlich „Viesebecker Schanze“ und „Gasterfelder Holz“ erhalten die Bezeichnung:
 - „Wolfhagen — Stadtteil Gasterfeld“.

Kassel, 28. 2. 1972

Der Regierungspräsident
I/2 a — 3 k 08/01

StAnz. 16/1972 S. 714

522

Benennung von Gemeindeteilen im Regierungsbezirk Kassel

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden durch Eingliederung und Zusammenschlüsse von Gemeinden mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 folgende Orts- bzw. Stadtteile benannt:

Landkreis Eschwege

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Frieda, Grebendorf, Jestädt und Schwebda zu der neuen Gemeinde Meinhard:
 - „Meinhard — Ortsteil Frieda“,
 - „Meinhard — Ortsteil Grebendorf“,
 - „Meinhard — Ortsteil Jestädt“,
 - „Meinhard — Ortsteil Schwebda“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Frankenhain, Frankershausen und Hitzerode zu der neuen Gemeinde Berkatal:
 - „Berkatal — Ortsteil Frankenhain“,
 - „Berkatal — Ortsteil Frankershausen“,
 - „Berkatal — Ortsteil Hitzerode“;
- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Abterode, Alberode, Germerode, Vockerode, Weidenhausen und Wellingerode zu der neuen Gemeinde Meißner:
 - „Meißner — Ortsteil Abterode“,
 - „Meißner — Ortsteil Alberode“,
 - „Meißner — Ortsteil Germerode“,
 - „Meißner — Ortsteil Vockerode“,
 - „Meißner — Ortsteil Weidenhausen“,
 - „Meißner — Ortsteil Wellingerode“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinde Aue in die Stadt Wanfried:
 - „Wanfried — Stadtteil Aue“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Niederdünz bach und Oberdünz bach in die Stadt Eschwege:
 - „Eschwege — Stadtteil Niederdünz bach“,
 - „Eschwege — Stadtteil Oberdünz bach“;
- f) durch Zusammenschluß der Gemeinden Grandenborn, Lüderbach, Netra, Renda und Rittmannshausen zu der neuen Gemeinde Ringgau:
 - „Ringgau — Ortsteil Grandenborn“,
 - „Ringgau — Ortsteil Lüderbach“,
 - „Ringgau — Ortsteil Netra“,
 - „Ringgau — Ortsteil Renda“,
 - „Ringgau — Ortsteil Rittmannshausen“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinde Hoheneiche in die Gemeinde Reichensachsen, die mit Wirkung vom 31. 12. 1971 den Namen Wehretal führt:
 - „Wehretal — Ortsteil Hoheneiche“;
- h) durch Eingliederung der Gemeinden Bischhausen, Gehau, Kirchhosbach, Schemmern, Harmuthsachsen, Hasselbach und Stolzhausen in die Stadt Waldkappel:
 - „Waldkappel — Stadtteil Bischhausen“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Gehau“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Kirchhosbach“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Schemmern“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Hartmuthsachsen“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Hasselbach“,
 - „Waldkappel — Stadtteil Stolzhausen“;

Landkreis Frankenberg

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Buchenberg, Ederbringhausen, Harbshausen, Kirchlotheim, Niederorke, Oberorke und Schmittlotheim zu der neuen Gemeinde Hessenstein:
 - „Hessenstein — Ortsteil Buchenberg“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Ederbringhausen“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Harbshausen“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Kirchlotheim“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Niederorke“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Schmittlotheim“,
 - „Hessenstein — Ortsteil Oberorke“;
- b) durch Eingliederung der Gemeinden Gräsen, Herbelhausen, Lehnhausen und Sehlen in die Stadt Gemünden an der Wohra:
 - „Gemünden an der Wohra — Stadtteil Gräsen“,
 - „Gemünden an der Wohra — Stadtteil Herbelhausen“,

- „Gemünden an der Wohra — Stadtteil Lehnhausen“,
 „Gemünden an der Wohra — Stadtteil Sehlen“;
- c) durch Eingliederung der Gemeinden Battenhausen, Löhlbach und Römershausen in die Gemeinde Haina/Kloster:
 „Haina/Kloster — Ortsteil Battenhausen“,
 „Haina/Kloster — Ortsteil Löhlbach“,
 „Haina/Kloster — Ortsteil Römershausen“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinde Louisendorf in die Stadt Frankenau:
 „Frankenau — Stadtteil Louisendorf“;

Landkreis Fritzlar-Homberg

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Appenfeld, Ellingshausen, Hergetsfeld, Oberbeisheim, Reddingshausen, Remsfeld, Schellbach, Völkershain und Wallenstein zu der neuen Gemeinde Knüllwald:
 „Knüllwald — Ortsteil Appenfeld“,
 „Knüllwald — Ortsteil Ellingshausen“,
 „Knüllwald — Ortsteil Hergetsfeld“,
 „Knüllwald — Ortsteil Oberbeisheim“,
 „Knüllwald — Ortsteil Reddingshausen“,
 „Knüllwald — Ortsteil Remsfeld“,
 „Knüllwald — Ortsteil Schellbach“,
 „Knüllwald — Ortsteil Völkershain“,
 „Knüllwald — Ortsteil Wallenstein“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Bischhausen, Dorheim, Gilsa, Neuenhain, Schlierbach, Waltersbrück und Zimmersrode zu der neuen Gemeinde Neuental:
 „Neuental — Ortsteil Bischhausen“,
 „Neuental — Ortsteil Dorheim“,
 „Neuental — Ortsteil Gilsa“,
 „Neuental — Ortsteil Neuenhain“,
 „Neuental — Ortsteil Schlierbach“,
 „Neuental — Ortsteil Waltersbrück“,
 „Neuental — Ortsteil Zimmersrode“;
- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Falkenberg, Hebel, Rockshausen, Udenborn, Uttershausen und Zennern zu der neuen Gemeinde Wabern:
 „Wabern — Ortsteil Falkenberg“,
 „Wabern — Ortsteil Hebel“,
 „Wabern — Ortsteil Rockshausen“,
 „Wabern — Ortsteil Udenborn“,
 „Wabern — Ortsteil Uttershausen“,
 „Wabern — Ortsteil Zennern“;
- d) durch Zusammenschluß der Gemeinden Grifte, Haldorf und Holzhausen a. Hahn zu der neuen Gemeinde Edermünde:
 „Edermünde — Ortsteil Grifte“,
 „Edermünde — Ortsteil Haldorf“,
 „Edermünde — Ortsteil Holzhausen a. Hahn“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Allmuthshausen, Berge, Caßdorf, Hombergshausen, Hülsa, Lembach, Mardorf, Mühlhausen, Relbehausen, Rodemann, Roppershain, Sondheim, Steindorf und Waßmuthshausen in die Stadt Homberg:
 „Homberg — Stadtteil Allmuthshausen“,
 „Homberg — Stadtteil Berge“,
 „Homberg — Stadtteil Caßdorf“,
 „Homberg — Stadtteil Hombergshausen“,
 „Homberg — Stadtteil Hülsa“,
 „Homberg — Stadtteil Lembach“,
 „Homberg — Stadtteil Mardorf“,
 „Homberg — Stadtteil Mühlhausen“,
 „Homberg — Stadtteil Relbehausen“,
 „Homberg — Stadtteil Rodemann“,
 „Homberg — Stadtteil Roppershain“,
 „Homberg — Stadtteil Sondheim“,
 „Homberg — Stadtteil Steindorf“,
 „Homberg — Stadtteil Waßmuthshausen“;

- f) durch Eingliederung der Gemeinden Dillich, Freudenthal, Haarhausen, Gombeth, Lendorf, Pfaffenhausen, Singlis und Stolzenbach in die Stadt Borken:
 „Borken — Stadtteil Dillich“,
 „Borken — Stadtteil Freudenthal“,
 „Borken — Stadtteil Haarhausen“,
 „Borken — Stadtteil Gombeth“,
 „Borken — Stadtteil Lendorf“,
 „Borken — Stadtteil Pfaffenhausen“,
 „Borken — Stadtteil Singlis“,
 „Borken — Stadtteil Stolzenbach“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinde Kerstenhausen in die Gemeinde Kleinenglis:
 „Kleinenglis — Ortsteil Kerstenhausen“;
- h) durch Eingliederung der Gemeinde Elnrode-Strang in die Gemeinde Jesberg:
 „Jesberg — Ortsteil Elnrode-Strang“;
- i) durch Eingliederung der Gemeinden Betzigerode, Niederurff, Oberurff-Schiffelborn und Wenzigerode in die Gemeinde Zwesten:
 „Zwesten — Ortsteil Betzigerode“,
 „Zwesten — Ortsteil Niederurff“,
 „Zwesten — Ortsteil Oberurff“,
 „Zwesten — Ortsteil Wenzigerode“;
- k) durch Eingliederung der Gemeinde Unshausen in die Gemeinde Wabern:
 „Wabern — Ortsteil Unshausen“;
- l) durch Eingliederung der Gemeinden Cappel, Geismar, Haddamar, Lohne, Obermöllrich, Rothhelmshausen, Ungedanken, Wehren und Werkel in die Stadt Fritzlar:
 „Fritzlar — Stadtteil Cappel“,
 „Fritzlar — Stadtteil Geismar“,
 „Fritzlar — Stadtteil Haddamar“,
 „Fritzlar — Stadtteil Lohne“,
 „Fritzlar — Stadtteil Obermöllrich“,
 „Fritzlar — Stadtteil Rothhelmshausen“,
 „Fritzlar — Stadtteil Ungedanken“,
 „Fritzlar — Stadtteil Wehren“,
 „Fritzlar — Stadtteil Werkel“;
- m) durch Eingliederung der Gemeinden Deute, Dissen, Dorla, Gleichen, Maden und Obervorschütz in die Stadt Gudensberg:
 „Gudensberg — Stadtteil Deute“,
 „Gudensberg — Stadtteil Dissen“,
 „Gudensberg — Stadtteil Dorla“,
 „Gudensberg — Stadtteil Gleichen“,
 „Gudensberg — Stadtteil Maden“,
 „Gudensberg — Stadtteil Obervorschütz“;
- n) durch Eingliederung der Gemeinden Kirchberg, Metzke und Wichdorf in die Stadt Niedenstein:
 „Niedenstein — Ortsteil Kirchberg“,
 „Niedenstein — Ortsteil Metzke“,
 „Niedenstein — Ortsteil Wichdorf“;

Landkreis Fulda

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Ebersberg, Ried, Schmalnau, Thalau und Weyers zu der neuen Gemeinde Ebersburg:
 „Ebersburg — Ortsteil Ebersberg“,
 „Ebersburg — Ortsteil Ried“,
 „Ebersburg — Ortsteil Schmalnau“,
 „Ebersburg — Ortsteil Thalau“,
 „Ebersburg — Ortsteil Weyers“;
- b) durch Eingliederung der Gemeinden Haunedorf, Marbach, Margretenhaun, Steinau und Steinhaus in die Gemeinde Petersberg:
 „Petersberg — Ortsteil Haunedorf“,
 „Petersberg — Ortsteil Marbach“,
 „Petersberg — Ortsteil Margretenhaun“,
 „Petersberg — Ortsteil Steinau“,
 „Petersberg — Ortsteil Steinhaus“;

- c) durch Eingliederung der Gemeinden Dassen, Dietershausen, Keulos und Wissels in die Gemeinde Künzell:
 „Künzell — Ortsteil Dassen“,
 „Künzell — Ortsteil Dietershausen“,
 „Künzell — Ortsteil Keulos“,
 „Künzell — Ortsteil Wissels“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinden Allmus, Danzwiesen, Elters, Kleinsassen, Langenbieber, Niederbieber, Rödergrund-Egelmes, Traisbach, Wiesen, Wittges, Dörmbach a. d. M. (Ortsteil Langenberg) in die Gemeinde Hofbieber:
 „Hofbieber — Ortsteil Allmus“,
 „Hofbieber — Ortsteil Danzwiesen“,
 „Hofbieber — Ortsteil Elters“,
 „Hofbieber — Ortsteil Kleinsassen“,
 „Hofbieber — Ortsteil Langenbieber“,
 „Hofbieber — Ortsteil Niederbieber“,
 „Hofbieber — Ortsteil Rödergrund-Egelmes“,
 „Hofbieber — Ortsteil Traisbach“,
 „Hofbieber — Ortsteil Wiesen“,
 „Hofbieber — Ortsteil Wittges“,
 „Hofbieber — Ortsteil Langenberg“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Batten, Brand, Dietges, Dörmbach a. d. M. (Ortsteil Dörmbach und Harbach) Eckweisbach, Liebhardts, Rupsroth, Simmershausen, Wickers in die Gemeinde Hilders:
 „Hilders — Ortsteil Batten“,
 „Hilders — Ortsteil Brand“,
 „Hilders — Ortsteil Dietges“,
 „Hilders — Ortsteil Dörmbach“,
 „Hilders — Ortsteil Eckweisbach“,
 „Hilders — Ortsteil Liebhardts“,
 „Hilders — Ortsteil Rupsroth“,
 „Hilders — Ortsteil Simmershausen“,
 „Hilders — Ortsteil Wickers“,
 „Hilders — Ortsteil Harbach“;
- f) durch Eingliederung der Gemeinden Günthers und Lahrbach in die Stadt Tann:
 „Tann — Stadtteil Günthers“,
 „Tann — Stadtteil Lahrbach“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinden Altenfeld, Gichenbach, Hettenhausen, Maiersbach, Obernhausen, Schachen in die Stadt Gersfeld:
 „Gersfeld — Stadtteil Altenfeld“,
 „Gersfeld — Stadtteil Gichenbach“,
 „Gersfeld — Stadtteil Hettenhausen“,
 „Gersfeld — Stadtteil Maiersbach“,
 „Gersfeld — Stadtteil Obernhausen“,
 „Gersfeld — Stadtteil Schachen“;
- h) durch Eingliederung der Gemeinden Büchenberg, Döllbach, Lütter, Ronshausen, Rothemann und Welkers in die Gemeinde Eichenzell:
 „Eichenzell — Ortsteil Büchenberg“,
 „Eichenzell — Ortsteil Döllbach“,
 „Eichenzell — Ortsteil Lütter“,
 „Eichenzell — Ortsteil Ronshausen“,
 „Eichenzell — Ortsteil Rothemann“,
 „Eichenzell — Ortsteil Welkers“;
- i) durch Eingliederung der Gemeinden Dorfborn, Giesel, Kauppen und Tiefengruben in die Gemeinde Neuhof:
 „Neuhof — Ortsteil Dorfborn“,
 „Neuhof — Ortsteil Giesel“,
 „Neuhof — Ortsteil Kauppen“,
 „Neuhof — Ortsteil Tiefengruben“;
- k) durch Eingliederung der Gemeinden Blankenau, Brandlos, Hainzell, Jossa, Pfaffenrod, Poppenrod und Schletzenhausen in die Gemeinde Hosenfeld:
 „Hosenfeld — Ortsteil Blankenau“,
 „Hosenfeld — Ortsteil Brandlos“,
 „Hosenfeld — Ortsteil Hainzell“,

- „Hosenfeld — Ortsteil Jossa“,
 „Hosenfeld — Ortsteil Pfaffenrod“,
 „Hosenfeld — Ortsteil Poppenrod“,
 „Hosenfeld — Ortsteil Schletzenhausen“;

- l) durch Eingliederung der Gemeinden Kleinlüder und Uffhausen in die Gemeinde Großenlüder:
 „Großenlüder — Ortsteil Kleinlüder“,
 „Großenlüder — Ortsteil Uffhausen“;

Landkreis Hersfeld

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Oberhaun, Rotensee, Sieglos und Unterhaun zu der neuen Gemeinde Hauneck:
 „Hauneck — Ortsteil Oberhaun“,
 „Hauneck — Ortsteil Rotensee“,
 „Hauneck — Ortsteil Sieglos“,
 „Hauneck — Ortsteil Unterhaun“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Aua, Gittersdorf, Untergeis, Mühlbach, Raboldshausen, Saasen und Salzberg zu der neuen Gemeinde Neuenstein:
 „Neuenstein — Ortsteil Aua“,
 „Neuenstein — Ortsteil Gittersdorf“,
 „Neuenstein — Ortsteil Untergeis“,
 „Neuenstein — Ortsteil Mühlbach“,
 „Neuenstein — Ortsteil Raboldshausen“,
 „Neuenstein — Ortsteil Saasen“,
 „Neuenstein — Ortsteil Salzberg“;
- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Biedebach, Friedlos, Mecklar, Tann und Gerterode zu der neuen Gemeinde Ludwigsau:
 „Ludwigsau — Ortsteil Biedebach“,
 „Ludwigsau — Ortsteil Friedlos“,
 „Ludwigsau — Ortsteil Mecklar“,
 „Ludwigsau — Ortsteil Tann“,
 „Ludwigsau — Ortsteil Gerterode“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinden Allmershausen, Asbach, Heenes, Kathus, Kohlhausen, Petersberg, Sorga und Beiershausen in die Stadt Bad Hersfeld:
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Allmershausen“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Asbach“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Heenes“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Kathus“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Kohlhausen“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Petersberg“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Sorga“,
 „Bad Hersfeld — Stadtteil Beiershausen“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Hillartshausen und Lautenhausen in die Gemeinde Friedewald:
 „Friedewald — Ortsteil Hillartshausen“,
 „Friedewald — Ortsteil Lautenhausen“;
- f) durch Eingliederung der Gemeinden Bengendorf und Leimbach in die Gemeinde Heringen/Werra:
 „Heringen/Werra — Ortsteil Bengendorf“,
 „Heringen/Werra — Ortsteil Leimbach“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinden Dinkelrode, Landershausen, Malkomes und Schenksohlz in die Gemeinde Schenklengsfeld:
 „Schenklengsfeld — Ortsteil Dinkelrode“,
 „Schenklengsfeld — Ortsteil Landershausen“,
 „Schenklengsfeld — Ortsteil Malkomes“,
 „Schenklengsfeld — Ortsteil Schenksohlz“;
- h) durch Eingliederung der Gemeinde Rotterterode in die Gemeinde Kirchheim:
 „Kirchheim — Ortsteil Rotterterode“;
- i) durch Eingliederung der Gemeinden Hattenbach, Kleba, Niederjossa und Solms in die Gemeinde Niederaula:
 „Niederaula — Ortsteil Hattenbach“,
 „Niederaula — Ortsteil Kleba“,
 „Niederaula — Ortsteil Niederjossa“,
 „Niederaula — Ortsteil Solms“;

Landkreis Hünfeld

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Hünhan, Rothenkirchen und Steinbach zu der neuen Gemeinde Burghaun:
 „Burghaun — Ortsteil Hünhan“,
 „Burghaun — Ortsteil Rothenkirchen“,
 „Burghaun — Ortsteil Steinbach“;
- b) durch Eingliederung der Gemeinden Meisenbach, Müsenbach, Odensachsen, Schletzenrod, Wehrda und Wetzlos in die Gemeinde Haunetal:
 „Haunetal — Ortsteil Meisenbach“,
 „Haunetal — Ortsteil Müsenbach“,
 „Haunetal — Ortsteil Odensachsen“,
 „Haunetal — Ortsteil Schletzenrod“,
 „Haunetal — Ortsteil Wehrda“,
 „Haunetal — Ortsteil Wetzlos“;
- c) durch Eingliederung der Gemeinden Dammersbach, Großenbach, Kirchhasel und Nüst in die Stadt Hünfeld:
 „Hünfeld — Stadtteil Dammersbach“,
 „Hünfeld — Stadtteil Großenbach“,
 „Hünfeld — Stadtteil Kirchhasel“,
 „Hünfeld — Stadtteil Nüst“;

Landkreis Kassel

- durch Eingliederung der Gemeinden Breitenbach, Elmshagen und Martinshagen in die Gemeinde Hoof:
 „Hoof — Ortsteil Breitenbach“,
 „Hoof — Ortsteil Elmshagen“,
 „Hoof — Ortsteil Martinshagen“;

Landkreis Marburg

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Albshausen, Bracht, Ernsthausen, Josbach, Schwabendorf und Wolfskaute zu der neuen Stadt Rauschenberg:
 „Rauschenberg — Stadtteil Albshausen“,
 „Rauschenberg — Stadtteil Bracht“,
 „Rauschenberg — Stadtteil Ernsthausen“,
 „Rauschenberg — Stadtteil Josbach“,
 „Rauschenberg — Stadtteil Schwabendorf“,
 „Rauschenberg — Stadtteil Wolfskaute“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Caldern und Sterzhausen zu der neuen Gemeinde Lahntal:
 „Lahntal — Ortsteil Caldern“,
 „Lahntal — Ortsteil Sterzhausen“;
- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Cölbe und Schönstadt zu der neuen Gemeinde Cölbe:
 „Cölbe — Ortsteil Schönstadt“;
- d) durch Zusammenschluß der Gemeinden Dreihausen und Heskem zu der neuen Gemeinde Ebsdorfergrund:
 „Ebsdorfergrund — Ortsteil Dreihausen“,
 „Ebsdorfergrund — Ortsteil Heskem“;
- e) durch Zusammenschluß der Stadt Amöneburg und der Gemeinden Erfurtshausen, Mardorf, Roßdorf und Rüdigeim zu der neuen Stadt Amöneburg:
 „Amöneburg — Stadtteil Erfurtshausen“,
 „Amöneburg — Stadtteil Mardorf“,
 „Amöneburg — Stadtteil Roßdorf“,
 „Amöneburg — Stadtteil Rüdigeim“;
- f) durch Eingliederung der Gemeinden Amönau, Mellnau, Niederwetter, Oberndorf, Oberrosophe, Todenhausen und Unterrosophe in die Stadt Wetter:
 „Wetter — Stadtteil Amönau“,
 „Wetter — Stadtteil Mellnau“,
 „Wetter — Stadtteil Niederwetter“,
 „Wetter — Stadtteil Oberndorf“,
 „Wetter — Stadtteil Oberrosophe“,
 „Wetter — Stadtteil Todenhausen“,
 „Wetter — Stadtteil Unterrosophe“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinde Reddehausen in die Gemeinde Cölbe:
 „Cölbe — Ortsteil Reddehausen“;

- h) durch Eingliederung der Gemeinden Langenstein, Sindersfeld und Stausebach in die Stadt Kirchhain:
 „Kirchhain — Stadtteil Langenstein“,
 „Kirchhain — Stadtteil Sindersfeld“,
 „Kirchhain — Stadtteil Stausebach“;
- i) durch Eingliederung der Gemeinden Erksdorf und Hatzbach und der Stadt Schweinsberg in die Stadt Allendorf:
 „Stadt Allendorf — Stadtteil Erksdorf“,
 „Stadt Allendorf — Stadtteil Hatzbach“,
 „Stadt Allendorf — Stadtteil Schweinsberg“;
- k) durch Eingliederung der Gemeinden Damm, Nanz-Willershausen und Rodenhausen in die Gemeinde Lohra:
 „Lohra — Ortsteil Damm“,
 „Lohra — Ortsteil Nanz-Willershausen“,
 „Lohra — Ortsteil Rodenhausen“;
- l) durch Eingliederung der Gemeinde Sichertshausen in die Gemeinde Fronhausen:
 „Fronhausen — Ortsteil Sichertshausen“;
- m) durch Eingliederung der Gemeinden Bortshausen, Moischt und Ronhausen in die Gemeinde Cappel:
 „Cappel — Ortsteil Bortshausen“,
 „Cappel — Ortsteil Moischt“,
 „Cappel — Ortsteil Ronhausen“;
- n) durch Eingliederung der Gemeinden Dagobertshausen und Michelbach in die Gemeinde Marbach:
 „Marbach — Ortsteil Dagobertshausen“,
 „Marbach — Ortsteil Michelbach“;

Landkreis Melsungen

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Brunslar und Wolfershausen zu der neuen Gemeinde Brunslar:
 „Brunslar — Ortsteil Wolfershausen“;
- b) durch Eingliederung der Gemeinde Wichte in die Gemeinde Altmorschen:
 „Altmorschen — Ortsteil Wichte“;
- c) durch Eingliederung der Gemeinden Elbersdorf, Herlefeld, Nausis und PfiEFFe in die Stadt Spangenberg:
 „Spangenberg — Stadtteil Elbersdorf“,
 „Spangenberg — Stadtteil Herlefeld“,
 „Spangenberg — Stadtteil Nausis“,
 „Spangenberg — Stadtteil PfiEFFe“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinde Obermelsungen in die Stadt Melsungen:
 „Melsungen — Stadtteil Obermelsungen“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Altenburg und Niedervorschütz in die Stadt Felsberg:
 „Felsberg — Stadtteil Altenburg“,
 „Felsberg — Stadtteil Niedervorschütz“;
- f) durch Eingliederung der Gemeinde Beuern in die Gemeinde Gensungen:
 „Gensungen — Ortsteil Beuern“;

Landkreis Rotenburg

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Bauhaus, Dens, Mönchhosbach, Süß und Weißenhasel zu der neuen Gemeinde Nentershausen:
 „Nentershausen — Ortsteil Bauhaus“,
 „Nentershausen — Ortsteil Dens“,
 „Nentershausen — Ortsteil Mönchhosbach“,
 „Nentershausen — Ortsteil Süß“,
 „Nentershausen — Ortsteil Weißenhasel“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Bosserode, Hönebach, Obersuhl, Raßdorf und Richelsdorf zu der neuen Gemeinde Wildeck:
 „Wildeck — Ortsteil Bosserode“,
 „Wildeck — Ortsteil Hönebach“,
 „Wildeck — Ortsteil Obersuhl“,
 „Wildeck — Ortsteil Raßdorf“,
 „Wildeck — Ortsteil Richelsdorf“;

- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Hausen, Lichtenhagen, Nausis, Nenterode und Rengshausen zu der neuen Gemeinde Rengshausen:

„Rengshausen — Ortsteil Hausen“,
 „Rengshausen — Ortsteil Lichtenhagen“,
 „Rengshausen — Ortsteil Nausis“,
 „Rengshausen — Ortsteil Nenterode“;

- d) durch Zusammenschluß der Gemeinden Beenhausen, Ersrode, Hainrode und Oberthalhausen zu der neuen Gemeinde Ludwigseck:

„Ludwigseck — Ortsteil Beenhausen“,
 „Ludwigseck — Ortsteil Ersrode“,
 „Ludwigseck — Ortsteil Hainrode“,
 „Ludwigseck — Ortsteil Oberthalhausen“;

- e) durch Eingliederung der Gemeinden Atzelrode, Braach und Mündershausen in die Stadt Rotenburg a. d. F.:

„Rotenburg — Stadtteil Atzelrode“,
 „Rotenburg — Stadtteil Braach“,
 „Rotenburg — Stadtteil Mündershausen“;

- f) durch Eingliederung der Gemeinden Asmushausen, Blankenheim, Braunhausen, Breitenbach, Gilfershausen, Iba, Imshausen, Lüdersdorf, Rautenhausen, Solz und Weiterode in die Stadt Bebra:

„Bebra — Stadtteil Asmushausen“,
 „Bebra — Stadtteil Blankenheim“,
 „Bebra — Stadtteil Braunhausen“,
 „Bebra — Stadtteil Breitenbach“,
 „Bebra — Stadtteil Gilfershausen“,
 „Bebra — Stadtteil Iba“,
 „Bebra — Stadtteil Imshausen“,
 „Bebra — Stadtteil Lüdersdorf“,
 „Bebra — Stadtteil Rautenhausen“,
 „Bebra — Stadtteil Solz“,
 „Bebra — Stadtteil Weiterode“;

- g) durch Eingliederung der Gemeinden Breittau, Diemerode, Heyerode und Krauthausen in die Stadt Sontra:

„Sontra — Stadtteil Breittau“,
 „Sontra — Stadtteil Diemerode“,
 „Sontra — Stadtteil Heyerode“,
 „Sontra — Stadtteil Krauthausen“;

- h) durch Eingliederung der Gemeinde Machtlos in die Gemeinde Ronshausen:

„Ronshausen — Ortsteil Machtlos“;

Landkreis Waldeck

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Affoldern, Anraff, Böhne, Bringhausen, Buhlen, Edertal, Hemfurth-Edersee, Königshagen, Mehlen und Wellen zu der neuen Gemeinde Edertal:

„Edertal — Ortsteil Affoldern“,
 „Edertal — Ortsteil Anraff“,
 „Edertal — Ortsteil Böhne“,
 „Edertal — Ortsteil Bringhausen“,
 „Edertal — Ortsteil Buhlen“,
 „Edertal — Ortsteil Hemfurth-Edersee“,
 „Edertal — Ortsteil Königshagen“,
 „Edertal — Ortsteil Mehlen“,
 „Edertal — Ortsteil Wellen“;

- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Berndorf, Elleringhausen, Mühlhausen, Nieder-Waroldern, Ober-Waroldern und Twiste zu der neuen Gemeinde Twistetal:

„Twistetal — Ortsteil Berndorf“,
 „Twistetal — Ortsteil Elleringhausen“,
 „Twistetal — Ortsteil Mühlhausen“,
 „Twistetal — Ortsteil Nieder-Waroldern“,
 „Twistetal — Ortsteil Ober-Waroldern“,
 „Twistetal — Ortsteil Twiste“;

- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Adorf, Benkhäusen, Deisfeld, Flechtdorf, Giebringhausen, Heringhausen, Ottlar, Rhenege, Schweinsbühl, Stormbruch, Sudeck, Vasbeck und Wirmighausen zu der neuen Gemeinde Diemelsee:

„Diemelsee — Ortsteil Adorf“,
 „Diemelsee — Ortsteil Benkhäusen“,
 „Diemelsee — Ortsteil Deisfeld“,
 „Diemelsee — Ortsteil Flechtdorf“,
 „Diemelsee — Ortsteil Giebringhausen“,
 „Diemelsee — Ortsteil Heringhausen“,
 „Diemelsee — Ortsteil Ottlar“,
 „Diemelsee — Ortsteil Thenege“,
 „Diemelsee — Ortsteil Schweinsbühl“,
 „Diemelsee — Ortsteil Stormbruch“,
 „Diemelsee — Ortsteil Sudeck“,
 „Diemelsee — Ortsteil Vasbeck“,
 „Diemelsee — Ortsteil Wirmighausen“;

- d) durch Zusammenschluß der Gemeinden Bömighausen, Eimelrod, Neerdar, Usseln und Wellinghausen zu der neuen Gemeinde Upland:

„Upland — Ortsteil Bömighausen“,
 „Upland — Ortsteil Eimelrod“,
 „Upland — Ortsteil Neerdar“,
 „Upland — Ortsteil Usseln“,
 „Upland — Ortsteil Wellinghausen“;

- e) durch Eingliederung der Gemeinden Armsfeld, Bergfreiheit, Hüddingen, Mandern und Odershausen in die Stadt Bad Wildungen:

„Bad Wildungen — Stadtteil Armsfeld“,
 „Bad Wildungen — Stadtteil Bergfreiheit“,
 „Bad Wildungen — Stadtteil Hüddingen“,
 „Bad Wildungen — Stadtteil Mandern“,
 „Bad Wildungen — Stadtteil Odershausen“;

- f) durch Eingliederung der Gemeinden Hesperinghausen und Orpethal in die Stadt Diemelstadt:

„Diemelstadt — Stadtteil Hesperinghausen“,
 „Diemelstadt — Stadtteil Orpethal“;

- g) durch Eingliederung der Gemeinden Bühle, Massenhausen, Neu-Berich und Wetterburg in die Stadt Arolsen:

„Arolsen — Stadtteil Bühle“,
 „Arolsen — Stadtteil Massenhausen“,
 „Arolsen — Stadtteil Neu-Berich“,
 „Arolsen — Stadtteil Wetterburg“;

Landkreis Witzzenhausen

- a) durch Eingliederung der Gemeinden Neuseesen, Unterrieden und Werleshausen in die Stadt Witzzenhausen:

„Witzzenhausen — Stadtteil Neuseesen“,
 „Witzzenhausen — Stadtteil Unterrieden“,
 „Witzzenhausen — Stadtteil Werleshausen“;

- b) durch Eingliederung der Gemeinde Weißenbach in die Stadt Großalmerode:

„Großalmerode — Stadtteil Weißenbach“;

- c) durch Eingliederung der Gemeinden Dudenrode, Ellershausen, Hilgershausen, Kleinvach, Oberrieden, Orferode und Weiden in die Stadt Bad Sooden-Allendorf:

„Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Dudenrode“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Ellershausen“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Hilgershausen“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Kleinvach“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Oberrieden“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Orferode“,
 „Bad Sooden-Allendorf — Stadtteil Weiden“;

- d) durch Eingliederung der Gemeinden Retterode und Wickersrode in die Stadt Hess. Lichtenau:

„Hess. Lichtenau — Stadtteil Retterode“,
 „Hess. Lichtenau — Stadtteil Wickersrode“;

Landkreis Wolfhagen

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Dörnberg und Ehlen zu der neuen Gemeinde Habichtswald:
„Habichtswald — Ortsteil Dörnberg“,
„Habichtswald — Ortsteil Ehlen“;
- b) durch Eingliederung der Gemeinde Wettelingen in die Gemeinde Breuna:
„Breuna — Ortsteil Wettelingen“;
- c) durch Eingliederung der Gemeinden Ippinghausen und Isthä in die Stadt Wolfhagen:
„Wolfhagen — Stadtteil Ippinghausen“,
„Wolfhagen — Stadtteil Isthä“;
- d) durch Eingliederung der Gemeinden Altendorf, Altenstadt, Elbenberg und Heimarshausen in die Stadt Naumburg:
„Naumburg — Stadtteil Altendorf“,
„Naumburg — Stadtteil Altenstadt“,
„Naumburg — Stadtteil Elbenberg“,
„Naumburg — Stadtteil Heimarshausen“;
- e) durch Eingliederung der Gemeinden Balhorn und Riede in die Gemeinde Emstal:
„Emstal — Ortsteil Balhorn“,
„Emstal — Ortsteil Riede“;

Landkreis Ziegenhain

- a) durch Zusammenschluß der Gemeinden Gilserberg, Heimbach, Lischeid, Sachsenhausen, Schönau und Winterscheid zur Gemeinde Gilserberg:
„Gilserberg — Ortsteil Heimbach“,
„Gilserberg — Ortsteil Lischeid“,
„Gilserberg — Ortsteil Sachsenhausen“,
„Gilserberg — Ortsteil Schönau“,
„Gilserberg — Ortsteil Winterscheid“;
- b) durch Zusammenschluß der Gemeinden Holzburg und Schrecksbach zu der neuen Gemeinde Schrecksbach:
„Schrecksbach — Ortsteil Holzburg“;
- c) durch Zusammenschluß der Gemeinden Hatterode und Oberjossa zu der neuen Gemeinde Breitenbach a. Herzberg:
„Breitenbach a. Herzberg — Ortsteil Hatterode“,
„Breitenbach a. Herzberg — Ortsteil Oberjossa“;

- d) durch Zusammenschluß der Gemeinden Leimsfeld, Obergrenzbach und Schönborn zu der neuen Gemeinde Grenzbach:
„Grenzbach — Ortsteil Leimsfeld“,
„Grenzbach — Ortsteil Obergrenzbach“,
„Grenzbach — Ortsteil Schönborn“;
- e) durch Zusammenschluß der Gemeinden Frielendorf, Gebersdorf, Lenderscheid, Linsingen und Todenhausen zu der neuen Gemeinde Frielendorf:
„Frielendorf — Ortsteil Gebersdorf“,
„Frielendorf — Ortsteil Lenderscheid“,
„Frielendorf — Ortsteil Linsingen“,
„Frielendorf — Ortsteil Todenhausen“;
- f) durch Zusammenschluß der Gemeinden Merzhausen, Willingshausen und Zella zu der neuen Gemeinde Antrefftal:
„Antrefftal — Ortsteil Merzhausen“,
„Antrefftal — Ortsteil Willingshausen“,
„Antrefftal — Ortsteil Zella“;
- g) durch Eingliederung der Gemeinden Asterode, Christerode, Hauptschwenda, Nausis, Riebelsdorf und Rückershausen in die Stadt Neukirchen:
„Neukirchen — Stadtteil Asterode“,
„Neukirchen — Stadtteil Christerode“,
„Neukirchen — Stadtteil Hauptschwenda“,
„Neukirchen — Stadtteil Nausis“,
„Neukirchen — Stadtteil Riebelsdorf“,
„Neukirchen — Stadtteil Rückershausen“;
- h) durch Eingliederung der Gemeinden Allendorf, Dittershausen und Wiera in die Stadt Schwalmstadt:
„Schwalmstadt — Stadtteil Allendorf“,
„Schwalmstadt — Stadtteil Dittershausen“,
„Schwalmstadt — Stadtteil Wiera“;
- i) durch Eingliederung der Gemeinde Gungelshausen in die Gemeinde Zella:
„Zella — Ortsteil Gungelshausen“.

Kassel, 29. 2. 1972

Der Regierungspräsident
1/2 a — 3 k 08/01

StAnz. 16/1972 S. 714

Buchbesprechungen

Der eingetragene Verein. Eine gemeinverständliche Erläuterung des Vereinsrechts unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung. Begründet von Justizoberinspektor Eugen Sauter, fortgeführt von Oberlandesgerichtsrat Gerhard Schweyer. 8., völlig neu bearbeitete Aufl. 1972. XVIII, 324 S. 8°. Kart. 19,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Das angezeigte Werk ist entstanden als ein Erläuterungsbuch von Praktikern für die Praxis. Das ist es im wesentlichen auch heute noch, wie vor allem die Gliederung zeigt, die sich in chronologischer oder sachbezogener Reihenfolge eng an die Entstehung, die Tätigkeit, die Beendigung und die Abwicklung des eingetragenen Vereins anlehnt. Auch die treffenden Beispiele, die zur Veranschaulichung der Vereinswirklichkeit herangezogen werden, die Muster für Satzungen usw. und die Auszüge aus Gesetzen, zu denen Verbindungsrichtlinien bestehen, machen das Werk zu einem wertvollen Wegweiser und Hilfsmittel für die Praxis. Dem stetig zunehmenden Bedürfnis nach einer kurzen und auch für den Laien verständlichen, aber gleichwohl systematischen und umfassenden Darstellung des privaten Vereinsrechts tragen Form und Inhalt des Buches in gekonnter Weise Rechnung.

Auch in wissenschaftlicher Hinsicht wird das Werk in ständig zunehmendem Maße zu einem zuverlässigen Orientierungsmittel. Die wichtigsten Erkenntnisse der Rechtsprechung und des Schrifttums sind bis in die jüngste Zeit (September 1971) berücksichtigt. An geeigneter Stelle finden sich nützliche Hinweise zur weiteren Vertiefung problematischer Fragen.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird das gesamte materielle Vereinsrecht, der Verkehr von Vereinsgründern und Organen mit dem Amtsgericht und das Kostenrecht dargestellt. Im zweiten Teil sind Muster für Vereinssatzungen, Anträge, Protokolle und gerichtliche Verfügungen abgedruckt. Der dritte Teil enthält Auszüge aus den wichtigsten Gesetzen, die vereinsrechtlich relevante Bestimmungen enthalten.

Die vorliegende 8. Auflage des Werkes ist der Voraufgabe in verhältnismäßig kurzem zeitlichen Abstand gefolgt. In ihr sind die Abschnitte über die Mitgliederversammlung und die Änderung von Vereinssatzungen erweitert und neu gefaßt worden. Im Hinblick darauf, daß Mitgliederversammlungen seit einiger Zeit erfahrungsgemäß immer lebhafter und komplizierter werden, wurde auf eine eingehende Darstellung der Befugnisse des Vereinsleiters und der

Tagesordnungsfragen besonderes Gewicht gelegt. Im übrigen wurde die gesamte vielschichtige und schwierige Materie überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Die Lesbarkeit des Buches hat dadurch gewonnen, daß die bisher in den laufenden Text eingearbeiteten Fundstellennachweise von Rechtsprechung und Schrifttum nunmehr in Fußnoten angegeben werden. Ein wesentlich erweitertes Sachverzeichnis erleichtert das Auffinden der gesuchten Einzelabhandlungen. Das gesamte Werk ist straff und übersichtlich gegliedert; sprachlich ist es flüssig und klar.

Das nunmehr in über 3 Jahrzehnten bewährte Erläuterungsbuch kann auch weiterhin nur empfohlen werden. Es kann allen, die mit dem Vereinswesen dienstlich oder privat (als Richter, Notar, Vereinsgründer, Vereinsorgan, Vereinsmitglied usw.) zu tun haben oder sich aus beruflichen und wissenschaftlichen Gründen über vereinsrechtliche Fragen schnell und zuverlässig orientieren wollen (Studierende, Referendare, Betriebsberater, Rechtsanwälte usw.), wertvolle Dienste leisten.

Es wäre jedoch zu begrüßen, wenn die bisher noch etwas zu kurz gekommenen Fragen — wie beispielsweise die Beendigung des Vereins und die Identität des nichtrechtsfähigen Vereins, der durch Eintragung rechtsfähig und später durch Löschung wieder zum nichtrechtsfähigen Verein wird — in der nächsten Auflage etwas ausführlicher behandelt werden könnten.

Regierungsdirektor Dr. Mohr

Deutsches Sporthandbuch — Organisation, Recht, Verwaltung — Herausgegeben von Willi Klein. 1970 Loseblattsammlung, 5., 6. und 7. Ergänzungslieferung. Seitenpreis 6,11 DM. Gesamtwerk 59,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, Wiesbaden-Dotzheim.

Das Deutsche Sporthandbuch — Organisation, Recht, Verwaltung — ist im letzten Jahr durch weitere Ergänzungslieferungen nennenswert angereichert worden. Die innerhalb des Deutschen Sportbundes als auch der Landessportbünde und der Fachverbände neu erarbeiteten Satzungen und Programme sind in das Handbuch eingefügt worden. Der statistische Teil über Sportergebnisse bei Olympischen Spielen, Weltmeisterschaften und Europameisterschaften wurde wesentlich erweitert. Mit seiner zunehmenden Entwicklung erweist sich das Sporthandbuch immer mehr als unentbehrlich für die Hand der öffentlichen Sportverwaltung und der Selbstverwaltung des Sports in Vereinen und Verbänden.

Ministerialrat Fallak

NEU:**1972**

Amtliches Verzeichnis hessischer Verwaltungsvorschriften - Gültigkeitsverzeichnis -

- das neue Gültigkeitsverzeichnis 1972 ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle die
- den **Staats-Anzeiger**,
- das **Justiz-Ministerial-Blatt**
- und das **Amtsblatt des Kultusministers** in der täglichen Praxis benutzen
- eine Fundstelle aller gültigen Verwaltungsvorschriften und Grundsatzерlasse der hessischen Landesregierung und der obersten Landesbehörden nach Sachgebieten chronologisch gegliedert

Format DIN A 4, Umfang 190 Seiten, brosch.

Die Auslieferung erfolgt, wie bereits durch Rundschreiben vom 13. März 1972 (Beilage zum StAnz. 11/1972) bekanntgegeben, an alle Bezieher des Staats-Anzeigers, Anfang April 1972 durch den

**Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen
GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42**

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1972

Montag, den 17. April 1972

Nr. 16

1229 Aufgebote

32 C 140/72 — **Aufgebot:** Die Frau Erna Mull geb. Dormidion, 605 Offenbach/M., Gerberstr. 25, hat beantragt, folgende Urkunden aufzubieten:

1. Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Offenbach, Band 60, Blatt 1519, in Abt. III Nr. 5 für die Zigarettenfabrik TURBACO — Costa Zafran, Inh. Constantin Zafran in Hamburg eingetragene, mit 6% verzinliche Grundschuld über 3000,— DM;

2. Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Offenbach, Band 60, Blatt 1519, in Abt. III Nr. 6 für Herrn Friedrich Lieber in Hamburg mit 6% verzinliche Grundschuld über 3000,— DM.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Mittwoch, dem 13. Dezember 1972, um 9 Uhr, Zimmer 107, im Gerichtsgebäude Offenbach/M., Kaiserstraße 16, seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunden für kraftlos erklären.

605 Offenbach (Main), 28. 3. 1972

Amtsgericht

1230 Güterrechtsregister

GR 439 — **Neueintragung:** Eheleute Hans Münnich und Angelika Münnich geb. Hillmann, Harheim.

Durch Vertrag vom 28. 2. 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 28. 3. 1972

Amtsgericht

1231

GR 1828 — 29. 3. 1972: Orth, Paul, und Ehefrau Loni Klara geb. Ackermann, Nieder-Wöllstadt.

Durch Vertrag vom 28. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 29. 3. 1972

Amtsgericht

1232

GR 332 — **Neueintragung:** Krankenpfleger Egon Haug in Gelnhausen, Im Setzling 33, und Maria Gerda Inge geb. Jungfleisch.

Durch Vertrag vom 22. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 23. 3. 1972

Amtsgericht

1233

GR 333 — **Neueintragung:** Landwirt Ludwig Rudolf Krämer in Wächtersbach, Stadtteil Aufenau, Leipziger Straße 15, und Hildegard Johanna geb. Weber.

Durch Vertrag vom 2. März 1972 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

646 Gelnhausen, 27. 3. 1972

Amtsgericht

1234

GR 2095 — 28. 3. 72: Werner Feuerbach, Metzgermeister, und Gertrud Feuerbach geb. Höchst in Rabenau-Kesselbach, Bahnhofstraße 2.

Durch Vertrag vom 1. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 29. 3. 1972

Amtsgericht

1235

41 GR 1350 — 24. 3. 1972: Eheleute Kaufmann Herbert Schübler und Helga geb. Bauer in Großauheim haben durch Vertrag vom 26. 5. 1970 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 29. 3. 1972

Amtsgericht, Abt. 41

1236

GR 286 — 24. März 1972: Kaufmann Horst Walter Clixio und Rita, geborene Baumann, wohnhaft in Mittenaar-Ballersbach/Dillkreis, Bicker Weg 1.

Durch Ehevertrag vom 10. März 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

6348 Herborn, 24. 3. 1972

Amtsgericht

1237

GR 230 — 24. 3. 1972 — **Neueintragung:** Eheleute Malermeister Kurt Nollmann und Margit Nollmann, geb. Busche, in Karlshafen, Am Sölling 4.

Durch Vertrag vom 18. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

352 Hofgeismar, 28. 3. 1972

Amtsgericht

1238

GR IV Nr. 117 — **Neueintragung:** Herbert van Harten, Oberingenieur, und Gertrud van Harten geb. Boers, beide Michelstadt.

Durch Vertrag vom 4. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 29. 3. 1972

Amtsgericht

1239

GR IV Nr. 118 — **Neueintragung:** Friedrich Wilhelm König, Kaufmann, Reichelsheim und Barbara König geb. Nahmacher, daselbst.

Durch Vertrag vom 25. Februar 1972 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 4. 4. 1972

Amtsgericht

1240

GR 504 — 29. Februar 1972: Eheleute Matthias Leitner, kaufm. Angest., 6455 Klein-Auheim, Schillerstr. 29, und Helga Elisabeth Leitner geb. Heinzinger, Inhaberin eines Geschäftes, wohnhaft ebenda.

Durch Erklärung vom 8. Febr. 1972 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 24. 3. 1972

Amtsgericht

1241 Vereinsregister

VR 340 — **Neueintragung:** Kleintierzuchtverein K 13 Mansbach in Hohenroda, Ortsteil Mansbach e. V. mit dem Sitz in Hohenroda, Ortsteil Mansbach, Kreis Hersfeld.

643 Bad Hersfeld, 27. 3. 1972

Amtsgericht

1242

VR 362 — 28. 3. 1972 — **Neueintragung:** SUSE — Suchtkranken-Selbsthilfe Südhessen in Bensheim-Hochstädten.

VR 238 — 28. 3. 1972 — **Löschung:** Unterstützungverein der Betriebsangehörigen der Firma A. Krumbeln & Sohn, Strickwarenfabrik in Heppenheim.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 3. Dezember 1971 ist der Verein aufgelöst.

614 Bensheim, 28. 3. 1972

Amtsgericht

1243

6 VR 326 — 16. März 1972 — **Neueintragung:** Schlaraffia Am Eschenwege, Eschwege.

344 Eschwege, 16. 3. 1972

Amtsgericht

1244

VR 887 — 16. 3. 72: Flugsportverein „Albatros“ Lich. Sitz des Vereins ist Lich.

VR 891 — 27. 3. 72: Verein für Kindererziehung. Sitz des Vereins ist Gießen.

VR 893 — 27. 3. 72: Arbeitsgemeinschaft für klinische Nephrologie (BRD und West-

Berlin). Sitz des Vereins ist Gießen.

63 Gießen, 29. 3. 1972

Amtsgericht

1245

4a VR 471 — 24. 3. 72 — **Neueintragung:** 1. Fanfarenzug Bischofsheim e. V. Sitz: Bischofsheim.

608 Groß-Gerau, 27. 3. 1972

Amtsgericht

1246

4 a VR 472 — 29. 3. 72 — **Neueintragung:** Tennis-Club Biebesheim e. V. Sitz: Biebesheim.

608 Groß-Gerau, 4. 4. 1972

Amtsgericht

1247

VR 172 — **Neueintragung:** Tennis-Club „Rot-Weiß“ Eiterfeld in Eiterfeld, Kreis Hünfeld.

6418 Hünfeld, 28. 3. 1972

Amtsgericht

1248

VR 120 — 28. März 1972 — **Neueintragung:** Schützengesellschaft 1660 Rhenegge eingetragener Verein; Diemelsee — Rhenegge.

354 Korbach, 28. 3. 1972

Amtsgericht

1249

VR 77: Verein der Ärzte des Kreises Ziegenhain in Schwalmstadt.

3578 Schwalmstadt 1, 23. 3. 1972

Amtsgericht

1250 Vergleiche — Konkurse

4 N 2/67 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Josef Vogl, Hoch- und Tiefbau GmbH, Wehen (Ts.) wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 15. Mai 1972 um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Bad Schwalbach, Neustr. 12, Saal Nr. 10, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters einschl. des Ausgleichs zur MWSt. wird auf 4863,11 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 404,60 DM festgesetzt.

6208 Bad Schwalbach, 6. 4. 1972

Amtsgericht

1251

31 N 22/70 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Erich Trautmann in Nieder-Roden, Friedensstraße 22, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Dienstag, den 9. Mai 1972, um 10.00 Uhr vor dem hiesigen Gericht, Marienstr. 31, Zimmer 12, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bei der Verteilung zu berücksichtigender Forderungen und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 7360, DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 1637,25 DM festgesetzt.

611 Dieburg, 4. 4. 1972

Amtsgericht

1252

81 N 141/72 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Friedrich Feldt, 6452 Steinheim (Main), Offenbacher Landstraße 71, handelnd unter der Firma Kurt Friedrich Feldt, Metallwarenfabrik, 6 Frankfurt (Main), Gwinnerstr. 13, wird heute, am 4. April 1972, um 14.45 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hermann Fenzl, 6 Frankfurt (Main), Kaiser-Sigmund-Straße 15, Tel.: 56 13 60.

Konkursforderungen sind bis zum 9. Mai 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 2. Mai 1972 um um 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 13. Juni 1972 um 9.00 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk Zimmer Nr. 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 9. Mai 1972 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

1253

81 N 73 69 — **Beschluß:** Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Firma Franz Lühn Söhne Kommanditgesellschaft, 6 Frankfurt (Main), Adelonstraße 17, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 28. 3. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

1254

N 472 — 7. 4. 1972: **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Leder- und Pelzveredelung Wörsdorf GmbH., 6271 Wörsdorf (Ts.), eröffnet am 7. April 1972, Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Rolf Stempel, Wiesbaden, Burgstraße 6. Anmeldefrist bis 13. Mai 1972.

Erste Gläubigerversammlung am 16. Mai 1972 um 10.00 Uhr und Prüfungstermin am 6. Juni 1972 um 10.00 Uhr. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 13. 5. 1972.

627 Idstein (Ts.), 7. 4. 1972

Amtsgericht

1255

1 N 170: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Hoteliers Alfred Dahmen in Münster, Roxeler Str. 340, früher: Willingen, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind die Vergütung und die Auslagen der Gläubigerausschußmitglieder: Hellwig: 575,— DM/53,50 DM, Tetzner: 500,— DM, Kuhnhen: 200,— DM.

354 Korbach, 4. 4. 1972

Amtsgericht

1256

5 N 1670: Im Konkurs der Firma Schering, Roth & Co. KG, Langen, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 24. April 1972, um 15.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Str. 27, Saal 20, anberaumt.

607 Langen, 7. 4. 1972

Amtsgericht

1257

62 N 80/67 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Klinger KG, früher Wiesbaden-Dotzheim, Wiesbadener Str. 68, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 5. 4. 1972

Amtsgericht

Zwangsvollstreckungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft

machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1258

K 22/71: Die im Grundbuch von Höckersdorf, Band 9, Blatt 339, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Höckersdorf lfd. Nr. 1, Flur 3, Nr. 69, Bauplatz, Dornhecke, Größe 14,20 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 3, Nr. 71, Bauplatz, daselbst, Größe 7,10 Ar, lfd. Nr. 3, Flur 3, Nr. 72., Grünland, daselbst, Größe 19,37 Ar, lfd. Nr. 4, Flur 3, Nr. 73 3, Grünland, daselbst, Größe 22,89 Ar,

sollen am 14. Juni 1972 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Dezember 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Chemotechniker Emil Treusch in Bad Nauheim und dessen Ehefrau Irmgard geb. Wessel, daselbst, je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 1 auf 3550,— DM, lfd. Nr. 2 auf 3550,— DM, lfd. Nr. 3 auf 9685,— DM und lfd. Nr. 4 auf 2269,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 29. 3. 1972

Amtsgericht

1259

2 K 22/70 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Obergladbach, Band 11, Blatt 327, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Obergladbach, Flur 5, Flurstück 156, Ackerland, Hub, Größe 8,40 Ar,

soll am 5. Juni 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Karin Else Gäbler, geb. Quaat, Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 340,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 27. 3. 1972

Amtsgericht

1260

K 16/71: Die im Grundbuch von Günterod, Band 30, Blatt 1151, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Günterod, Flur 10, Flurstück 45, Ackerland, Auf dem Maßholder, Größe 5,96 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Günterod, Flur 11, Flurstück 57, Gartenland, Vor der Lücke, Größe 4,84 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Günterod, Flur 11, Flurstück 58, Hof- und Gebäudefläche daselbst, Haus Nr. 140, Größe 4,79 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Günterod, Flur 10, Flurstück 44, Ackerland, Auf dem Maßholder, Größe 4,55 Ar,

sollen am Dienstag, dem 30. Mai 1972, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf (Lahn), Hainstr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinsäger Otto Vollpert in Günterod.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 24. 3. 1972

Amtsgericht

1261

K 272: Das im Grundbuch von Hartenrod, Band 35, Blatt 1362, eingetragene Grundstück

Nr. 3, Gemarkung Hartenrod, Flur 9, Flurstück 286, Hof- und Gebäudefläche, Wetzlarer Weg 15, Größe 4,01 Ar,

soll am Dienstag, dem 6. Juni 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Stahlbauschlosser Alfred Wolz und Hannelore Wolz geb. Achenbach, beide in Hartenrod, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 27. 3. 1972

Amtsgericht

1262

K 25 69: Die ideellen Hälften der im Grundbuch von Bissenberg, Band 29, Blatt 469, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Bissenberg, Flur 1, Flurstück 174, Ackerland, Am Kirchweg, Größe 7,82 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Bissenberg, Flur 2, Flurstück 35, Ackerland, Der Galgenberg, Größe 19,43 Ar,

sollen am Mittwoch, den 31. Mai 1972 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. Sept. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Karl Willi Schlott, Bissenberg.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden

zu 1.) auf 1368,50 DM

zu 2.) auf 100,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 23. 3. 1972

Zweigstelle Braunfels
Amtsgericht Weizlar

1263

31 K 38/71: Die im Grundbuch von Eppertshausen, Band 42, Blatt 1865, und Band 36, Blatt 1683, eingetragenen Grundstücke

Gemarkung Eppertshausen, Flur 2, Flurstück 704/3, Hof- und Gebäudefläche, Nieder-Röder-Straße 52 B, Größe 1,52 Ar,

Gemarkung Eppertshausen, Flur 2, Flurstück 704/4, Bauplatz, Am Spielplatz, Größe 0,24 Ar,

Gemarkung Eppertshausen, Flur 2, Flurstück 704/1, Wegefläche, Größe 0,56 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 7. 6. 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 6. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

B1. 1865: Exporteur Matthias Winters in Eppertshausen, dessen Ehefrau Liesel geb. Lenz, daselbst, zu je $\frac{1}{2}$;

B1. 1883: Alois Müller, Eppertshausen, zu $\frac{1}{8}$; Gertrud Müller geb. Birmilli, daselbst, zu $\frac{1}{8}$; Matthias Winters, Eppertshausen, zu $\frac{1}{8}$; Liesel Winters geb. Lenz, daselbst, zu $\frac{1}{8}$; Werner Heer, daselbst, zu $\frac{1}{8}$; Fryda Heer geb. Rebischke, daselbst, zu $\frac{1}{8}$; Walter Schmid, Frankfurt, zu $\frac{1}{4}$;

Bieter müssen im Termin u. U. $\frac{1}{10}$ ihres Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 7. 3. 1972 **Amtsgericht**

1264

31 K 87/71: Das im Grundbuch von Babenhausen, Band 54, Flur 2802, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Babenhausen, Flur 3, Flurstück 426, Hof- und Gebäudefläche, Wilh.-Leuschner-Str. 11, Größe 4,00 Ar, soll am Mittwoch, dem 14. 6. 1972, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 10. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Siegfried Günter Herbert Smolinski in Ladenburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Bieter müssen im Termin u. U. $\frac{1}{10}$ ihres Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 8. 3. 1972 **Amtsgericht**

1265

31 K 92/71: Die im Grundbuch von Semd, Band 39, Blatt 2072, eingetragenen ideellen Hälften an den Grundstücken

Nr. 1, Gemarkung Semd, Flur 1, Flurstück 327/3, Hof- und Gebäudefläche, Oberendstraße, Größe 2,72 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Semd, Flur 1, Flurstück 62/1, Hof- und Gebäudefläche, Habitzheimer Straße 3, Größe 4,35 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 7. 6. 1972, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 11. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Julius Brachfeld, Semd, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 875,— DM.

Bieter müssen im Termin u. U. $\frac{1}{10}$ ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 23. 3. 1972 **Amtsgericht**

1266

3 K 5/72: Die Miteigentumshälften der im Grundbuch von Oetmannshausen, Band 11, Blatt 149, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Oetmannshausen, Flur 6, Flurstück 117, Hof- und Gebäudefläche, An der Sackgasse, Größe 2,64 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Oetmannshausen, Flur 6, Flurstück 116, Hof- und Gebäudefläche, Sackgasse 25, Größe 1,80 Ar,

Nr. 5, Gemarkung Oetmannshausen, Flur 6, Flurstück 231/111, Hofraum, An der Sackgasse, Größe 0,22 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Oetmannshausen, Flur 9, Flurstück 38, Ackerland, Wiese, Vor dem Heiligenberge, Größe 26,48 Ar,

sollen am 6. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer der Miteigentumshälften am 29. Febr. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe Wilhelmine Küch geb. Knierim, b) Ziegeleiarbeiter Philipp Knierim, c) Schuhmacher Friedrich Wilhelm Knierim,

zu a) bis c) in Wehretal-Oetmannshausen d) Witwe Irmgard Knierim geb. Beyer in Erfurt

— in ungeteilter Erbengemeinschaft —. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 24. 3. 1972 **Amtsgericht**

1267

3 K 3/71: Das im Grundbuch von Markershausen, Band 5, Blatt 74, eingetragene Grundstück

Nr. 3, Gemarkung Markershausen, Flur Nr. 7, Flurstück 24/4, Ackerland, Die Tonkaute, Größe 47,76 Ar, soll am 13. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. Nr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Richard Tanz, Herleshausen-Markershausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 24. 3. 1972 **Amtsgericht**

1268

3 K 1/72: Das im Grundbuch von Niederhone, Band 55, Blatt 2079, eingetragene Grundstück

Nr. 3, Gemarkung Niederhone, Flur 12, Flurstück 26/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Anger 10, Größe 1,71 Ar, soll am 15. Juni 1972 um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Januar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bäckergehilfe Günter Schilderth, Eschwege-Niederhone, Am Anger 10.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 30. 3. 1972 **Amtsgericht**

1269

84 K 6/71 — Zwangsvolle Versteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (M.), Bezirk Nr. 50, Band 23, Blatt 846, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2 und 3, Flur 15, Flurstück 86/3, Hof- und Gebäudefläche, Am Dachsberg Nr. 51, Größe 4,47 Ar, Flurstück 86/4, Hof- und Gebäudefläche, Am Dachsberg 51, Größe 0,45 Ar, am 29. Juni 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (M.), Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Februar 1971 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Landwirt Walter Zorbach, Frankfurt (M.)-Berkersheim, 2. dessen Ehefrau Adelheid Zorbach, geb. Rettig, Frankfurt (M.)-Berkersheim, — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: a) für das Grundstück lfd. Nr. 2 auf 190 230,— DM, b) für das Grundstück lfd. Nr. 3 auf 4050,— DM.

646 Gelnhausen, 30. 3. 1972 **Amtsgericht**

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (M.), 23. 3. 1972 **Amtsgericht, Abt. 84**

1270

84 K 11/72 — Zwangsvolle Versteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Schwanheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band Nr. 152, Blatt 4094, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schwanheim, Flur 8, Flurstück 1529/3, Hof- und Gebäudefläche, Silberstr. 9, Größe 12,24 Ar, am Mittwoch, dem 7. Juni 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 2. 1972 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Katharina Heuser geb. Schneider in Frankfurt (Main)-Schwanheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 294 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 29. 3. 1972 **Amtsgericht, Abt. 84**

1271

K 75/71: Die im Grundbuch von Nieder-Mörlen, Band 22, Blatt 1160, eingetragenen Grundstücke

Nr. 2, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 6, Flurstück 44/20, Hof- u. Gebäudefläche, Elisabethenstraße 22, Größe 4,99 Ar, Nr. 3, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 6, Flurstück 44/21, Hof- u. Gebäudefläche, Elisabethenstraße 8, Größe 3,06 Ar, Nr. 7, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 6, Flurstück 44/40, Hof- u. Gebäudefläche, Elisabethenstraße 24, Größe 12,69 Ar, sollen am 30. Juni 1972 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. November 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Franz Jungwirth und Sohn KG in Nieder-Mörlen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf: lfd. Nr. 2: 121 370,—DM lfd. Nr. 3: 99 460,—DM lfd. Nr. 7: 252 090,—DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg/H., 21. 3. 1972 **Amtsgericht**

1272

K 66 + 67/71 — Beschluß: Das im Grundbuch von Freigericht-Neuses, Band 42, Blatt 1112, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neuses, Flur 16, Flurstück 49, Hof- und Gebäudefläche, Barbarossastr. 8, Größe 4,51 Ar, soll am Freitag, dem 2. Juni 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fernfahrer Siegfried Fangerow in Kälberau, Ida Thal geb. Santowski, Essen-Schonnebeck — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 30. 3. 1972 **Amtsgericht**

1273

42 K 47/71: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die Hälfte des Miteigentümers Jakob Ebert an dem im Grundbuch von Dörnigheim, Band 68, Blatt 2913, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dörnigheim, Flur Nr. 10, Flurstück 95, Hof- und Gebäudefläche, Backesweg 51, Größe 5,29 Ar, am 31. 5. 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 7. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Jakob Ebert in Dörnigheim zu 1/2.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs 5 ZVG festgesetzt auf 68 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 29. 3. 1972

Amtsgericht, Abt. 42

1274

2 K 5 71: Die im Grundbuch von Breckenheim, Band 38, Blatt 1490, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Breckenheim, Flur 28, Flurstück 17, Ackerland (Obstb.), Obere Ahl, Größe 15,93 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Breckenheim, Flur 39, Flurstück 62, Ackerland, Im Stückenrod, Größe 14,58 Ar,

sollen am 19. Juni 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hochheim (Main), Kirchstraße 21, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 7. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Witwe Luise Fay geb. Bär, Ffm.-Sosenheim, Schaumburgerstr. 38,
2. Witwe Karoline Rissel geb. Bär, Delkenheim, Gartenstraße,
3. Schmiedemeister Wilhelm Bär, Breckenheim, Kirchgasse 6,
4. Pauline Dinges geb. Bär, Hofheim (Ts.), Zeil 25a,
5. Metzgermeister Theodor Bär, Nordenstadt, Kirchgasse 29,
6. Spengler Heinz Reinemer, WI-Erbenheim, Buschungstr. 5,
7. Dreher Werner Müller, Wi-Biebrich, Karl-Bosch-Straße,
8. Arbeiter Willi Müller, Hofheim (Ts.), Reichenberger Straße 13,
9. Karl Pflüger, Kriftel, Windhorststraße 19,
10. Helga Buchinger geb. Pflüger, Hattersheim, Mainzer Straße 60,
11. Elektriker Horst Bär, Okriftel, Hattersheimer Straße 35,
12. Marianne Loos geb. Bär, Okriftel, Hattersheimer Straße 35,

— in ungeteilter Erbengemeinschaft —
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6203 Hochheim (Main), 23. 3. 1972

Amtsgericht

1275

5 K 49 68 — Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Stadt Allendorf belegene, im Grundbuch von Stadt Allendorf, Blatt 3487, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am Mittwoch, dem 31. Mai 1972, um 11 Uhr vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 42, Flurstück 69, Hof- und Gebäudefläche, Schlesierstraße, Größe 6,29 Ar.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 3. Dezember 1968 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals der Schleifer Alfred Klimt und dessen Ehefrau Wilma Klimt geb. Todtenbier, beide in Stadt Allendorf, je zur ideellen Hälfte, eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 3. Nov. 1971 ist gemäß § 74 a ZVG der Wert des Grundstücks auf 56 471,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 6. 4. 1972

Amtsgericht

1276

7 K 80/83/84/69 — Beschluß: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 71, Blatt 3954, Band Nr. 85, Blatt 4341, Band 85, Blatt 4342 eingetragenen Grundstücke

7 K 80/69 Bl. 4341

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 197, Ackerland, Das Neuschloßfeld, Größe 16,26 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 53, Ackerland, Die Ruten, Größe 12,37 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 54, Ackerland, Die Ruten, Größe 10,12 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lampertheim, Flur 24, Flurstück 83/1, Ackerland, Die große Mulde, Größe 54,48 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstr. 3, Größe 1,75 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/2, Hofraum, daselbst, Größe 1,38 Ar,

7 K 83/69 Blatt 3954

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 4, Flurstück 165, Ackerland, Die Oberlache, Größe 18,99 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lampertheim, Flur 14, Flurstück 108, Ackerland, Die Heide, Größe 23,27 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 55, Ackerland, Die Ruten, Größe 37,24 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Lampertheim, Flur 12, Flurstück 186, Ackerland, Die Ruten, Größe 49,98 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 196, Ackerland, Das Neuschloßfeld, Größe 18,26 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 181/1, Hof- und Gebäudefläche Peterstr. 6, Größe 2,00 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 181/2, Hofraum, daselbst, Größe 1,12 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 189/3, Gartenland, Friedhofstr., Größe 3,12 Ar,

7 K 84/69 Blatt 4342

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 13, Flurstück 198, Ackerland, Das Neuschloßfeld, Größe 22,57 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 14. Juni 1972, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 2. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adam Lutz V. und Ehefrau Elisabeth, geb. Gunkel, in Lampertheim zu 1/2 bzw. Alleineigentum.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Blatt 3954

Nr. 1

= 4 747,50 DM

Nr. 3 = 3 490,50 DM
Nr. 4 = 5 586,— DM
Nr. 5 = 7 497,— DM
Nr. 6 = 2 739,— DM
Nr. 7, 8, 9 = 43 680,— DM

Blatt 4341

Nr. 1 = 2 439,— DM
Nr. 2 = 1 855,50 DM
Nr. 3 = 1 518,— DM
Nr. 4 = 13 620,— DM
Nr. 5, 6 = 21 910,— DM

Blatt 4342

Nr. 1 = 3 385,50 DM

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 21. 3. 1972 Amtsgericht

1277

K 10/71 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Lauterbach, Band 62, Blatt Nr. 2356, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lauterbach, Flur Nr. 5, Flurstück 104/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 13,80 Ar, Ackerland, Größe 31,30 Ar, Hutung (Obstb.), Größe 102,34 Ar, Kirsberg,

soll am 31. Mai 1972, um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Joachim P. Cleinow, Dipl.-Brauererling in Lauterbach,
- b) seine Ehefrau Margarete Cleinow geb. Böhm, daselbst, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach (Hessen), 24. 3. 1972

Amtsgericht

1278

5 K 5/71: Das im Grundbuch von Dauernheim, AG.-Bezirk Nidda, Band 30, Blatt 1489, eingetragene Grundstück

Nr. 4, Gemarkung Dauernheim, Flur 12, Flurstück 14, Gebäudefläche Der Hohenberg, Haus Nr. 3, Größe 0,93 Ar, Gartenland im Weinberg, Größe 23,00 Ar,

soll am 8. Juni 1972 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1.) Ingenieur Max Braun, Wiesbaden.
- Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9572,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 24. 3. 1972

Amtsgericht

1279

K 1/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Obersuhl, Band 69, Blatt 1695, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Obersuhl, Flur 6, Flurstück 51/3, Hof- und Gebäudefläche, Lieges 69, Größe 8,94 Ar,

soll am 30. Juni 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Neubau), Weidenberggasse 1, Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Januar 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bergmann Georg Landefeld in Obersuhl.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 850,— DM.

Auf die **Sammelbekanntmachung** am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 23. 3. 1972
Amtsgericht

1280

K 15/70 — **Beschluß:** Die dem Heizungsbauer Alexander Niebuhr in Bebra gehörende ideelle Hälfte des im Grundbuch von Bebra, Band 75, Blatt 2521, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bebra, Flur 1, Flurstück 99/4, Hof- und Gebäudefläche, Göttinger Straße 3, Größe 4,51 Ar,

soll am 7. Juli 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Neubau), Weidenberggasse Nr. 1, Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 9. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heizungsbauer Alexander Niebuhr und dessen Ehefrau Lisbeth geb. Göbber, beide in Bebra, je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 28 500,— Deutsche Mark

Auf die **Sammelbekanntmachung** am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 23. 3. 1972
Amtsgericht

1281

4 K 16/71 — **Beschluß:** Das im Erbbaugrundbuch von Merzhausen, Band 18, Blatt 610, eingetragene Erbbaurecht:

Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Merzhausen, Band 1, Blatt 17, Nr. 177 des Best.-Verz. verzeichneten Grundstücks, Gemarkung Merzhausen, Flur 6, Flurstück 119, Bauplatz, Schießhütte, Größe 7,56 Ar, in Abt. II, Nr. 83, für die Dauer von 99 Jahren seit 1. Januar 1969.

Der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung sowie zur Belastung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers.

Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Evangelische Kirchengemeinde in Merzhausen (Ts.) eingetragen,

soll am Donnerstag, dem 25. Mai 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen (Ts.), Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. April 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Magdalena Schmitt geb. Simshäuser in Wiesbaden.

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 22 000,— DM.

Auf die **Sammelbekanntmachung** am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

639 Usingen (Ts.), 30. 3. 1972 **Amtsgericht**

1282

3 K 85/71: Die im Grundbuch von Dutenhofen, Band 60, Blatt 2089, eingetragenen Grundstücke

Nr. 3, Gemarkung Dutenhofen, Flur 2, Flurstück 158, Grünland, Die Erlenhecken, Größe 5,62 Ar, Wert 843,— DM,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Dutenhofen, Flur Nr. 20, Flurstück 199, Ackerland, Am Gräbchen, Größe 11,87 Ar, Wert 1543,— DM,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dutenhofen, Flur Nr. 2, Flurstück 222/101, Ackerland Die langen Bachgärten, Größe 6,60 Ar, Wert 2640,— DM,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Dutenhofen, Flur Nr. 21, Flurstück 129, Ackerland, An dem heiligen Stock, Größe 16,38 Ar, Wert 3276,— Deutsche Mark,

sollen am 21. Juni 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 12. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Werkzeugmacher Kurt Gümbel, Dutenhofen.

Beschluß: Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 8302,— DM, einzeln wie in Spalte 5 angegeben

Auf die **Sammelbekanntmachung** am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 27. 3. 1972 **Amtsgericht**

1283

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der Haushaltsatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1972

Der Haushaltplan des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Rechnungsjahr 1972 liegt in der Zeit vom 19. April bis 26. April 1972 im Landratsamt Groß-Gerau, Wilhelm-Seipp-Straße, Zimmer 303, zu den üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme offen.

Wasserverband
„Schwarzbachgebiet - Ried“
Blodt, Landrat
Verbandsvorsteher

Öffentliche Bekanntmachung der Haushaltsatzung

Haushaltsatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet - Ried“ für das Rechnungsjahr 1972

I.

Gemäß § 73 ff. der Wasserverbandsverordnung vom 3. 9. 1937 (RGBl. I S. 933) in Verbindung mit der GemHVO vom 29. 11. 1956 (GVBl. S. 11) und § 22 der Verbandssatzung hat die Verbandsversammlung am 27. März 1972 folgende Haushaltsatzung für das Rechnungsjahr 1972 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltplan wird festgestellt:

- a) im ordentlichen Teil
 - in der Einnahme auf 451 300,— DM
 - in der Ausgabe auf 451 300,— DM
- b) im außerordentlichen Teil
 - in der Einnahme auf 1 021 000,— DM
 - in der Ausgabe auf 1 021 000,— DM

§ 2

Kassenkredite werden gem. § 110 HGO im Rechnungsjahr 1972 in Höhe von 30 000,— DM zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des oH benötigt.

§ 3

Darlehen werden im Rechnungsjahr 1972 keine aufgenommen.

II.

Die Haushaltsatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Wasserverband
„Schwarzbachgebiet - Ried“
Blodt, Landrat
Verbandsvorsteher

1284

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Rosenthal nach Frankenberg/Eder

Dem Unternehmen

Croll-Bus OHG, Inh. Hans und Waltraud Happel, Frankenberg/Eder,

habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

von Rosenthal nach Frankenberg (über Roda, Ernsthäusen und Bottendorf)

bis zum 29. Februar 1980 erteilt.

A u f l a g e n :

Die Bedienung des Verkehrs von Ernsthäusen nach Frankenberg bzw. umgekehrt ist nicht gestattet. Die Bedienung der Haltestelle Ernsthäusen/Siedlung ist solange zulässig, wie das Einvernehmen der Bundesbahndirektion Kassel vorliegt.

Kassel, 3. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02-07 B

1285

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs von Hess. Lichtenau/Kaserne nach Hess. Lichtenau/Hirschhagen auf die Bedienung der Gemeinde Quentel, Kreis Witzenhausen

Die dem Unternehmen

Kraftverkehr Ludwig Frölich OHG Hess. Lichtenau,

am 26. November 1965 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG

**von Hess. Lichtenau/Kaserne
nach Hess. Lichtenau/Hirschhagen,**

habe ich heute auf die Bedienung der Gemeinde Quentel erweitert.

Kassel, 6. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02-07 B

1286

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs im Stadtgebiet von Bebra auf die Bedienung der Stadtteile Breitenbach und Lüdersdorf, Kreis Rotenburg

Die der

Deutschen Bundesbahn — BD Kassel —

am 23. 6. 1970 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG innerhalb des Stadtgebietes von Bebra habe ich heute auf die Bedienung der Stadtteile Breitenbach und Lüdersdorf erweitert.

Kassel, 7. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02-03 B

1287

Erweiterung des genehmigten Linienverkehrs von Kassel nach Warburg auf die Bedienung der Gemeinde Vellmar, Kreis Kassel

Die der

Deutschen Bundesbahn — BD Kassel —

am 24. April 1969 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG

von Kassel nach Warburg/Westf. Wolfhagen

habe ich heute auf die Bedienung der Gemeinde Vellmar (Ortsteile West, Niedervellmar und Frommershausen) erweitert.

Kassel, 7. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02-03 B

1288

Enteignungsverfahren zur Beschränkung von Grundeigentum in der Gemarkung Okriftel, Main-Taunus-Kreis, zugunsten der Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen/Ruhr, wegen des Baues und Betriebes einer Erdgashochdruckleitung von Flörsheim nach Frankfurt a. M.-Höchst.

In dem Enteignungsverfahren nach § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1451) und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und Wasserversorgung vom 17. 7. 1946 (GVBl. S. 188) wegen Beschränkung des Eigentums an den Grundstücken der Gemarkung Okriftel

1. Flur 11, Flurstück 312/36,
eingetragen im Grundbuch von Okriftel, Band 33, Blatt 816,

Eigentümer: Karl Jung IV., Okriftel,

2. Flur 11, Flurstück 35,
eingetragen im Grundbuch von Okriftel, Band 34, Blatt 834,

Eigentümer: Karl Jung IV. und Ehefrau Erna geb. Schorge, Okriftel,

mit einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit wird hiermit gem. §§ 25 Abs. 1 und 3 und 32 des Preußischen Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 6. 1874 (GS. S. 221) — PrEG — und dem Preußischen Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. 7. 1922 — vereinf. EG — (GS. S. 211) Termin zur Verhandlung über den Antrag auf Feststellung der Entschädigung und Vollziehung der Enteignung auf

Mittwoch, den 26. April 1972, 9.00 Uhr.

im Rathaus Okriftel, Hattersheimer Straße 3,
Sitzungssaal,

anberaumt.

Die Antragstellerin und die betroffenen Grundstückseigentümer erhalten zu dem Termin besondere Ladung. Alle übrigen Beteiligten (Realberechtigten) werden gemäß § 25 Abs. 4 PrEG hiermit aufgefordert, ihre Rechte in dem genannten Termin wahrzunehmen. Die Aufforderung erfolgt mit dem Hinweis, daß beim Ausbleiben der Geladenen auch ohne deren Zutun über die gestellten Anträge verhandelt und entschieden werden kann (§ 25 Abs. 5 PrEG).

Kosten für die Wahrnehmung des Termins können nicht ersetzt werden (§ 43 Abs. 1 PrEG).

Darmstadt, 28. 3. 1972

Der Regierungspräsident
III 8 — Kl 4/69 (4)

Öffentliche Ausschreibungen

1289

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Los I Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur zwischen Buchenrod und Magdlos im Zuge der K 89, von km 3,200—3,800 = 600 m; Los II Deckenbauarbeiten zwischen Rönshausen und Melters im Zuge der K 23, von km 0,220—1,620 = 1400 m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

bei Los I

rd. 750 cbm Erdbewegung
rd. 100 t Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sauberkeitsschicht
rd. 800 t Basaltmaterial d. K. 0/55 mm als Frostschuttschicht
rd. 1050 t Teerasphalttragschicht d. K. 0/35 mm
rd. 3600 qm Teerasphaltfeinbeton d. K. 0/8 mm, mit 100 kg/qm

und sonstige Arbeiten wie Verlegen von Leitungen und Versetzen von Zäunen.

bei Los II

rd. 4200 qm vorh. Fahrbahndecke reinigen und anspritzen
rd. 650 t Teerasphalttragschicht d. K. 0/35 mm zur Vorprofilierung
rd. 4200 qm Teerasphaltfeinbeton d. K. 0/8 mm, mit 100 kg/qm

Die Bauarbeiten sollen etwa Mitte Mai 1972 begonnen werden und sind bei Los I zum 15. Sept. 1972, bei Los II bis zum 31. Juli 1972 zu beenden.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lageplan) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, PSchKto. Ffm. Nr. 6749 mit der Angabe — Los I Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der K 89 sowie Los II Deckenbauarbeiten im Zuge der K 23 — einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabhöler erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am **Mittwoch, dem 3. Mai 1972, um 10.00 Uhr** im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 3. Juni 1972.

64 Fulda, 6. 4. 1972

Hessisches Straßenbauamt

Beamte, Angestellte, Arbeiter des öffentlichen Dienstes

Gerade Sie können sich leichter von Ihrer Mietlast befreien!

Die Möglichkeiten dazu bieten wir Ihnen. Sie brauchen nur unsere außergewöhnlichen Vorteile in Anspruch zu nehmen, um zu einem Haus oder einer Eigentumswohnung zu kommen. Wohneigentum wird immer wertvoller und ist eine gute Altersvorsorge. Treffen Sie jetzt die richtige Entscheidung. Unser Finanzierungsangebot ist auf Ihre persönlichen Verhältnisse zugeschnitten. Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Schrift „Leichter mit dem BHW“ an, die Sie ausführlich unterrichtet, auch über die hohen Wohnungsbauprämien, Steuervergünstigungen und Arbeitnehmer-Sparzulagen.

Leichter
mit
dem

BHW

Gemeinnützige
Bauparkasse
für den
öffentlichen
Dienst GmbH

Beamtenheimstättenwerk
325 Hameln · Postfach 666 · Fernruf (05151) 861

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Die GARTEN-UND-
GUNTER RODE
GARTEN- UND
LANDSCHAFTSBAU
0101 BRAUNSHARDT-TEL. 0 6150/2022

Sportplatzbau Grünanlagen



Gerhard Schmitt
Gartenbau-Unternehmung KG
6306 Lang Göns, Tel. (06403) 666

Wir verstehen unter Sportplatzbau mehr als nur Rasensaat. Unsere Arbeiten erstrecken sich von Erdbaumaßnahmen bis zur Benutzung der Anlage.

Rasen- und Tennenplätze bauen wir nach den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik.

Kunststoffsportbeläge fertigen wir in Lizenz mit BASF-Kunststoffen.

Wir bauen Parkplätze, Zubringerwege und Tribünen.

Wir erstellen alle Grünanlagen bei Ortssanierung, Neubauten an Schulen, Kinderspielflächen und Kindergärten.

Die günstige Einkaufsquelle
für Büromaschinen
Addiermaschinen
ab **DM 269,-**
Fabrikneu-Garantie
Fordern Sie Katalog 11/866
NOTHEL AG Deutschlands größtes
Büromaschinenhaus
34 Göttingen · Postf. 601 · Ruf 6 20 08

Allgemeine Bergverordnung

für das Land Hessen
- ABV - vom 6. 6. 1969
Herausgeber:
Hessisches Oberbergamt
Zu beziehen bei:
Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen
GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42

ANZEIGEN-ANNAHMESCHLUSS:
jeweils montags, 7 Tage vor Erscheinen

Tippen nicht
vergessen!

HESSEN-TOTO · HESSEN-LOTTO

Es könnte
eine
Foto-Safari
werden!

1290

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Deckenbauarbeiten an der B 40 zwischen der Kreisgrenze und Flieden, km 61,150—63,300 = 2150 m vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 3 000 cbm Erdbewegung
- rd. 500 t Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sauberkeitsschicht
- rd. 1 800 t Basaltmaterial d. K. 0/55 mm als Frostschuttschicht
- rd. 950 t Teerasphalttragschicht d. K. 0/35 mm
- rd. 320 t Teerasphaltfeinbeton d. K. 0/8 mm
- rd. 22 500 qm vorh. Fahrbahndecke reinigen und anspritzen
- rd. 1 250 t Mikro-Beton d. K. 0/5 mm, i. M. 55 kg/qm

und sonstige Arbeiten wie Verlegen von Leitungen, Versetzen von Zäunen und Mauern.

Die Bauarbeiten sollen etwa Ende Mai 1972 begonnen werden und sind bis zum 15. Sept. 1972 zu beenden.

Die Fahrbahndecke der Bundesstraße ist jedoch bis zum 12. Juli 1972 fertigzustellen.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 25,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. 6749 mit der Angabe — Deckenbauarbeiten an der B 40 zwischen der Kreisgrenze und Flieden — einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 9. Mai 1972, um 10.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 9. Juni 1972.

64 Fulda, 6. 4. 1972

Hessisches Straßenbauamt

1291

Wiesbaden: Die Arbeiten für Deckenerneuerung mit teilw. Fahrbahnverbreiterung auf der L 3011 zwischen Heftrich und Esch von km 10,320—12,400 (Baulos A) und auf der L 3026 zwischen Wörsdorf und Walsdorf von km 4,100—6,120 (Baulos A) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Baulos A: ca. 2000 t bit. Mischgut 0/35 mm; ca. 12 000 qm Asphaltbinder 0/18 mm (84 kg/qm); ca. 12 000 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm (84 kg/qm); ca. 4000 qm Bankette regulieren.
- Baulos B: ca. 11 500 qm Asphaltbinder 0/18 mm (84 kg/qm); ca. 11 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm (84 kg/qm); ca. 6000 qm Bankett regulieren.

Bauzeit: 80 Werkstage, davon für Baulos A = 40 Werkstage, für Baulos B = 40 Werkstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 21. 4. 72 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 13,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Deckenerneuerung im Zuge der L 3011 Heftrich-Esch und L 3026 Wörsdorf-Walsdorf“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 13. 4. 72 in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 45.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 28. 4. 72 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werkstage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 7. 4. 1972

Hessisches Straßenbauamt

1292

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Landesstraße 3040 und Einmündung der K 159 in die OD Astheim (km 17,789 bis km 17,908, km 26,678 bis km 28,621) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1200 qm Auskoffering
- 800 cbm Frostschuttkies
- 200 t bit. Tragschicht
- 2000 qm Asphaltbinder und Feinbeton
- 500 lfd. m Entwässerungsrinne mit Hochbordsteinen in Beton
- 1000 qm Gehwegbefestigung
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werkstage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. 4. 1972 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35 599 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3040/K 159 OD Astheim“.

Eröffnung: Freitag, den 28. 4. 1972, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkstage.

61 Darmstadt, 6. 4. 1972

Hessisches Straßenbauamt

1293

Die Stadt Steinheim am Main,

Kreis Offenbach, 10 000 Einwohner, sucht

1. für die Stadtkasse einen

Stellvertretenden Kassenverwalter

mit dem Aufgabengebiet des Buchhalters. Bewerber werden gründlich in die Arbeitsweise eines modernen Abrechnungscomputers eingearbeitet.

Kenntnisse im kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sind erforderlich.

Die Anstellung soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach der Vergütungsgruppe BAT V c/v B erfolgen.

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfolgt die Anstellung als Beamter nach A 8, bei Bewährung A 9.

2. für das Stadtbauamt einen

Bauingenieur (grad.)

für das Sachgebiet Hochbau und Bebauungsplanung.

Die Anstellung soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach Vergütungsgruppe BAT IV a/III erfolgen.

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist Anstellung nach A 11, bei Bewährung A 12 möglich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir unter Angabe des Eintrittszeitpunktes an den

Magistrat

der Stadt 6452 Steinheim am Main,

Rathaus

Der „Staats-Anzeiger“ für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 13,50 (einschließlich 5% % = 0,70 DM MWST). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Giesel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenan-

nahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04 186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,06, bis 40 Seiten DM 2,74, bis 48 Seiten DM 3,30, über 48 Seiten DM 3,57. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandposten und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971.

Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.